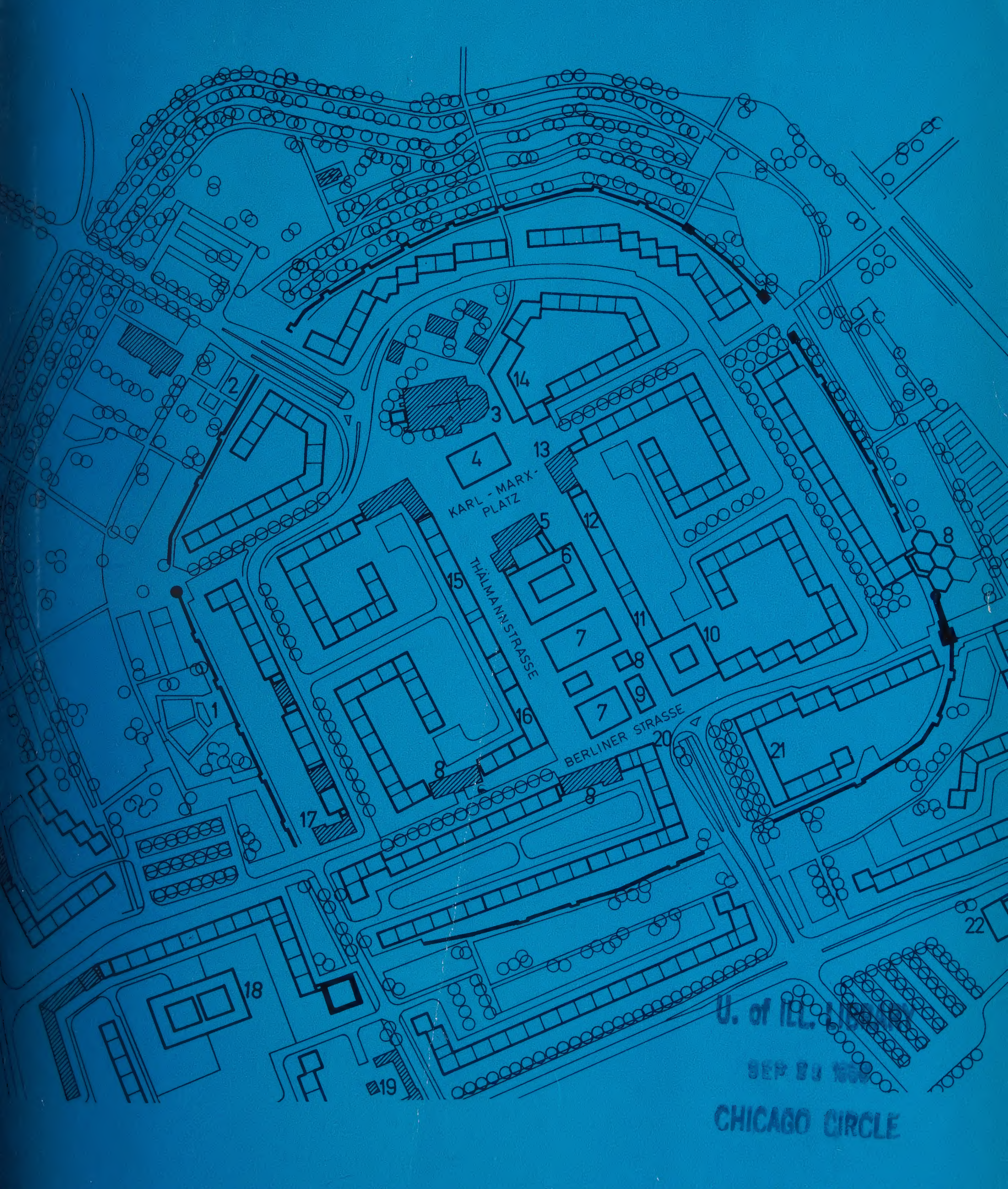
7 deutsche architektur



erlin
uli
968

Architektur und politisches Engagement • Rekonstruktion Altstadt Bernau • Generalbebauungsplanung Erfurt • Wettbewerb Stadtzentrum Warna

reis 5,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Inlandspreis 5,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner á la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 –
Bratislava, Leningradska ul. 14
- Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, 11 a, Rue Paris
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shetetnore Botimeve, Tirana
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebskennzeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 477/68
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Aus dem vorigen Heft:
Der Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin
Das System der Planung und Leitung des Berliner Bauwesens
Die Grundzüge des Generalverkehrsplanes
Der Generalbebauungsplan und das Stadtzentrum
Bebauung Rathausstraße – Liebknechtstraße
Bürogebäude Neue Prenzlauer Straße
Bürogebäude Hans-Beimler-Straße

Im nächsten Heft:
Wohnen und gesellschaftliche Einrichtungen
Wohnkomplexe für die Städte der Zukunft
Neue Städte in Großbritannien

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 16. April 1968
Illusdruckteil: 23. April 1968

Titelbild:
Bebauungsplanvariante für die Rekonstruktion der Altstadt von Bernau

Fotonachweis:
G. Beygang, Karl-Marx-Stadt (4); Dietrich Koch, Frankfurt (Oder) (3); Hanns Höhns, Erfurt (10); Herbert Fiebig, Berlin (1); PGH Fototechnische Werkstätten, Berlin (7)

7 deutsche architektur

XVII. Jahrgang
Berlin
Juli 1968

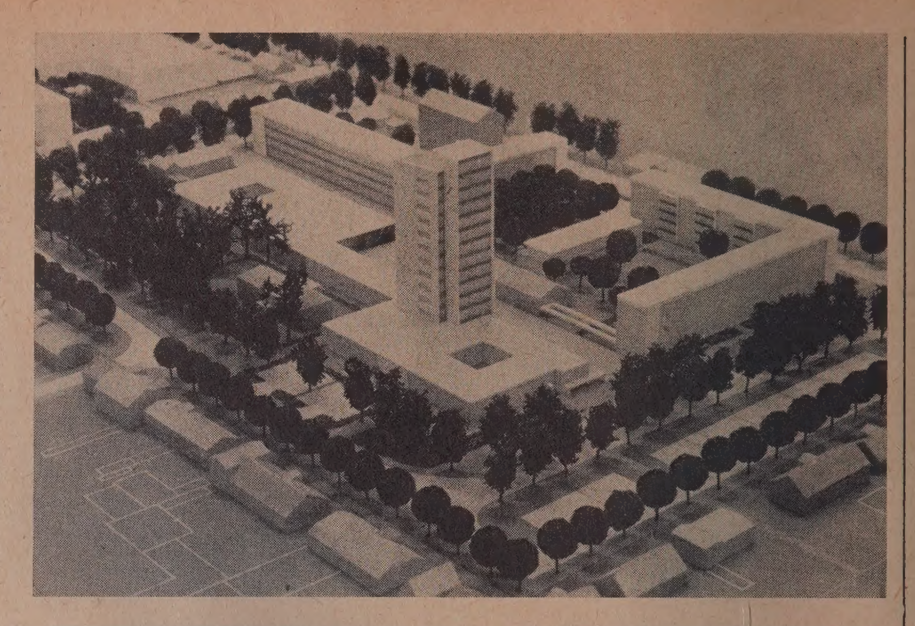
Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller

Siedlungsschwerpunkt Ferdinandshof Ideenwettbewerb abgeschlossen

Die Gemeinde Ferdinandshof (Bezirk Neubrandenburg) wird sich in den nächsten Jahren zu einem landwirtschaftlichen Siedlungsschwerpunkt entwikkeln. Der Übergang zu einer industriemäßigen Produktion in der Landwirtschaft — unter anderem der Bau eines großen Kombinats für Bullenmast — bildet die ökonomische Grundlage für das Wachsen der Gemeinde Ferdinandshof von gegenwärtig rund 2500 auf mehr als 5000 Einwohner und für die damit verbundene Veränderung in der Siedlungsstruktur. Diese Perspektive hatte die Gemeinde veranlaßt, einen Ideenwettbewerb für die Umgestaltung des Dorfes auszuschreiben, der jetzt abgeschlossen wurde.

Den ersten Preis (siehe nebenstehendes Modellfoto) errang ein Kollektiv der Deutschen Bauakademie, dem Wilfried Stallknecht, Dr.-Ing. Karin Kirsch, Dipl.-Arch. Wilfried Pfau, Dipl.-Arch. Herbert Kuschy und Dipl.-Ing. Georg Mees angehören. Das Kollektiv arbeitet jetzt, nachdem das Wettbewerbsprojekt mit den Einwohnern beraten wurde, an einer Konzeption für die Realisierung. Dazu gehören etwa 1000 Wohnungen, zwei Schulen, ein Mehrzwecksaal, Ambulatorium, Bibliothek, Berufsschule, Kaufhaus, Gaststätten, Sportanlagen, Kindergarten- und Krippenplätze sowie ein zentrales Gebäude mit einem Rechenzentrum.



BDA-Vorstand beriet über Entwicklung des Wohnungsbaus

Die Entwicklung des Wohnungsbaus in den Jahren von 1970 bis 1980 war das Hauptthema der 6. Bundesvorstandssitzung des BDA in Rostock.

Grundlage der Beratungen bildeten ein Referat über „Wohnen, Wohnung und Wohnungsbau im Prognosezeitraum" von Dr.-Ing. Lembcke sowie Vorschläge für die Entwicklung des Wohnungsbaus, die von der zentralen Fachgruppe Wohn- und gesellschaftliche Bauten unter Leitung von Dr.-Ing. Krause ausgearbeitet wurden.

Die Vorschläge zur weiteren Entwicklung des Wohnungsbaus in den Jahren 1970 bis 1980 gehen davon aus, daß der Wohnungsbau einen wichtigen Faktor für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus darstellt. Die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit stellt veränderte qualitative Forderungen an den Wohnungsbau, die sich insbesondere aus dem zunehmenden Bildungsbedürfnis, der Erweiterung der Freizeit und der gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Frauen ergeben. Dabei hat der Architekt gleichzeitig die Aufgabe, einen hohen Wohnwert, eine hohe Produktivität in der Bauausführung und eine effektive Verwendung der Investmittel durch optimale Entwurfslösungen zu gewährleisten. Die Vorschläge umfassen unter anderem Gedanken für eine größere Differenzierung des Wohnungsangebotes und der Raumgrößen, größere Flexibilität, eine bessere Ausstattung der Wohnungen und eine Veränderung der Bezugseinheiten für die Kennzifferbildung.

Zur Vorbereitung des Wohnungsprogramms von 1970 bis 1980 werden ein integriertes Forschungsprogramm der Soziologie, Sozialhygiene, Sozialpsychologie und des Städtebaus sowie Studien und Experimentalprojektierungen vorgeschlagen.

Nach einer sehr kritischen Diskussion wurde beschlossen, die Vorschläge in der vorliegenden Form nicht zu verabschieden, da wichtige Fragen der Perspektive noch einer komplexen Klärung bedürfen.

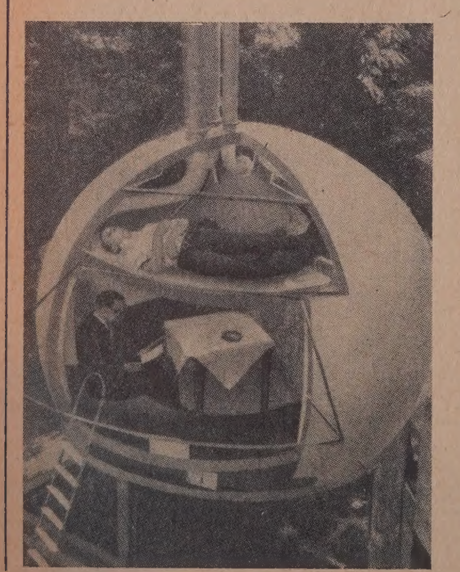
Der Bundesvorstand nahm ferner Berichte über die Ergebnisse der Bundesarbeit im Jahre 1967, die Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR und über die Ergebnisse des „Architekturwettbewerbes 1967" entgegen. Er beschloß die Bildung einer Kreisgruppe in Bautzen und die Kooptierung von Dipl.-Ing. Zeil, Dipl.-Ing. Schroth und Dipl.-Ing. Wilde in den Bundesvorstand.

Architekturpreis in Erfurt

Der Bezirkstag in Erfurt hat die Verleihung eines „Architekturpreises des Bezirkes Erfurt" beschlossen. Dieser Architekturpreis soll für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Architektur und des Städtebaus verliehen werden. Ausgezeichnet werden sollen Autorenkollektive und Bauleiter, die mit ihrer Initiative und ihrer schöpferischen Arbeit besondere Leistungen vollbrachten. Auch Auftraggeber, die besonderen Einfluß auf die Qualität ausgeübt haben, können bei der Auszeichnung berücksichtigt werden. Zu den Organen, die berechtigt sind, Vorschläge für diesen Preis zu unterbreiten, gehört auch der Bezirksvorstand des BDA.

Projekt für das Hotel Marina in Balatonfüred (Ungarische Volksrepublik)
Entwurf: Manyoky Laszlo





Bauzentrum in der Bundeshauptstadt Bonn hat sich auf Einrichtungen des Zivilschutzes spezialisiert. Der Fremdenführer für Musterbunker lotst

also Sorgen für Millionäre? Klingmüller sagt: „Wer es tut, hat Geld. Manager in der Stahlindustrie bauen sich Atombunker. Auch Kauf-

Solch ein Fall friedensmäßiger Nutzung: „Einer meiner Kunden, Fabrikant und Flieger, feiert in seinem Kugelschutzraum oft mit seinen Freunden, Offizieren. Sie kommen am Wochenende aus der benachbarten Kaserne zu diesem

(Text und Bild aus „Die Zeit", Hamburg)

Kleiner Atombunkertest ... und dann?

Der bekannte Wiener Futurologe Dr. Robert Jungk kritisierte auf dem 42. Bundestag des westdeutschen BDA die von Bonn betriebene „unsinnige und unproduktive Rüstung". Er sagte, er sei sich nicht bewußt, daß die Bundesrepublik bedroht wird. Er sei sich jedoch bewußt, „daß die Bundesrepublik selbst heute noch immer Revisionsforderungen an der Ostgrenze hat", die tatsächlich den Frieden gefährden könnten.

Terminkalender

16. bis 20. 9. 1968, Leipzig
III. Internationale wissenschaftliche Tagung
Thema: Neue Probleme des industriellen Bauens
Veranstalter: Hochschule für Bauwesen Leipzig und Fachverband Bauwesen der KDT
Auskünfte: Hochschule für Bauwesen, Institut für Technologie der Bauproduktion, Leipzig, Richard-Lehmann-Str. 32, DDR

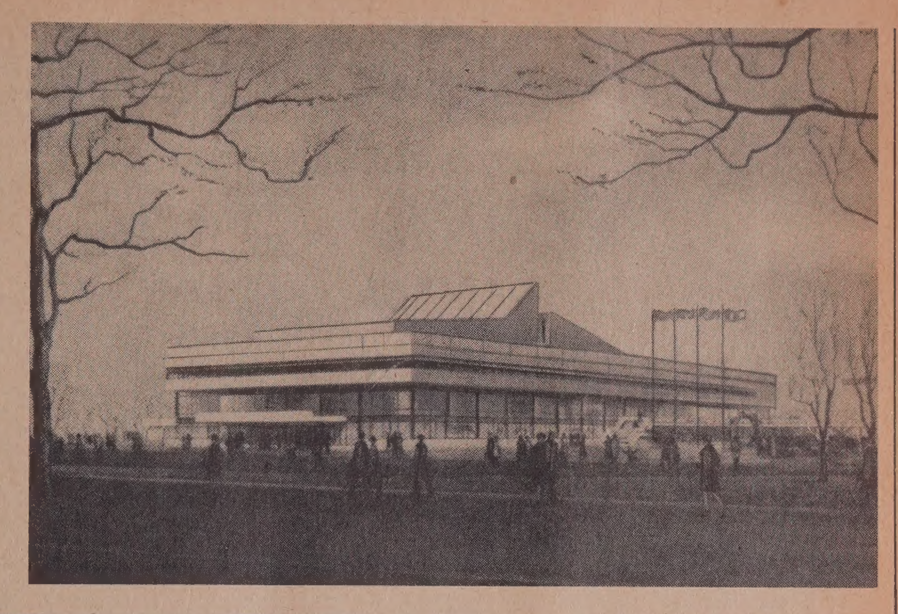
21. bis 23. 10. 1968, Budapest
II. Industriebau-Tagung
Veranstalter: Wissenschaftlicher Verein für Bauwesen
Thema: Ergebnisse und Aufgaben im Industriebau
Auskünfte: Wissenschaftlicher Verein für Bauwesen, Sekretariat, Budapest V. Szabadsag ter 17, III. 331 Technika Haza

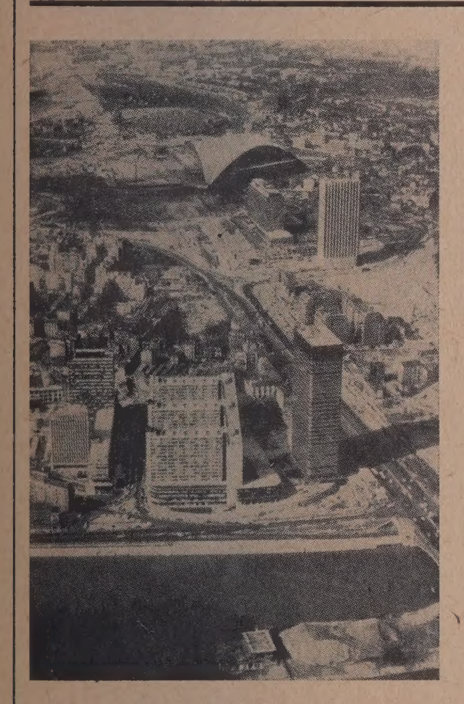
27. bis 29. 11. 1968, Ostseebad Boltenhagen
Informationstagung
Thema: Plaste im Bauwesen
Veranstalter und Auskünfte: Deutsche Bauakademie, Institut für Baustoffe, Abt. Kunststoffe, 7021 Leipzig, Essener Str. 38

Betonelemente durch Feuer gefärbt

Ein neues Verfahren für die Farbgestaltung von Außenwänden wurde am Leningrader Wissenschaftlichen Forschungsinstitut entwickelt. Unter Leitung von N. G. Korsak entwickelte ein Kollektiv eine neue Methode für die Gestaltung von Außenwänden. Mit einem Gasbrenner wurden Stahlbetonelemente erhitzt und so differenzierte Farbtöne erzielt. Die unterschiedlichsten Nuancierungen ließen sich durch die Zusammensetzung des Gasgemisches, durch Dauer und Temperatur der Flammeneinwirkung sowie durch die unterschiedlichen Materialeigenschaften der Betone erreichen. Betonelemente mit Quarzsand werden nach dem Erhitzen hellblau, Platten auf der Basis von Tonerdezement rosa und Beton mit Sand- oder Granitsplittzuschlag grün. Durch Änderung der Sauerstoffzufuhr färben sich die Platten hellblau, weiß, grün oder zartgelb. Die Beifügung von Kupferspänen verleiht dem Beton durch das Brennen beispielsweise eine sehr helle Tönung. Der Zusatz von Chromoxid ergibt eine satte grüne Farbe.
Die Versuche haben ergeben, daß diese Oberflächenveränderung die Lebensdauer der Betonelemente erhöht. Das neue Färbeverfahren bietet auch ökonomische Vorteile.

Rechts: Projekt für das „Haus der Technik" in Leningrad. Entwurf: Architekten N. M. Natarewitsch, S. P. Odnowalow und I. M. Tschaiko





Projekt „La Défense"

Das bereits im Aufbau befindliche Projekt „La Défense" umfaßt drei Gemeinden westlich von Paris – Puteaux, Courbevoie und Nanterre – und beinhaltet ein 800 ha großes Vorortgebiet (unser Bild), das den ganzen Seine-Bogen von Gennevielliers ausfüllt. In einem Gebiet, das schon verhältnismäßig dicht und auf anarchische Weise gebaut ist, soll eine neue Stadt mit 70 000 Einwohnern entstehen.
Die erste Etappe dieses Vorhabens soll darin bestehen, einen Stadtkern, ein sehr dichtes Zentrum zu schaffen, dessen Ausstrahlung über den gesamten Westen des Pariser Gebietes reicht. Das Projekt wird dadurch kompliziert, daß die 100 Hektar zwischen der Brücke von Neuilly und der Kreuzung von La Défense, auf denen das neue Stadtgebiet entstehen sollte, von der am meisten befahrenen Straße Frankreichs – hier verkehren täglich im Durchschnitt 65 000 Fahrzeuge – in zwei gleiche Teile geteilt wird. Um die Stadt dennoch einheitlich gestalten zu können, wurde die besondere geographische Lage des Terrains ausgenutzt. Eine riesige Betonplatte wird das natürliche Terrain überdachen. Darunter soll sich der gesamte Autoverkehr abspielen. Dort werden sich auch 12 000 Parkplätze und die Anlagen der technischen Versorgung befinden. Im Untergeschoß wird es also ein sehr dichtes Straßensystem geben. Nah- und Fernverkehr haben getrennte Straßennetze.
Die Anlage eines großen Busbahnhofs, der Bau einer Vorortexpreßmetro in 25 m Tiefe mit „La Défense" als erster Station (drei Minuten vom Place de l'Etoile entfernt), der Bau eines Bahnhofs, der den Übergang von der Metro zur Eisenbahn ermöglicht – all das wird das Untergeschoß dieses Zentrums zu einem der bedeutendsten Verkehrsknotenpunkte des Pariser Gebiets machen. Auf der Platte sollen sich fünfundzwanzig- bis dreißiggeschossige Bürohochhäuser erheben. Auch die wesentlich niedrigeren Wohnbauten und Geschäfte werden sich in Höhe des künstlichen Bodens befinden und darunter über Reserveräume verfügen.
Das Gebiet „La Défense" soll auch die City von dem wachsenden Bedarf der großen Konzerne und Institutionen an Büroräumen sowie von dem damit verbundenen ruhenden und fließenden Verkehr entlasten. Ein Teil der neuen Bürobauten ist bereits fertiggestellt.

Paris–London auf Schiene

Nach dem gegenwärtigen Stand der Vorplanungen für den Bau eines Tunnels zwischen der französischen und englischen Kanalküste gilt ein dreiadriger Eisenbahntunnel als aussichtsreichstes Projekt. Der Tunnel soll 51 km lang sein. 37 km davon verlaufen bis zu 52 m unter dem Meeresboden. Man erwartet durch den Tunnel wesentliche wirtschaftliche Vorteile.

Geothermisches Kraftwerk

Bei Cierro Priesto, nahe der amerikanischen Grenze, haben Ingenieure der staatlichen mexikanischen Versorgungsbetriebe zehn von fünfzehn Bohrungen für ein geothermisches 150-Megawatt-Kraftwerk niedergebracht. Das mexikanische Kraftwerk, das mit Dampf aus dem Erdinnern arbeitet, soll ab 1970 etwa 75 Megawatt Strom liefern und ab 1973 die volle Leistung abgeben.

Japan plant Schnellbahnnetz

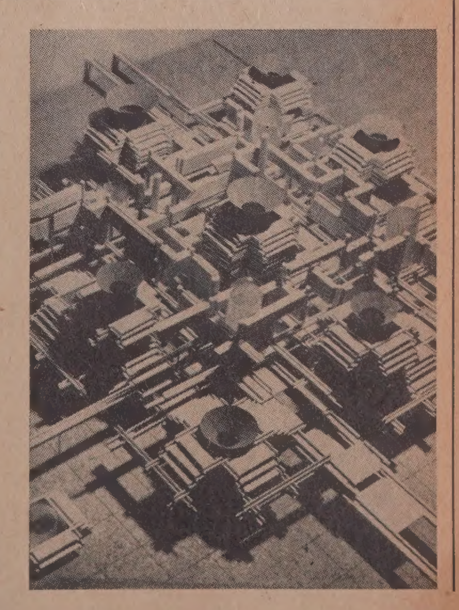
Die japanischen Staatsbahnen haben den Bau eines 3800 Kilometer umfassenden Schnellbahnnetzes vorgeschlagen, um die Verkehrsverhältnisse in den Ballungsgebieten des dichtbesiedelten Landes zu verbessern.
Für den Großraum Tokio sind außerdem sechs vom Stadtkern ausgehende Schnellbahnlinien geplant, die dem Pendlerverkehr mit den neuen Wohngebieten innerhalb von hundert Kilometern Umkreis sowie mit dem Universitätszentrum und dem neuen internationalen Flughafen dienen sollen.
Die neue Planung wurde weitgehend von den Erfahrungen mit der 1964 eröffneten Tokaido-Schnellbahn bestimmt, deren Blitztriebzüge vom Typ „Hikari" für die 515 Kilometer lange Strecke von Tokio nach Osaka nur drei Stunden und zehn Minuten benötigen. Es ist deshalb vorgesehen, diese Linie zunächst als „Sanjo-Bahn" bis Okajama (160 km), später bis Hakata auf Kiushu fortzuführen. Durch entsprechende großzügige Trassierung mit Krümmungsradien nicht unter 4000 Metern können die Züge auf den völlig kreuzungsfreien Strecken die Höchstgeschwindigkeit von 250 Stundenkilometern entwickeln.

Die Reise von Tokio nach Osaka wird dann nur noch zwei Stunden und dreißig Minuten dauern, während Fahrzeiten von Tokio nach Hiroshima von acht auf vier Stunden, von Tokio nach Kagoshima am Südende von Kiushu von 19 Stunden und 33 Minuten auf sieben Stunden und zehn Minuten reduziert werden.

Für die Strecke von Tokio nach Osaka wird auch die Errichtung einer raketengetriebenen Luftkissenbahn untersucht, deren Geschwindigkeit an der Schallgrenze liegen soll. Sie soll die 500 km Entfernung in 30 Minuten zurücklegen. Ein Modell dieser Bahn (1 : 20) soll die Erprobung erfolgreich bestanden haben.

5000 Einwohner je ha

weist das Projekt (Bild rechts) aus, das in einem japanischen Wettbewerb für die Gestaltung von Wohngebieten den 1. Preis erhielt. Architekten K. Hayakawa, M. Takaki, T. Kimura, K. Akimitsu



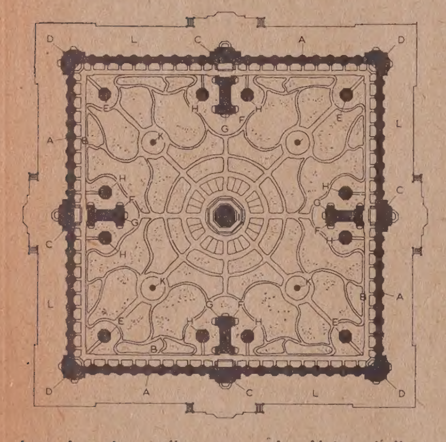
Architektur und politisches Engagement

Claude Schnaidt, Ulm

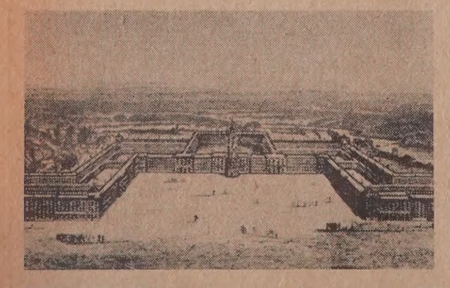
Die Situation im Städtebau der industriell hoch entwickelten kapitalistischen Länder wurde wohl selten mit solcher Deutlichkeit charakterisiert wie in diesem Vortrag von Claude Schnaidt, Prorektor der Hochschule für Gestaltung in Ulm, den wir hier mit freundlicher Zustimmung des Verfassers unverändert veröffentlichen. Es hat in den letzten Jahren unter den westdeutschen Architekten nicht an kritischen Stimmen gefehlt. Die Kritik enthielt jedoch selten Konsequenzen. Die Bedeutung des Beitrages von Schnaidt ist vor allem darin zu sehen, daß er sich nicht mit Kritik an Oberflächenerscheinungen begnügt, daß er Ursachen und Schlußfolgerungen offen ausspricht.

Die Gedanken des Verfassers, die zuerst in der Hochschulzeitschrift „Ulm" erschienen sind, gehören zu den Zeugnissen einer demokratischen Gesinnung, die an der Hochschule für Gestaltung in Ulm bisher eine Heimat hatte. Der Entschluß der Bundesregierung in Bonn, diese international bekannte Hochschule mit fadenscheinigen Begründungen zu liquidieren, ist gegen diesen Geist der Demokratie gerichtet.

Auf einer Gedenkfeier der HfG Ulm zum 25. Jahrestag der Hinrichtung der Geschwister Scholl wurde gesagt: „Die Krise der HfG ist keine isolierte Erscheinung. Sie ist Symptom für den Übergang einer liberal-pluralistischen Gesellschaft in eine formierte Gesellschaft . . . Sie spiegelt gleichzeitig die ökonomische Krise wider." red.



Lageplan einer selbstversorgenden Heimatsiedlung von Owen. Seitenlänge rund 500 m



Phalanstère. Schaubild von J. Arnoux um 1835 nach den Ideen von Fourier. Diese Idee wurde 1862 von Godin, einem Schüler Fouriers, mit dem Bau eines Familistère in Guise verwirklicht. Das Familistère enthielt Wohnungen und alle erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen, außerdem gehörte zu ihm eine Fabrik für Heizkörper

Als die Pioniere der modernen Architektur noch jung waren, dachten sie wie William Morris, daß die Architektur eine „Kunst des Volkes für das Volk" sein solle. Statt die Geschmäcker einiger Privilegierter wollten sie die Bedürfnisse der Gemeinschaft befriedigen. Sie wollten die Behausung für den Menschen schaffen, sie wollten die „Cité radieuse" bauen. Aber sie hatten nicht mit der merkantilen Bourgeoisie gerechnet, die sich sehr schnell ihrer Theorien bemächtigte, um sie zu ihrem Profit zu wenden. Das Konzept der Zweckmäßigkeit wurde schnell in das der Rentabilität umgewandelt. Die anti-akademischen Formen wurden zum Dekor der herrschenden Klasse. Die rationelle Wohnung verwandelte sich in die Kleinstwohnung, die „Cité radieuse" in die Großsiedlung, die plastische Strenge in Armseligkeit. Die Architekten der Gewerkschaften, Genossenschaften und der sozialistischen Gemeinden stellten sich den Whisky- oder Waschmittelhändlern, den Bankiers und dem Vatikan zur Verfügung. Die moderne Architektur, die sich an der Befreiung des Menschen durch Schaffung einer neuen Lebensform beteiligen wollte, hat sich in ein Großunternehmen zur Degradierung des Wohnens verwandelt. Die moderne Architektur, die das Ende des Formalismus angekündigt hatte, wurde zu einem Formenspiel für Eingeweihte. Die moderne Architektur, die mit dem Anspruch antrat, ein Instrument der befreiten Nutznießung zu werden, transformierte sich in ein Mittel der Vergewaltigung und der Entfremdung des Menschen. Man muß zugeben, daß diese Veränderung einer großen Bewegung in ihr Gegenteil sehr befremdlich ist. Was ist geschehen? War diese Entwicklung unvermeidlich? Wie kann man sie rückgängig machen?

Seit der ersten industriellen Revolution besteht die Aufgabe des Architekten nicht mehr darin, für ein paar Privilegierte zu bauen, sondern den Bedürfnissen einer ständig wachsenden Bevölkerung entgegenzukommen. Die Probleme des Architekten und des Stadtplaners sind Sozialprobleme geworden, das heißt Probleme, die von der Gesellschaft an die Gesellschaft gestellt werden. Diese Tatsache kann von niemandem mehr bestritten werden. Auf der anderen Seite hat sie eine Konsequenz, die selten eingestanden wird: Man kann sich nicht in die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit begeben, ohne die Politik zu tangieren. Die Denker des 19. Jahrhunderts wie Owen, Cabet, Fourier, Morris, auf deren Werk sich die moderne Stadtplanung gründet, hatten das sehr wohl erkannt. Ihre städtebaulichen Vorschläge waren immer mit einer umfassenden Kritik der kapitalistischen Gesellschaft verbunden.

Hundert Jahre später, am Ende des ersten Weltkrieges, war diese engagierte Anschauung über den Städtebau schon weniger verbreitet. Sie wurde jedoch noch einmal durch die Europa überschwemmende revolutionäre Welle belebt: Die sowjetische Revolution brachte große Hoffnungen auf eine ganz neue Ordnung mit sich, welche die Verwirklichung der Stadt der Zukunft günstig erscheinen ließ. In Deutschland hoffte man, daß mit dem Ende der Monarchie der Augenblick tiefgreifender Sozialreformen gekommen sei, der Bevölkerung die Städte und Häuser eines neuen Zeitalters zu geben. Durch die internationale Regelung politischer, ökonomischer und kultureller Probleme sowie durch die Änderung der sozialen Beziehungen war man überall überzeugt, daß ein neues Leben beginne. Man war entschlossen, den materiellen Rahmen dieser neuen Gesellschaft zu schaffen. Der Traum dauerte nicht lange. Er wurde durch die Wirtschaftskrise unterbrochen. Alles kam wieder in Ordnung, zwar nicht in die Ordnung, die man sich gewünscht hatte, sondern in eine, die sich durch den sich stabilisierenden Kapitalismus aufdrängte. Dann kam Adolf Hitler mit seiner eigenen Version der „neuen Ordnung". Durch ihn verwandelte sich der Traum in einen Alptraum, der mit dem zweiten Weltkrieg endete. Es folgten der kalte Krieg und schließlich der Neokapitalismus mit seiner Konsumgesellschaft, ein anderer Alptraum, aber diesmal voll klimatisiert.

Im Hintergrund der Depressionen, der Gewalt, der Unterdrückung, der Zerstörungen, der Spannungen und der Ausbeutung der letzten fünfzig Jahre findet man immer wieder dieselben Geldmächte und dieselben Kräfte der Reaktion am Werk. Es sind diejenigen, welche die Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit verhindern, um ihre eigenen Privilegien zu schützen. Es sind diejenigen, die bis heute die Architekten und Städteplaner daran gehindert haben, die Welt bewohnbar zu machen. Nachdem das einmal gesagt ist, kann man jedoch fragen, ob die Architekten und Städtebauer alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um diese Situation zu ändern. Man muß zunächst gestehen, daß sie ständig in einem Feld widerstrebender Interessen leben. Die Realisation ihrer Projekte hängt von der besitzenden und regierenden Klasse ab, während gleichzeitig die Interessen der Massen der Verbraucher vertreten werden müssen. Trotzdem kann diese ambivalente Position nicht Anlaß sein, eine ambivalente Haltung einzunehmen. Sie zwingt nicht dazu, die Wahrheit vor anderen und sich selbst zu verbergen in einer passiven Erwartung einer eventuellen Umkehrung der Situation. Wenn die Stellung des Architekten in der Gesellschaft unangenehm ist, wenn seine tägliche Aufgabe schwierig ist, wenn er seinen Gedanken keinen freien Lauf lassen kann, ist damit noch kein Grund gegeben, nicht etwas für die Veränderung dieses Zustandes zu tun. Um nun die Gesellschaft zu ändern, muß man sie kennen, muß man klare Ideen über die erforderten Lösungen haben und sich politisch engagieren, um sie in die Tat umzusetzen. Es sind gerade diese klaren Ideen über die Gesellschaft und dieses Engagement, die den meisten Architekten und Städtebauern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fehlten.

Man vergegenwärtige sich nur Le Corbusier, Wright, Gropius, Geddes, Mumford, um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen. Ihre Theorien zeigen immer wieder die folgenden Charakteristika: Zunächst kritisieren sie die städtebaulichen Auswirkungen des Regimes. Es handelt sich in der Tat um das kapitalistische Regime, aber dieses Adjektiv wird fast nie gebraucht. Dann werden die Unordnung und die Unmenschlichkeit dieser Zustände betont. Daraufhin verlassen sie in ihren Theorien jeden konkreten revolutionären Plan und begeben sich auf eine idealistische und utopische Ebene. Sie zeigen nicht die notwendige dialektische Verbindung zwischen der zukünftigen und gegenwärtigen Gesellschaft auf, aus welcher die erste durch den Bruch mit der letzteren entsteht. Statt dessen ordnen sie die historische Entwicklung der Realisation einer Idee unter, welcher sie einen absoluten Wert zuschreiben. Sie bauen zwischen Gegenwart und Zukunft einen scharfen



Die Technik läßt sich nicht domestizieren durch Theater in Insektenform oder ondulierte Flughafengebäude

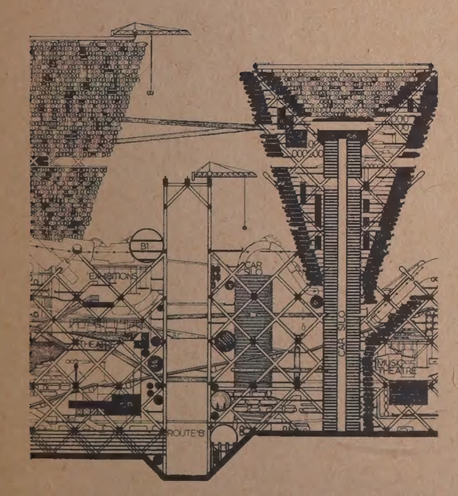
Gegensatz auf, der sich bis zu einem Antagonismus von Gut und Böse steigert. Die Gegenwart ist das Symbol völliger Unordnung; die Zukunft das Symbol einer perfekten Ordnung. Dann versuchen sie zu zeigen, wie sich die zukünftige Welt aus der reinen Tatsache ihrer moralischen Überlegenheit notwendigerweise realisieren wird. Aus ihrer Unfähigkeit, die Gesellschaft und ihre Umwelt effektiv zu verwandeln, sind sie zu glauben geneigt, daß die soziale Entwicklung wesentlich durch Ideen determiniert ist. Infolgedessen setzen sie in ihren Vorschlägen den Akzent auf die Leistung der Vernunft und nicht auf das Engagement und den politischen Kampf an der Seite der minderbegünstigten Klassen. Sie denken, es genüge, die Menschen von den Vorzügen ihrer Projekte zu überzeugen, um diese dann schließlich zur Ausführung zu bringen.

Dieses Handlungskonzept hat sich immer als wirkungslos entpuppt. Auf Grund seiner Unwirksamkeit bedingt es eine Verdrängung des sozialen Verantwortungsbewußtseins, welche dann das Aufkommen einer Menge von minderwertigen Ausdrucksformen legitimer Tendenzen hervorruft. Nehmen wir das Beispiel des Formalismus in der Architektur der zwanziger und dreißiger Jahre. Er stammte zum größten Teil aus der vagen Vorstellung der Architekten über den existierenden Widerspruch zwischen ihrer humanistischen Auffassung der industriellen Zivilisation und dem Merkantilismus der bürgerlichen Gesellschaft. Da sie nicht genau wußten, wie sie ihr Schaffen mit der Realität in Einklang bringen konnten, versuchten sie, die durch ihre angekündigte Veränderung gestellten ökonomischen und sozialen Probleme auf ästhetischer Ebene zu lösen. Sie glaubten, die notwendigen historischen Voraussetzungen zur Realisierung ihres Ideals durch eine ungestüme Suche nach einer neuen Formsprache ersetzen zu können.

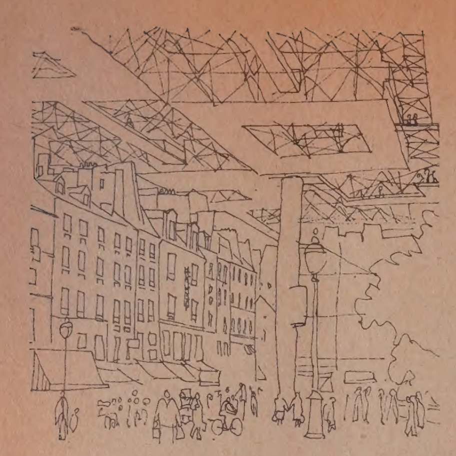
Es steht nicht an, über frühere Generationen den Stab zu brechen. Sie arbeiteten im Bewußtsein ihrer Erfahrungen, gestützt auf empirische Beobachtungen. Man muß ihnen Dank zollen. Aber man muß auch feststellen, daß sie eine wissenschaftliche Abstraktion nicht erreicht haben, die unerläßlich ist, um die konkrete soziale Wirklichkeit zu durchdringen, also um sie richtig zu reflektieren und damit umzugehen. Obwohl viele Architekten und Stadtplaner Rationalisten sein wollten, war ihre Aktion mehr die Sache einer Sozialmystik als die Sache eines rationalen Wissens der Fakten und eines kohärenten Engagements, dieses Wissen anzuwenden. Darum haben die moderne Architektur und Stadtplanung ihre Aufgabe verfehlt, die darin bestand, sich als Instrument des Fortschritts in die Welt einzuschalten. Dieser Mißerfolg zwingt deshalb heute dazu, die Frage der sozialen Verantwortung des Architekten neu zu überprüfen. Unglücklicherweise hat dieses unumgängliche Unternehmen einen sehr schlechten Start gehabt. Anstelle das Übel, das man anzuklagen vorgibt, bei der Wurzel zu packen, begnügt man sich mit einer voreiligen Argumentation und versucht sich in starken Sensationen, in brutalistischer Spontaneität, in phantastischen Visionen und in technokratischen Prognosen.

Einige Architekten möchten gegen die Abweichungen und Entwürdigungen der vorherigen Epoche reagieren, indem sie den geometrischen Formalismus und den blanken Utilitarismus durch eine emotionale Architektur ablösen wollen. Sie wollen die Dürre, den Mangel an Beseeltheit, die Monotonie und Langeweile der rationalistischen Architektur kurieren. Zu diesem Zwecke verkleiden und komplizieren sie, was die Technik freigelegt und vereinfacht hat. Viele ihrer Anstrengungen erinnern an die Extravaganzen des Jugendstils. Das ist kein Zufall. Ihre Werke gründen auf dem gleichen Protestwillen gegen die technische Zivilisation, der gleichen Absicht, die schöpferische Individualität zu rehabilitieren und aus der Architektur wieder eine Kunst zu machen. Dieser Weg ist eine Sackgasse, weil er nicht zur Wurzel des Übels führt. Durch Erfindung neuer Formen sind nicht wahrere, unmittelbarere und tiefere Beziehungen zwischen den Menschen herzustellen. Das unstete Leben in den modernen Städten hat tiefere soziale Ursachen als die Form von Gebäuden. Durch das Errichten von Monumenten – allein die Geschichte entscheidet, ob es sich um ein Monument handelt oder nicht – macht man die Menschen nicht glücklicher. Die Selbstglorifikation hat nie zum Glück des Menschen beigetragen. Die Technik läßt sich nicht domestizieren durch Theater in Insektenform oder ondulierte Flughafengebäude. Man will die Ingenieure erledigen; statt dessen trägt der Neo-Barock zu ihrem Triumph bei. Was nützt es, die schematische Formel der Rationalisten in Frage zu stellen, ohne die Utopie, welche sie erzeugt hat, anzuklagen? Was nützt es, die Misere der Großsiedlungen und die Degradierung des „Habitat" zu bejammern, ohne den bürgerlichen Merkantilismus anzuklagen, der solches geboren hat? Was nützt es, den Rationalismus zu beschuldigen, wenn es sich schon damals um einen engen, veralteten Rationalismus handelte? Die moderne Architektur ist festgefahren, nicht, weil sie zu rational war, sondern weil sie zu wenig wissenschaftlich betrieben wurde; nicht wegen eines Zuviels an Sozialbewußtsein, sondern wegen eines Zuwenig an konkretem sozialem Inhalt.

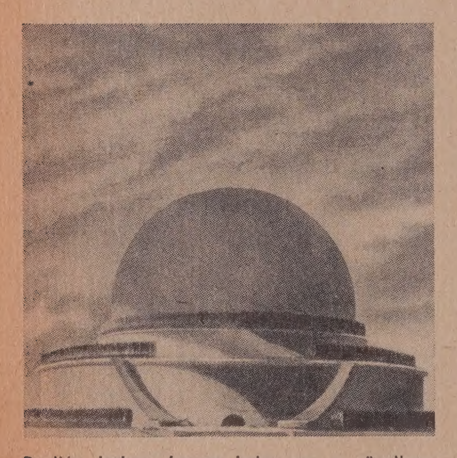
Andere Architekten versuchen seit Jahren, die Stadt in einer radikalen Weise neu zu überdenken. Sie sind überzeugt, daß der moderne Mechanismus jede Kühnheit in Architektur und Stadtbau gestattet. Deshalb sind sie auf der Suche nach etwas, das vergleichbar wäre mit Raumschiffen, Verpackungen, Computern, Raffinerien und Bohrinseln. Ihre Projekte legen den Akzent auf den Bevölkerungszuwachs, auf die durch Automation ermöglichte Freizeitzunahme, auf Anpassung an variable Bedürfnisse. Sie rechnen mit sehr hohen Menschenkonzentrationen und schlagen vor, Organe der Stadt, die bisher nebeneinander angeordnet waren, zu stapeln. Das impliziert die Schaffung eines künstlichen Klimas in allen Teilen der Stadt. Insofern, als es sich darum handelt, Lösungen für präzise Probleme zu finden, sind diese Versuche zweifellos sehr interessant. Sie münden in Vorschläge, die – falls realisiert – eine Mutation des „Habitat" bedeuten würden. Sie begünstigen außerdem eine Befreiung von den herkömmlichen Denkschemen, die im Bauwesen sich besonders festgenistet haben. Diese Versuche bergen aber auch eine Gefahr in sich. Wenn die futuristischen Architekten auch das Verdienst haben, die Technologie bis zu ihren letzten Konsequenzen voranzutreiben, so endet doch ihre Haltung sehr oft in einem Kult der Technik. Die Ölraffinerie und die Raumkapsel können als Modelle der technischen und formalen Perfektion dienen, aber wenn sie Gegenstand eines Kultes werden, verfehlt die Lektion ganz und gar ihre Wirkung. Dieses unbegrenzte Vertrauen in die technischen Möglichkeiten ist



Wenn die futuristischen Architekten auch das Verdienst haben, die Technologie bis zu ihrer letzten Konsequenz voranzutreiben, so endet ihre Haltung sehr oft in einem Kult der Technik



Wenn Yona Friedman erklärt: „Das Rohmaterial Arbeiter verliert seine Bedeutung und verwandelt sich in den Zuschauer oder Kunden", so ergreift er im Grunde Partei für die Konsumgesellschaft, die bis jetzt alle authentischen sozialen Bedürfnisse abgewürgt hat



Boullée, Ledoux, Lequeu haben um so zügelloser geträumt, je weniger ihnen die Realität Gelegenheit bot zu bauen
Entwurf eines Grabmals für Newton von E. L. Boullée (1784)



Die entstehende Megalopolis wird beim kleinsten Versagen der übersättigten Infrastrukturen vom Schlag getroffen

andererseits – was die Zukunft des Menschen anbelangt – mit einer erstaunlichen Naivität gekoppelt. Erst wenn das Existenzminimum für alle Menschen der Erde gesichert sein wird, sollte man daran denken, weniger zu arbeiten. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß diese zukünftige Freizeit nicht vom „Las-Vegas-Stil" geprägt sein wird, der die heutigen phantastischen Architekten so fasziniert. Wenn Yona Friedman erklärt: „Das Rohmaterial Arbeiter verliert seine Bedeutung und verwandelt sich in den Zuschauer oder Kunden", so ergreift er im Grunde Partei für die Konsumgesellschaft, die bis jetzt alle authentischen sozialen Bedürfnisse abgewürgt hat. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß diese phantastischen Bilder – in allen Zeitschriften veröffentlicht – vor allem dem Traumverlangen der Zeitgenossen entgegenkommen. Sie bieten eine Gelegenheit zur Flucht aus dem Alltag, der heute zur permanenten Frustration geworden ist. Diese Visionen beruhigen viele Architekten: Angesichts so vieler Technizität fühlen sie sich bestärkt und bestätigt in ihrem sozialen und politischen Ausscheiden. Es ist bezeichnend, daß die Neubelebung der Utopie zusammenfällt mit einem Zuwachs an Interesse für die visionären Architekten des 18. Jahrhunderts. Boullée, Ledoux, Lequeu haben um so zügelloser geträumt, je weniger ihnen die Realität Gelegenheit bot, zu bauen. Ihr humanistisch romantisches Ideal hatte keine Chance, sich im Rahmen der Monarchie zu verwirklichen; außerdem war kurz vor der Revolution die Kasse des königlichen Hofs leer. Die grandiosen Träume dieser Architekten wurden niemals realisiert. Wünschen wir ihren Jüngern von heute, daß sie aus dieser Erfolglosigkeit eine Lehre ziehen.

Einige Architekten erscheinen realistischer als andere, weil sie zu Aposteln der Vorfertigung geworden sind. Ihre Tätigkeit hat dazu beigetragen, eine allgemeine Begeisterung für den Fertigbau zu entfachen. Das wäre vielleicht nicht schlecht, wenn diese nicht dazu dienen würde, etliche unbequeme Probleme zu vertuschen. Es ist falsch, dem Fertigbau das traditionelle Bauen entgegenzustellen. Das traditionelle Bauen hat seine Produktivität im Laufe der vergangenen 15 Jahre verdoppelt und ist in der Lage, mit dem Fertigbau zu konkurrieren, wenn es nicht Bedarfsschwankungen unterworfen ist. Wenn man vom technischen Fortschritt im Bauen eine Senkung des Selbstkostenpreises erwartet, scheint es angemessener, die Voraussetzungen einer kontinuierlichen Produktion zu schaffen, als eine Baumethode gegen andere auszuspielen. Nun, unter den gegenwärtigen Bedingungen einer Marktwirtschaft ist es schwierig – wenn nicht ausgeschlossen –, die Kontinuität der Nachfrage zu garantieren. Der Wiederaufbau hat gezeigt, daß der wirtschaftliche Liberalismus nicht in der Lage war, dieses Problem auf befriedigende Weise zu lösen. Angesichts des großen Wohnungsbedarfs und der Notwendigkeit, einen stetigen Rhythmus im Bauen zu sichern, mußte der Staat seit Ende des zweiten Weltkrieges sich mehr und mehr an die Stelle der gescheiterten Privatinitiative setzen. Aber er tat das nur stoßweise, unter dem Druck der Tatsachen. Die meiste Zeit entsprangen seine Maßnahmen nicht einer einheitlichen Auffassung. Die Ergebnisse dieser zögernden Politik widersprachen mehr als einmal den Zielen, die sie erreichen wollten. Wenn man einen für die Industrialisierung des Bauens günstigen Markt schaffen möchte, muß man den nächsten Schritt vorwärts tun: die wirtschaftliche Planung. Und natürlich nicht eine von den Planungen, die von Bürokraten unter dem Diktat mächtiger und geheimer Gruppeninteressen ausgearbeitet wurden, sondern eine wahrlich demokratische Planung, ausgerichtet auf die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Eine demokratische Planung, das bedeutet zum Beispiel, sich fragen, ob es gerecht sei, unerhörte technische Anstrengungen zu machen, um die Baukosten zu senken, ohne parallel den oft wucherischen Zinssatz für das investierte Kapital zu kappen. Und weiter noch: Ob es denn so vernünftig ist, in das Auto das Doppelte dessen zu investieren, was man für die Wohnung zahlt. Das private Eigentum und die märchenhaften Preise des Bodens paralysieren heute praktisch jede ernstgemeinte Anstrengung einer Stadtplanung. Und ohne Stadtplanung, das heißt ohne die Möglichkeit, die Ausdehnung der Städte abzuschätzen und zu planen, ist es hinfällig, eine folgenreiche Entwicklung in der Serienfabrikation im Bauwesen zu erwarten. Das neue Bodenstatut, welches die Städteplaner seit Jahren verlangen, ist ebenso notwendig für die Entwicklung des Fertigbaus wie für die Sanierung der Städte. Von der Lösung, die man allen diesen Problemen gibt, wird die Zukunft der Industrialisierung des Bauens abhängen. Deshalb ist es verfehlt, wenn nicht unredlich, nur von der Technik zu sprechen, wenn man Entscheidungen evoziert, die diese Zukunft betreffen. Zur Wahl stehen nicht – wie man uns einreden möchte – das sogenannte traditionelle Bauen und der Fertigbau. Zu wählen ist zwischen einer ungeordneten, langsamen und gefährdeten Entwicklung des technischen Fortschritts im gesamten Bauwesen und einer kohärenten, schnellen, geplanten, für das Wohlergehen der Gemeinschaft nützlichen Industrialisierung.

Während sich die Architekten in Ästhetizismen, in das Phantastische und in den Technokratismus flüchten, geht der Zerfall der Umwelt und des Alltags der Menschen unaufhaltsam weiter. Die entstehende Megalopolis wird beim kleinsten Versagen der übersättigten Infrastrukturen vom Schlag getroffen. Zu ihrem Betrieb werden kolossale Ausgaben benötigt, die trotzdem das Absinken der Produktivität und der Lebensbedingungen nicht aufhalten können. Der jährliche Zuschuß für die öffentlichen Verkehrsbetriebe der Stadt Paris ist viermal so hoch wie die staatlichen Gelder, welche die Bretagne während zehn Jahren für ihre Industrialisierung bekommen hat. Der Aufwand, der nötig ist, um vom Wohnsitz zum Arbeitsplatz und zurück zu gelangen, kostet die Einwohner von Paris drei Millionen Stunden je Tag. Dieser Betrag entspricht einem Arbeitstag von 400 000 Arbeitnehmern. Für die Wirtschaft eines Landes bedeutet dies, daß Milliardenbeträge je Jahr verschleudert werden.

Die Konzentration der Industrien und Verwaltungen in und um die Großstädte sowie die fortdauernde Verteuerung der Mieten zwingen den Arbeitnehmer, sein Domizil weit von der Stadt entfernt aufzuschlagen. Der Zeitaufwand zur Überbrückung der Distanz macht Arbeitszeitverkürzungen illusorisch. Der Schaden ist jedoch nicht nur ökonomisch. Er wird verschlimmert durch den Verlust von menschlichem Leben und Gesundheit durch Verkehrsunfälle. Die USA zum Beispiel zählen jährlich 4 700 000 Tote und Verletzte durch Verkehrsunfälle. Darüber hinaus ist das Problem der Distanzen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz mit einem dritten Makel behaftet, einem Makel sozialer Natur mit Konsequenzen



Die Stadtregion lebt in einem Halbzeitrhythmus. Der Werktätige verläßt mit Sonnenaufgang sein Dorf oder seine Satelliten-Stadt, die der Großstadt ihre notwendigen Arbeitskräfte stellen



Die Zukunft der Provinzwüste ist bestimmt durch die Gesichtspunkte der Banken, der Aktiengesellschaften und der Verwaltungen, die in der City ihren Sitz haben



Politisch engagiert zu sein, heißt weiter gegen die Zentralisation der Macht kämpfen, und zwar zugunsten zahlreicher Entscheidungszentren, die so nah wie möglich bei den Arbeits- und Lebensgemeinschaften liegen

sowohl für das Individuum als auch für die Stadtregion. Diese lebt in einem Halbzeitrhythmus. Der Werktätige verläßt mit Sonnenaufgang sein Dorf oder seine Satelliten-Stadt, die der Großstadt ihre notwendigen Arbeitskräfte stellen. Während des Tages ist er abwesend und kommt erst am Abend müde zurück. Sein einziger Wunsch gilt der absoluten Ruhe. Er nimmt daher selten am Leben seiner Wohngemeinde teil, er liefert ihr keine Ideen, keine Kritik, keine Initiative. Er ist, mindestens zum Teil, für sein Milieu ein toter Mensch. Und gleichzeitig stirbt sein Milieu allmählich ohne ihn ab, besonders, seit die Summe der Einzelfälle gewichtige Ausmaße annimmt.

Während einige Städte gewaltig anwachsen, sterben ganze Regionen ab. Diese Regionen werden von den fähigen und vitalen Menschen verlassen. Sie verwandeln sich in Greisenlandschaften. In 10 oder 20 Jahren werden sie für immer die menschlichen Reserven verloren haben, die ihnen erlauben würden, sich wieder zu entwickeln. Diese Regionen haben keine finanziellen, technischen, kulturellen und administrativen Entscheidungszentren, auf welche die Einwohner Einfluß nehmen könnten. Auf Grund ihres Mangels an Selbstbestimmung ist es ihnen unmöglich, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Eigenarten, ihren Willen zur Entwicklung auf Grund ihrer Bedürfnisse, ihrer Möglichkeiten, ihrer Bestrebungen zum Ausdruck zu bringen. Die Zukunft der Provinzwüste ist bestimmt durch die Gesichtspunkte der Banken, der Aktiengesellschaften und der Verwaltungen, die in der City ihren Sitz haben. Eine Umstrukturierung und Verlegung der Industrie, die aus der Sicht der großen Städte unmöglich und unrationell erscheinen, könnten ermöglicht werden und ökonomisch gesunden, wenn ihre Konzeption und Ausführung den Menschen anvertraut würde, die an Ort und Stelle sich für das Überleben ihrer Region einsetzen. Denn diese Region ist für sie nicht irgendein Stück Erde, sondern ihr Land, ein Land, dessen Möglichkeiten sie ermessen können und für welches sie bereit sind, Opfer zu bringen und Anstrengungen zu machen, die sich die Bankiers und Technokraten der Großstadt nicht einmal vorstellen können.

Was ist die wesentliche Ursache der Konzentration? Die Niederlassung in schon entwickelten Regionen erlaubt es den Unternehmen, sich bestehender Einrichtungen und Infrastrukturen zu bedienen. Diese Strukturen in Form von Erschließung von Wasser, Gas, Elektrizität, Telefon, Abwasser, Kommunikationswegen, öffentlichen Bauten und Verkehrsmitteln sind durch die Gemeinschaft bezahlt. Die Unternehmen können auf diese Weise die Kosten umgehen, die zur Schaffung, Erneuerung und Anpassung der Infrastrukturen und Einrichtungen notwendig sind. Das erlaubt ihnen, ihren Profit zu vergrößern. Mit anderen Worten, die Gemeinschaft muß das tragen, was man die „sozialen Kosten der Privatinitiative" nennt. Politisch engagiert zu sein, heißt zu fordern, daß die sozialen Kosten der Privatinitiative zu ihrem größten Teil nicht mehr von der Gemeinschaft, sondern von den Unternehmen selbst getragen werden. Es heißt weiter, gegen die Zentralisation der Macht kämpfen, und zwar zugunsten zahlreicher Entscheidungszentren, die so nah wie möglich bei den Arbeits- und Lebensgemeinschaften liegen. Solche Maßnahmen würden gewiß die Konzentration bremsen und die Entwicklung des Landes ausgeglichen verlaufen lassen.

Das Fehlen von Krippen, Kindergärten, Jugendhäusern, Volksbüchereien, Kulturzentren, Schwimmbädern, Sportplätzen und Kläranlagen macht sich überall stark bemerkbar. Die Krankenhäuser und Altersheime sind oft in einem unbeschreiblich schlechten Zustand. Die öffentlichen Verkehrsmittel versagen. Trotzdem bildet sich unsere Konsumgesellschaft ein, das Paradies zu sein. Sie hat die Ambition, die Waschmaschine, den Transistor, den Mini-Rock und das Auto für jeden Geldbeutel zur Verfügung zu stellen. Genau das nennt der Amerikaner Galbraith „die öffentliche Misere im privaten Überfluß". Warum ist es so? Weil vom Gesichtspunkt des Kapitalismus öffentliche Einrichtungen und Dienst nicht rentabel sind. Die Bedürfnisse, welche diese Einrichtungen decken sollen, sind nicht in klingende Münze umzusetzen. Ihre Befriedigung bringt nicht sofort Profit ein. Sie entziehen sich den Gesetzen der Marktwirtschaft. Infolgedessen neigt der Kapitalismus dazu, sie zu vernachlässigen oder gar zu verdrängen und den individuellen Bedürfnissen den Vorrang einzuräumen. Für den Kapitalismus ist die Vermehrung der Konsumgüter interessanter als die Schaffung öffentlicher Dienste. Damit wird ein wesentlicher Teil des Volkseinkommens für eine große Verschwendung mißbraucht, während die notwendigen Ausgaben für öffentliche Dienste und Einrichtungen nicht gedeckt werden können. Ein Architekt, der wirklich seine Verantwortung übernehmen will, muß sich dessen bewußt sein und sich an der Revision dieser schiefen Politik aktiv beteiligen. Er muß nachweisen, im Gegensatz zu aller Ideologie, daß es hauptsächlich die Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse ist, die zu einer wirklichen Änderung der Lebensbedingungen führt.

Nehme man das Beispiel der Freizeit. Man kann sich fragen, ob es nicht besser wäre, die alltägliche Freizeit zu zivilisieren als den Tourismus aufzublähen. Aber die Misere der Städte läßt heute keine Wahl. Die Parkanlagen und die Schwimmbäder fehlen. Luft, Ruhe, Erholung sind während der Woche für den Stadtbewohner praktisch außer Reichweite. Die Arbeitszeit zu kürzen hieße also, den Berufstätigen in seine traurigen Quartiere zurückzuschicken. Was sollte er dort machen? Auf den Straßen zu bummeln steht außer Frage. Denn sie sind nicht mehr dazu gebaut. Ein Jugendheim, ein Kulturzentrum, einen Freizeitklub, eine Bibliothek besuchen? Das gibt es nicht. Das Theater? Es liegt zu weit weg, ist zu teuer und hat Programme sowie Öffnungszeiten für den Bourgeois. Was kann man sonst noch machen? Fernsehen. Das ist wenig. Natürlich könnte man das Wochenende verlängern. Aber da stellt sich das gleiche Problem. Die Flüsse, Seen und Wälder sind nicht dazu eingerichtet und nicht durch schnelle und häufig verkehrende Züge oder Busse zu erreichen. Um das Wochenende also ein bißchen zu genießen, um nur Luft zu schnappen und sich zu erholen, muß man ein Auto haben. Um ein Auto zu haben, braucht man Geld. Um Geld zu haben, muß man länger arbeiten. Der Kreis schließt sich. Weil nichts für die Erholung am Wochenende, nichts für die tägliche Freizeit des städtischen Arbeiters vorgesehen ist, muß er mit dem Auto einmal im Jahr nach Jugoslawien verreisen. Dort kann er dann seine persönliche Rache nehmen. Er packt den Tiger in seinen Tank und rast mit 120 Stundenkilometern los. Er kann endlich die Verantwortung in seine eigenen Hände nehmen, im Durchschnitt 20 dringende Entscheidungen je Kilometer.



Man kann sich fragen, ob es nicht besser wäre, die Freizeit zu zivilisieren als den Tourismus aufzublähen. Aber die Misere der Städte läßt heute keine Wahl. Das Auto wird zum Inbegriff der persönlichen Freiheit und ist Ursache des Fluchtbedürfnisses, weil das in das Auto investierte Kapital für die Gestaltung der Umwelt fehlt



Die Wohnsituation in den Entwicklungsländern ist katastrophal – aber nicht nur in den Entwicklungsländern: Gasse in einer Bidonville (Kanisterstadt) bei Paris. In Frankreich leben 140 000 Menschen in solchen „Städten"

Während eines Reisetages zeigt er mehr Initiative als in einem Jahr Büro- oder Fabrikzeit. Das Auto ist seine persönliche Freiheit. Aber er weiß nicht, daß es die Ursache seines Fluchtbedürfnisses ist, weil das in das Auto investierte Kapital für die Gestaltung seiner Umwelt fehlt.

Dieser Zustand ist die Folge davon, daß die Monopole, die Trusts und die Banken die eigentlichen Herren des Landes geworden sind. Sie diktieren den Regierungen ihre Befehle. Sie stehen über dem Gesetz und dem Willen der Allgemeinheit. Jedoch gibt es schon heute eine andere politische Möglichkeit im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Den vermeintlichen Lösungen der Geldmächte, die nichts als Lösungen in ihrem eigenen Interesse sind, wären die eigenen Lösungen des politisch engagierten Architekten entgegenzustellen, insofern sie die Lösungen der Gesamtheit sind. Die erste und wichtigste, welche eine Grundlage für jeden zukünftigen Fortschritt bildet, ist eine Begrenzung und dann eine Ausschaltung der Macht der Monopole. Die Mittel, das zu erreichen, sind verschiedener Art. In erster Linie handelt es sich um die Verstaatlichung der Großbanken, der wichtigsten Konzerne und Unternehmen, welche die Rolle öffentlicher Dienste spielen. Es handelt sich um öffentliche Kontrolle der Investitionen, der Kredite, der Preisbildung, der Einfuhr und Ausfuhr von Devisen. Es handelt sich weiter um eine gerechte Steuerpolitik, konkrete Maßnahmen gegen die Spekulation und die Entwicklung eines echten kooperativen Systems.

Politisch engagiert zu sein, heißt alle diejenigen Bewegungen, Organisationen, Verbände, Parteien und Gewerkschaften unterstützen, die für diese Ziele und die genannten Maßnahmen eintreten. Es heißt dort zu wirken, wo es gelingt, die Entwicklung der Gesellschaft zu kontrollieren und zu orientieren. Es heißt auch, sich für den Frieden einzusetzen. Denn während es kein Geld gibt, um die menschliche Umwelt zu gestalten, ist genug Geld für ihre Zerstörung vorhanden. Die Vereinigten Staaten geben im Augenblick monatlich 2,8 Milliarden Dollar für ihren Vernichtungskrieg in Vietnam aus. Man kann sich ausrechnen, wieviel Wohnungen man mit dieser Summe bauen könnte. In der gesamten Welt werden jedes Jahr 150 Milliarden Dollar für die Rüstung investiert. Das ist die Hälfte des Einkommens aller Entwicklungsländer der Erde. Wenn die Architekten zur Besserung der Lebensbedingungen beitragen wollen, müssen sie sich denen anschließen, die sich für eine Einstellung des Krieges in Vietnam, für die Atomabrüstung, für regionale Rüstungsbeschränkung, für die Auflösung der Blöcke und für eine Entspannungspolitik einsetzen.

Sowohl durch die Technik als auch durch die Strategie sind die Wettrüstung und der Wettlauf um die Eroberung des Weltraums eng miteinander verbunden. Auch die Raketen, die Satelliten, die Erforschung des Weltraums befriedigen das Fluchtbedürfnis eines verängstigten und frustrierten Menschen. Wahrscheinlich wird es noch lange dauern, bis man daran denken kann, auf andere Planeten auszuwandern. Von diesem Gesichtspunkt her sind die Investitionen zur Weltraumerforschung übertrieben. Man könnte sparen, wenn man diese Forschung auf eine längere Zeit hin ausdehnen und die Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vermeiden würde. Mit zwei konkurrierenden Mächten verdoppeln sich die Ausgaben für ein gemeinsames Ziel. Die Hälfte dieser Ausgaben könnte zur Forschung über die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen auf dieser Erde dienen. Heute handelt es sich nicht mehr ausschließlich darum, die Natur im Dienste des Menschen auszuwerten. Der Mensch selbst entzieht sich unserem Verständnis. Deshalb könnte man den Mond ruhig warten lassen.

Schließlich bestehen Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern. Die Wohnsituation in diesen Ländern ist katastrophal. Es ist äußerst schwierig, präzise Schätzungen ihrer Bedürfnisse auf diesem Gebiet vorzunehmen. Man müßte Hunderte von Millionen Wohnungen bauen. Dazu kommen die notwendigen Infrastrukturen und Einrichtungen. Da diese Länder außerdem noch Probleme des Hungers, der Krankheit, des Analphabetismus und der Schaffung von Produktionsmitteln lösen müssen, brauchen sie Hilfe von außen. Unglücklicherweise kompensiert heute diese Hilfe nicht die Verluste, die sich aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit ergeben. Diese Verluste entstehen durch die Repatriierung der Gewinne durch die ausländischen Firmen. Dazu kommt der zunehmende Abstand zwischen den Preisen ihrer Rohstoffe und den Preisen der Fertigprodukte, die meist im Ausland hergestellt werden. Lateinamerika hat auf diese Weise von 1951 bis 1962 12,3 Milliarden Dollar verloren. Während derselben Zeit bekam es nur 10,3 Milliarden an Privatinvestitionen und Spenden. Daraus folgt, daß die Entwicklungsländer ihre eigenen Probleme mit ihren eigenen Mitteln lösen müssen und sich gegenüber den Staaten, die sie zur Zeit in der Hand haben, als gleichberechtigt behaupten müssen. Aber in der Zwischenzeit wären alle Organisationen zu unterstützen, die in den Entwicklungsländern gegen innere und äußere Unterdrückung kämpfen. In Europa müßte man sich für eine Außenpolitik ausgeglichener Entwicklungshilfe einsetzen, eine Entwicklung, die sich nicht auf Lizenzverträge, Autoexport und Verschwendung gründet, sondern auf eine effektive Auswertung der menschlichen und natürlichen Möglichkeiten der Entwicklungsländer.

Im Jahre 2000 wird sich die Weltbevölkerung verdoppelt haben. Wenn der Planet für diese 6 Milliarden Menschen bewohnbar gemacht werden soll, müssen die Illusionen der Ästheten, der Visionäre, der Technokraten fallen zugunsten eines Engagements für eine realistische Veränderung der Welt. Die Träume der heiligen Unabhängigkeit sind einzutauschen, und zwar gegen eine aktive Solidarität mit allen denen, die für die Befreiung der Massen kämpfen.

Gedanken zum Parteilichen im Städtebau

Dipl.-Ing. Manfred Vogler, BDA
Stadtarchitekt von Frankfurt (Oder)

Seit einiger Zeit ist es bei uns Architekten recht lebendig geworden um die Architekturtheorie. Sie wird vielerorts als notwendig anerkannt; jedoch über ihre Methode und ihre vornehmsten Gegenstände gibt es noch keine Einigkeit. – Viele mögen die Architekturtheorie nur mit Bildern.

Leider wird gegenwärtig noch in der Architekturtheorie die logische Methode unterschätzt, während die historische Methode überbewertet wird. Es wird oft behauptet, daß die Grundprobleme der Architekturtheorie nur ausgehend vom „lebendigen Material", vom gebauten Beispiel, das zu analysieren sei, zu lösen sind und nicht von „vorgefaßten Formeln und Thesen". Das klingt zuerst überzeugend, leider wird jedoch damit die theoretisch-logische Forschungs- und Darstellungsmethode für die Architekturtheorie verneint. Natürlich hat sie sich nicht auf vorgefaßte und schematische Abstrakta zu konzentrieren. Wird diese Methode jedoch verneint, verbleibt nicht viel mehr als Architekturkritik. Und die kann nicht – so notwendig sie ist – die Architekturtheorie ersetzen. Was für andere Gesellschaftswissenschaften gilt, muß auch als Methode für die Architekturtheorie zutreffend sein.

Nun hat es einige erfreuliche Versuche gegeben – zum Zwecke praktischer Verwendbarkeit –, die Architektur als gesamtes einheitliches Phänomen zu definieren. Dabei ist es besonders B. Flierl[1] mit seiner „Arbeitsdefinition" gelungen, an das Wesen der Architektur heranzukommen – auf einer sehr hohen Abstraktionsebene allerdings. Dem liegt der Mangel inne: Es ist nicht einfach, herauszufinden, wo nun die primären Ansatzpunkte zur weiteren Ausbildung einer sozialistischen Architektur liegen. Es ist lediglich abzulesen, daß sozialistische Architektur entsteht, wenn sie „als Mittel und Ausdruck" der sozialistischen gesellschaftlichen Kommunikationen ausgebildet wird. Damit ist aber nur der große Rahmen gesetzt. „Herstellungsweise", „Funktionsweise", „Erscheinungsweise" der Architektur sind dargestellt und im Definitionsversuch erklärt. Wo liegt nun das Bestimmende, das Entscheidende, bei der Entwicklung der sozialistischen Architektur?

Noch deutlicher wird diese Fragestellung in bezug auf die bis vor kurzem noch geltende und in der Praxis noch wirksame Formel von der „Architektur als Einheit von Technik, Ökonomie und Gestaltung" (einige setzen dieser Aufzählung noch beliebig weitere „Seiten" hinzu, wie Funktion, Kunst). Diese Losung ist ja nicht eigentlich durch Flierls Definition überwunden. Hier wird eine Einheit bei optimaler Sicherung aller Komponenten gefordert, ohne auch nur anzudeuten, nach welchem übergeordnetem Kriterium (das Richtung und Maßstab setzt) bei der Durchführung einer praktischen Aufgabe entschieden werden soll. Es bleibt Auffassungssache, ob die Ökonomie oder die Gestaltung und so weiter wirklich objektiv und optimal den Erfordernissen angenähert sind, oder ob ein Aspekt zugunsten eines anderen zu stark unterdrückt wurde.

Das Kriterium kann nur in der gesellschaftlichen Gesamtzielstellung der Architektur selbst liegen. Es wird dringend, daß der Erkenntnisvorgang, der der städtebaulichen Planung zugrunde liegt und zugrunde liegen soll, mehr ins Zentrum der architekturtheoretischen Diskussion und der städtebaulichen Planungspraxis gerückt wird.

Nur von dieser Position her ist die Berufsaufgabe des Architekten zu begründen und zu verteidigen.

Ich meine, Architektur und Städtebau besitzen eine spezifische Erkenntnisfunktion, die weder eine andere Kunstgattung noch eine Wissenschaft, weder die Soziologie noch die Ökonomie noch irgendeine andere Gesellschaftswissenschaft ersetzen oder vorwegzunehmen vermag. (Es versteht sich von selbst, daß der Architekt, wie jeder schöpferisch Tätige, die Erkenntnisse anderer Bereiche im Arbeitsprozeß zu verarbeiten hat und als Material rationell nutzt.) Der Erkenntnisgegenstand der Architektur sind die gesellschaftlichen Prozesse, die sich in städtebaulichen und architektonischen Räumen und Raumfolgen vollziehen und die der gebauten Umwelt bedürfen. Er wird gewonnen, indem der an der Herausbildung räumlicher Formen Schaffende auf die entsprechenden – den sich verändernden gesellschaftlichen Beziehungen gemäße – Lösungen im Räumlichen hinwirkt; nämlich durch die gegenständliche Organisation und Ordnung, die rationell erfaßbar, im Leben der Menschen brauchbar, nutzbar und dabei emotionell wirksam wird.

Der praktische Zweck der räumlichen Ordnung und deren emotioneller Ausdruck wirken als Einheit auf die in den räumlichen Bereichen ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse, nach denen und für die sie ausgebildet wurden.

Das macht das prognostische Weiterdenken der Entwicklung wichtiger gesellschaftlicher Prozesse notwendig und setzt die räumliche Entsprechung und Lösung als Erkenntnisvorgang voraus. Dabei muß jedoch davon ausgegangen werden, daß sich der Architekt/Städtebauer an den gesellschaftlichen Prozessen zu orientieren hat, die im Keim sichtbar sind. Er muß sich am Neuen, Typischen orientieren. Irgendwelche theoretisch erdachte, konstruierte gesellschaftliche Beziehungen, die als „ferne Prognose" gestellt werden, können in räumlichen, städtebaulichen Formationen nicht wirklich wirksam werden. Die Prozesse, die im Architektonischen ihren Niederschlag finden, sind nur aus der Realität ableitbar, weil sie zu differenziert und individuell sind, als daß sie im voraus erdacht werden könnten. Das heißt jedoch nicht, daß das gegenwärtig allgemein Gültige, zum Beispiel wie man ein Stadtzentrum aufsucht, wie man die Gemeinschaft sucht, für unsere Planungen Maßstab sein soll, sondern das schon im Ansatz Vorhandene, das progressiv Erkennbare muß Zielstellung sein.

Leider sind heute noch bei den Architekten die meisten prognostischen Voraussichten und Spekulationen zu einseitig auf die Nutzensseite, die quantitativen Fragen der Architektur gerichtet, während die Prognose der Entwicklung gesellschaftlicher Beziehungen (und deren räumliche Entsprechung – als Angebot) theoretisch und praktisch kaum versucht wird. Jedoch gerade darin liegt die Kernfrage des architektonischen Schaffens begründet.

Anerkennen wir das Postulat: Die Architektur und der Städtebau bilden Raumordnungen entsprechend den erkennbaren und für die darin verlaufenden **gesellschaftlichen** Beziehungen aus, dann muß etwas an unserer Terminologie geändert werden. Wir sagen, die Architektur erfülle Funktionen, und umschreiben damit die gesamte Palette der technologischen, utilitären und gesellschaftlichen Funktionen. Meist wird dieser Begriff nur für die spezielle Zweckfunktion der räumlichen Formation gesetzt, ohne daß danach unterschieden wird, ob Ding-Ding-, Mensch-Ding- oder Mensch-Mensch-Beziehungen Gegenstand der Untersuchung sind. Damit vergeben wir uns schon durch die Terminologie die Möglichkeit, entsprechende Entscheidungen nach der **Wertigkeit** der Funktionen zu finden.

Der bedeutendste Inhalt der Erkenntnis im architektonischen Schaffen, scheint mir, ist die räumliche Lösung des Widerspruchs zwischen dem Gemeinschaftlichen und dem Individuellen als Reflexion der wirklichen Lebensvorgänge, deren Formen sich entsprechend den städtebaulichen Lösungen mehr oder minder bestimmt in den bewußt geschaffenen Räumen und Raum-

[1] Bruno Flierl, „Die Architektur im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus", „Deutsche Architektur", Heft 9/1967

gruppen abspielen, die für die Arbeit oder andere utilitäre Vorgänge geschaffen werden. Dabei ist dieser Widerspruch in der sozialistischen Wirklichkeit nichtantagonistisch und folglich im sozialistischen Städtebau auch zum ersten Mal voll und wahrhaft lösbar. Jedoch damit (auch mit der Postulierung, daß die Lösung einheitlich sein und die Entfaltung beider Seiten voll ermöglichen soll) geben wir nicht eine ausreichende Antwort auf die Frage nach den Kerngedanken des sozialistischen Städtebaus und der dabei zu beobachtenden Parteilichkeit.

Das Parteiliche ist dort wirksam, wo Entscheidungen bei der Formung räumlicher Beziehungen getroffen werden. Die Ausbildung der Raumfolgen und -formen ist immer gemäß den reflektierten und konzipierten Gemeinschaftsbeziehungen notwendig. Die Parteilichkeit wirkt zugunsten der Entwicklung, wobei (wie in der lebendigen Wirklichkeit) – entsprechend den sozialistischen Prinzipien – die volle Entfaltung des Persönlichen auch und gerade erst im Gemeinschaftlichen ermöglicht und gefördert wird.

Wie alle Kunst sind besonders die Architektur und der Städtebau ein unentbehrliches Mittel der Verschmelzung des einzelnen mit der Gesamtheit, seiner Vergesellschaftung, seiner Anteilnahme an den Tätigkeiten, Erlebnissen, Erfahrungen, Ideen aller Menschen. Der Städtebau insbesondere ist Mittel der Konfrontation des einzelnen mit der Gemeinschaft und Mittel der Führung des einzelnen zu den Gemeinschaften. Das, scheint mir, ist das parteiliche Hauptstück des sozialistischen Städtebaus, denn alle räumliche Ordnung zielt letztlich auf die Ordnung von gesellschaftlichen Beziehungen. Und diese Ordnung kann nur parteilich herbeigeführt werden. Die Parteilichkeit haben wir auf die Herausbildung des Gemeinschaftslebens zu richten. Wir haben für unsere städtebaulichen Planungen ein grundsätzliches Ordnungsprinzip zu entwickeln. Indem wir das tun, setzen wir (bewußt oder unbewußt) die gesellschaftlichen Prozesse, für die das realisierte städtebauliche Werk Raum schafft, in eine Rangordnung. Unsere Parteilichkeit muß darauf gerichtet sein, diese räumliche, städtebauliche Rangordnung aus der Rangordnung des Gemeinschaftslebens herzuleiten und zu sichern. Nur daraus allein kann das Entscheidende einer großen Formidee, zum Beispiel eines Stadtzentrums, abgeleitet werden. Es ist im starken Maße der Phantasie des gestaltenden Architekten überlassen, zu kombinieren, zu retuschieren, zu verkleinern, zu unterstreichen, zu vergrößern und so weiter; eben deshalb muß der Architekt die Grundlage, die Argumente für sein Planen aus dem sozialistischen Leben nehmen.

Mies van der Rohe sagte in bezug auf den schöpferischen Arbeitsprozeß des Architekten: „Der lange Weg vom Material über die Zwecke zu den Gestaltungen hat nur das eine Ziel, unsere Umwelt wieder zu ordnen. Wir wollen aber eine Ordnung, die jedem Ding seinen Platz gibt. Und wir wollen jedem Ding das geben, was ihm zukommt seinem Wesen nach."

Wir leiten unsere Rangordnung (Rangordnung, weil wir wissen, daß es keine allgemeine Ordnung geben kann, sondern nur eine parteiliche) aus den gesellschaftlichen Beziehungen her, die auf die Ausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft gerichtet sind.

Das Gemeinschaftliche ist nicht allgemein, sondern konkret im Städtebau. Es tritt bei jeder Planungsaufgabe ganz speziell und in mannigfaltiger Form und – gemäß dem Leben – für vielfältige Bedürfnisse immer neu an den Planer heran.

Im städtischen Leben bestehen und entwickeln sich vielfältige zwischenmenschliche Beziehungen, die der räumlichen, städtebaulichen Fassung bedürfen, wobei dem einzelnen nicht einfach das Kollektive gegenübersteht, sondern bei der baulichen Sicherung der kollektiven Entfaltung ist das individuelle Bedürfnis ebenfalls zu erfüllen. Aber selbst das Kollektiv ist in seiner Vielfalt nicht einheitlich gleichrangig, sondern in der Wirklichkeit tritt es unterschiedlich gestuft auf. Demgemäß ist die Parteilichkeit dessen, der die Umwelt mit formt, darauf gerichtet, auch in der räumlichen Formulierung dieser Stufung zu entsprechen, sie erlebbar und auch in der Gestaltung der Raumsituation, in denen die gesellschaftlichen Vorgänge ablaufen sollen, zu ermöglichen und zu befördern. Es liegen unterschiedliche Stufen des Gemeinschaftlichen zum Beispiel in einer Volksversammlung, einem Kinopublikum, einer Klub-, Lern-, Beratungs- oder geselligen Gruppe und so weiter. (Die Reihenfolge der Aufzählung kann nicht als Wertung gelten, da eine solche abstrakt kaum möglich ist.) Es braucht nicht sonderlich betont zu werden: In der städtebaulichen Praxis treten uns nicht gesonderte, gleichrangige Gruppen entgegen, sondern es bestehen und entstehen Kombinationen, Überlagerungen und so fort.

Die oft geforderte „große, umfassende Planungsidee" für eine städtebauliche Aufgabe kann nur sein: die parteilich bestimmte Herausstellung des Wesentlichen im Prozeß der Gemeinschaftsbildung, das räumlich-körperlich und strukturell – entsprechend den örtlichen und zeitlichen Möglichkeiten – geformt ist. Dabei spielt das Subjektive keine unwesentliche Rolle.

Wir haben uns besonders bei der Ausbildung der Stadtzentren auf die umfassende Erfüllung des vielfältigen Gemeinschaftslebens und dessen unbeschränkte Entfaltung zu richten, und sogar noch weiter: auf dessen Stimulierung mit städtebaulichen Mitteln, wobei die Einheit von individuellen und gemeinschaftlichen Prozessen im Städtebaulichen weitgehend gesichert, herbeigeführt und erfüllt werden muß.

Wo anders als im sozialistischen Stadtzentrum ist das Gemeinschaftsleben reicher, wirksamer. Ist dieser Bereich nicht geradezu als das Becken aller jener Bestrebungen gemacht, damit sie dort zusammenfließen und alle Möglichkeiten ihrer Ausbildung finden?

Das reicht von der Erfüllung der Bedürfnisse im utilitären Bereich bis zur zwecklich weniger bestimmten Form (allgemein: das nicht genau bestimmte Bedürfnis nach gemeinschaftlichem Erleben – zum Beispiel Flanierstrecke und so weiter).

Der Städtebau schafft keine einfache passive Darstellung der gesellschaftlichen Beziehungen, sondern aktive Erlebnisräume. Ein solches städtebauliches Raumsystem ist nicht einfach auf Grund additiv geordneter Funktionen mit einer subjektiven „großen Formidee" zu schaffen. Wieweit solche vorgefaßte Formvorstellungen in der Praxis unseres Städtebaus wirksam sind, läßt sich leicht – ohne umfangreiche Analysen – aus der jüngeren Vergangenheit ablesen.

Es ist erstaunlich, welch hoher Grad an städtebaulicher „Typisierung" uns hierbei gelungen ist. Es scheint, als sei das Formenarsenal sehr klein. Immerhin läßt sich eine sehr große Anzahl von städtebaulichen Lösungen in Teilbereichen der Zentren feststellen, die sich nur im Detail voneinander unterscheiden. Immer wieder tritt die Grundform auf: zur Straße einseitig oder beidseitig, senkrecht oder parallel stehende Wohnblocks, davor oder dazwischen Baukörper mit Handels- oder Gastronomieeinrichtungen. Nur die Höhe, Details der Funktionen, Details der Formgebung sind variiert. Zuweilen haben die Erdgeschosse der Wohnhäuser Läden und so weiter. Mag es auch gewagt erscheinen, alle diese Formationen so generalisiert zu betrachten, so ist es doch aufschlußreich und läßt die ideellen Ursachen vermuten.

Ob Berlins neuer Teil der Karl-Marx-Allee, ob Magdeburgs Karl-Marx-Straße oder ein Teil der Leipziger Ringbebauung, ob in Karl-Marx-Stadt die Straße der Nationen oder in Frankfurt (Oder) die Karl-Marx-Straße (hier sind die Wohnblocks fünfgeschossig), alle haben ein gleiches Grundschema.

Aber auch neuere Anlagen haben den gleichen Trend zur städtebaulichen Uniformierung: Karl-Marx-Stadt – Rosenhof, Dresden – Prager Straße, Leipzig – Brühl.

Lediglich in Dresden ist mit der Thälmannstraße und dem Altmarkt mit den Seitenwegen und -räumen – bescheiden zwar – eine selbständige Lösung gelungen.

Liegt nicht in der Häufigkeit gleichartiger städtebaulicher Bildungen ein Beweis, ein Anzeichen dafür, daß es den Städtebauern/Stadtplanern noch nicht gelungen ist, aus den gesellschaftlichen Vorgängen Ableitungen für die städtebaulichen Formationen zu treffen? Andererseits – und das ist eng damit verbunden – wurde es noch kaum verstanden, die sozialen Besonderheiten einer Stadt (die nicht primär in der Morphologie und Denkmalsubstanz liegen) zu entdecken und räumlich zu manifestieren.

Der ideologische Kurzschluß scheint darin zu liegen, daß zum Beispiel ein Kaufbereich im Städtebaulichen als Nur-Kaufbereich aufgefaßt wird – nur als Kaufbereich, dessen Sinn die Erledigung von Besorgungen als enger individualisierter Vorgang sein soll. Genügsam wird als ausreichend konstatiert, wenn es gelungen ist, im Bereich möglichst große Fußgängerströme organisiert zu haben. Wenn nicht zum Kern der städtebaulichen Aufgabe vorgedrungen wird, bleibt es dabei: Von Zeit zu Zeit werden bestimmte Architekturformen (heute eine „geschlossene Bebauung", vielleicht die Korridorstraße; gestern die offene Bebauung, die Zeile usw.) als das Alpha und Omega kreiert und Mode- und Pendelausschläge organisiert.

Ausgehend von der Grundaufgabe, im Stadtzentrum städtebaulich der Gemeinschaftsbildung Raum zu schaffen – im wörtlichen Sinne – und diese zu stimulieren, muß unsere Haltung zur Strukturgliederung der Zentren geprüft werden. In Theorie und Praxis unserer Zentrumsplanung tut sich bei der Strukturgliederung, Komposition und Gestaltung ein Zwiespalt auf – ein Zwiespalt zwischen „Handelsbereich" und den übrigen zentralen Aufgaben des Stadtzentrums.

Genauer müßte formuliert werden: Haben wir in der sozialistischen Stadt nicht den aus den überwundenen gesellschaftlichen Verhältnissen übernommenen grundsätzlichen Strukturwiderspruch im Stadtzentrum zu lösen?

In einem Forschungsbericht der Deutschen Bauakademie[2] wird die Strukturgliederung abgeleitet aus der **„Bedeutung** und der **Anziehungskraft"** der Bereiche. Es wird die gegenwärtig gültige Auffassung dargelegt. Die Formulierung, der „Bereich der kulturellen Einrichtungen, wie Versammlungsstätten, Ausstellungen, Museen, Theater, die nur von einer bestimmten Anzahl von Besuchern nicht zu allen Tageszeiten aufgesucht werden", setzt von vornherein eine Bewertung, indem mit der Formulierung, „Bereich der Einrichtungen des Einzelhandels, der Gastronomie, der Unterhaltung, die von Besuchern zu allen Tageszeiten aufgesucht werden", ein gradueller Unterschied in der Attraktivität zwischen beiden Bereichen fixiert wird.

Auch der dritte Zentrumsbereich, der „Bereich der Einrichtungen, der Verwaltungen und Dienststellen, die ebenfalls nur von den jeweilig Interessierten und zu besonderen Tageszeiten aufgesucht werden", wird gegenüber dem Handelsbereich mit dem Kriterium „Anziehungskraft" für das Stadtzentrum in seiner städtebaulichen

Wirksamkeit zurückgesetzt. Bliebe also noch das Kriterium „Bedeutung“ der Bereiche. Dieses Kriterium wird in dem zitierten Material nicht weiter ausgeführt; es gilt eben als ideelles, das sich „funktionell“ nicht fassen läßt. Somit wird der Bereich des Handels zur betonten Kernzone des Zentrums erhoben. Wird aus einer solchen Auffassung nicht die Ableitung zwingend notwendig, den Handel und die Unterhaltung zum attraktivsten Erlebnisbereich des Zentrums, den Fußgängerbereich (wie formuliert wird), zu machen?

Die Einrichtungen der anderen beiden Bereiche werden als wirklich selbständige städtebauliche Bereiche ausgebildet, oder – wie in dem Forschungsbericht gefordert – sie sollen so eingeordnet werden, daß eine „Funktionsmischung“ entsteht (ohne „Verdünnung“ des Handelsbereiches allerdings). Eine Funktionsmischung ist richtig angestrebt; nicht aber die zweitrangige Einordnung dieser Einrichtungen in die räumliche Struktur.

Der Fußgängerbereich oder die Zonen des Stadtzentrums, die sich vornehmlich als die wirksamsten, anziehendsten darbieten, sind die bedeutendsten städtebaulichen Formationen des Stadtzentrums. Wenn das nicht so wäre, bliebe die Frage zu stellen, woher der Städtebau seine Ordnungsvorstellungen bezieht, wenn nicht aus den gesellschaftlichen Vorgängen, indem die höchsten gemeinschaftlichen Prozesse – in Struktur und Form – ihre höchsten, bedeutendsten Raumformationen erhalten. Und dabei ist die „Anziehungskraft“ nicht von „Bedeutung“ zu trennen.

Im Wachsen begriffen ist – und das bedarf noch vielfältiger Untersuchungen – die Wirkung der Einrichtungen der echten Kontaktaufnahme, der Gemeinschaftsarbeit, des gemeinschaftlichen Erlebens, der vielfältigen Formen des kollektiven Tuns im Zentrum.

Ein immer größer werdender Teil der Freizeit wird verwandt werden in den Gemeinschaftseinrichtungen des Zentrums, den Klubs, den gesellschaftlichen und staatlichen Organen, in den Bildungs-, Sport- und Erholungsstätten, deren Formen und Umfang sich stark entwickeln. Dieser Bereich ist der bedeutende Bereich des Zentrums. In ihm werden sich die echten vielseitigen Kontakte entwickeln; hier vor allem wird die Gemeinschaftsbildung vor sich gehen.

Die städtebaulichen Folgerungen, die sich aus der Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie ergeben, haben wir bisher noch ungenügend beobachtet. Es entwickelt sich in immer größerem Umfange die Arbeit der staatlichen und gesellschaftlichen Organe. In den Häusern der staatlichen Organe und der Parteien und Massenorganisationen treffen sich vielfältige Leute, auch nach Feierabend. Sie arbeiten in ständigen Aktivs, in Kommissionen, zeitweiligen Gremien, führen öffentliche Streitgespräche, Verteidigungen ihrer Planungen, lernen gemeinsam und so weiter. Hier gibt es Ansätze für das Entstehen neuer Formen des Gemeinschaftlichen und des Kollektiven. Die Rathäuser zum Beispiel sind längst nicht mehr Häuser für den Beamtenapparat, die Behörde, zu der man nur geht, um sich den notwendigen Stempel zu holen, sondern auch der Ort, an dem einzelne persönliche Interessen mit denen von Gruppen und Gemeinschaften im direkten Kontakt in Einklang gebracht werden.

Es kann hier nicht eine minutiöse Schilderung der heute schon zu beobachtenden Vorgänge gegeben werden. Es soll nur angedeutet werden, wo die Keime sichtbar sind, die bei parteilicher Stellung die Überwindung eines Dualismus zulassen und bewirken, der heute noch nicht beherrscht wird: der Konflikt zwischen Anziehungskraft und Repräsentation, wie er uns noch aus einer überwundenen Gesellschaftsform her beeinflußt. Die Beseitigung dieses Dualismus gelingt, indem eine wirklich enge Verknüpfung der Bereiche des Einzelhandels und der Erholung mit denen der Kultur, der Leitung und Planung entsteht.

Die zu einseitige Ausrichtung des Stadtzentrums auf die Handels- und Vergnügungsbereiche kann durch eine wachsende Belebung des Gesamtzentrums überwunden werden. Dem müssen Struktur und Komposition des Stadtzentrums voll entsprechen.

Die Frage nach der Funktionsmischung im Zentrum ist letztlich die Frage nach der räumlichen Lösung der Einheit von persönlichen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen. Abgesehen davon, daß jede Stadt ihre spezifische Lösung finden wird und daß hierzu sowohl noch allgemein-theoretische als auch in der praktischen Planung intensive Untersuchungen notwendig sind, kann dennoch einiges angedeutet werden, in welcher Weise Konzentration und Funktionsüberlagerung im Stadtzentrum als Einheit lösbar werden können. Der Städtebauer kann nicht einfach davon ausgehen, wie sich heute gerade der Teil der Zentrumsgebäude räumlich darbietet, der als repräsentativster, bedeutendster aufzufassen ist. Es unterliegt keiner Frage, daß diese Gebäude ihrer Bestimmung gemäß offener zu wirken haben, daß sie sich mehr an den „Passantenstrom“ zu wenden haben. Unterliegen wir doch heute noch mehr oder weniger einer aus der Vergangenheit überkommenen Vorstellung, die monumental als gewaltig – unvergänglich – distanziert und nicht einfach als bedeutend – heutig – einmalig – übersetzt. Muß zum Beispiel ein Museum aussehen wie ein Nationalheiligtum – mit vornehm-repräsentativer Geschlossenheit seine Schätze hegend? Kann das Museum, ohne es auf die Straße zu verlegen, nicht an der Fußgängerzone liegen, direkt werben und interessieren? Hat ein Kulturhaus nicht mehr für die Passanten zu bieten als einen festlichen Portikus, die Plakatwerbung für die nächste Veranstaltung? Muß die Gaststätte – als nebensächlich – verschämt in der Baumasse verschwinden? Sollen nicht Funktionen „nach außen“ verlegt werden können, um die anliegenden Platzräume zu nutzen? Können nicht – neben den zuweilen schon gestalteten Einblicken in Hallen – auch direkte Einblicke in die Tätigkeit der Gruppe des Hauses gegeben werden, indem sie mit ihren Ergebnissen ständig an die Öffentlichkeit treten, um zu wirken und um zu prüfen und auch um zu werben? Aber auch die Planungsorgane können und müssen mit ihren Arbeitsergebnissen an den „Passanten“ herantreten, diesen auffordern, Stellung zu nehmen, mitzutun.

Die Menschen wollen auch mit dem, was sie in ihrer Freizeit tun, zur städtischen Gemeinschaft Kontakt aufnehmen. Allgemein: Sie wollen wirken. Und das trifft für den zentralen Platz genauso zu wie für die Flanierstrecke. Der Bummelbereich wird oft nur dort gesehen, wo sich ein Schaufenster an das andere reiht. Das wäre zu eng. Es gibt im Stadtzentrum mehr, was anziehend ist und anziehend werden kann. Es genügt nicht, wenn vereinfachend städtebaulichen Kompositionen – gedanklich – nur zugrunde gelegt wird, daß sie für den Betrachter, den Besucher der Stadt gebaut werden, auch nicht, wenn auf starke Passantenströme gezielt wird, so daß man „Leben in der Stadt“ vorweisen kann.

Ausgang und Ziel muß die Organisation der Beziehungen und der Bildung von Gemeinschaften sein. Hier liegen die Ansätze für die räumliche Ordnung.

Bei der städtebaulichen Ausbildung einer Rangordnung im Räumlichen geht es nicht darum, von der „Bedeutung der Funktion“ eines Bauwerkes auszugehen. Das würde heißen, daß zum Beispiel ein Rechenzentrum (und praktische Tendenzen dieser Art gibt es leider) – wegen seiner enormen Bedeutung für den Prozeß der Mathematisierung der volkswirtschaftlichen Leitung und Planung – als sehr bedeutendes Objekt im Stadtzentrum der Stadt dominiert und eine didaktische Aufgabe übernehmen müßte, was der Städtebau aber nicht kann.

Entscheidend für eine bedeutende Einordnung sind der Wert und der Grad der Gebäudefunktion für die Organisation der städtebaulich wirksamen gesellschaftlichen Prozesse, bei der Ausbildung des Gemeinschaftlichen. Nur unter diesen Gesichtspunkten kann ein Rechenzentrum (um beim Beispiel zu bleiben), wenn es Teil eines Ensembles ist, das diese Aufgabe übernimmt, zur Verstärkung der Baumassen und so weiter bedeutend im Zentrum stehen. Ein anderes Beispiel: In einer Bezirksstadt gab es einen Streit, ob der Plenarsaal eines neuen Gebäudes für den Bezirkstag im Scheibengebäude des Ratsapparates zu verschwinden hat, ob er im Hof des Verwaltungsbaus einzuordnen ist oder ob er als besonderes Bauglied in den Erlebnisraum des Stadtzentrums gestellt wird. Entschieden hat sich das zugunsten einiger technologischer und eng funktioneller Gesichtspunkte, indem der Plenarsaal im Hof seinen Standort erhielt. Das war eine Entscheidung, die die Wirkung der gesellschaftlichen Beziehungen nicht zuoberst setzte. Nebenbei gesagt, wir vergeben durch solche Lösungen oft auch reizvolle baukörperliche Kontraste. Es kommt darauf an, die Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen aufzudecken, ihre Tendenzen zu ergründen und der räumlichen Ordnung zugrunde zu legen. Im Stadtzentrum kommt dabei der Betonung und räumlichen Wirksamkeit zur Gemeinschaftsbildung das bedeutendste Gewicht zu. Dabei ist jedoch der gesamte Komplex der individuellen Bedürfniserfüllung zu lösen, und zwar so, daß die räumliche Organisation auch bei der individuellen Sphäre die gesamtgesellschaftliche Beziehung herstellt und im städtebaulichen Bereich, der vornehmlich dem Gemeinschaftlichen dient, der individuellen Entfaltung vollen Raum gibt. Das muß bis hin zur Gestaltung intimer „zufälliger“ Nebenwege und -räume gehen.

Das Spezielle, Individuelle einer Stadt und deren Zentrum werden dabei vornehmlich bestimmt durch das spezielle soziologische Gefüge, die spezielle Aufgabe der Stadt im gesamtgesellschaftlichen Prozeß. Es wird stark geprägt über Einflüsse aus ihrer Geschichte, Tradition bis hin zur Morphologie und landschaftlich-regionalen Einordnung. Nicht zuletzt – auch durch ihre Parteinahme – wirken sich die subjektive Interpretation der gesellschaftlichen Prozesse und deren subjektive formale Gestaltung durch die an der Planung der Stadt schöpferisch Beteiligten sichtbar und erlebbar aus.

Hier in der Wertung aller dieser Faktoren liegt die aktive Parteinahme des Planenden.

[2] Forschungsbericht der Deutschen Bauakademie Berlin, Institut für Städtebau und Architektur, Autorenkollektiv, „Funktion und Komposition der Stadtzentren“, Berlin 1967

Bebauung Zentraler Platz in Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Rudolf Weißer, Architekt BDA
Chefarchitekt
im VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt

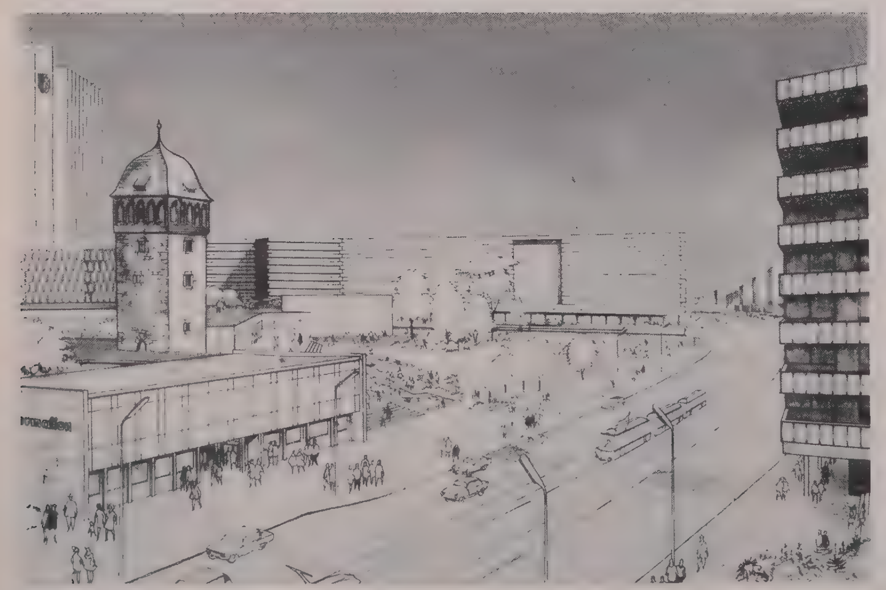
1

1
Stadthalle und Interhotel
Der Baukörper des großen Saales ist das bestimmende Element am Zentralen Platz

2
Blick auf den Zentralen Platz und die Straße der Nationen

3
Modellaufnahme des Zentrumkernes von Karl-Marx-Stadt

2



Der Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt stellte dem VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt im Juni 1966 die Aufgabe, durch Bearbeitung einer Studie zum Vorhaben „Stadthalle und Interhotel" die bautechnische Zuarbeit zur technisch-ökonomischen Zielstellung zu leisten.

Der mit dieser Studie erarbeitete und mit Abschluß der technisch-ökonomischen Zielstellung bestätigte Entwurf dieses Bauvorhabens wird zur Zeit als ausführungsreifes Projekt bearbeitet. Der Baubeginn liegt im November dieses Jahres. Die Übergabe des schlüsselfertigen Komplexes soll im zweiten Halbjahr 1972 erfolgen.

Dieses Bauvorhaben wird den Zentrumskern und die Silhouette der Stadt bestimmend beeinflussen, es bildet den Schwerpunkt eines städtebaulichen Raumes, der durch die zum Teil bereits fertiggestellte Bebauung an der Straße der Nationen, der Brückenstraße, der Wilhelm-Pieck-Straße und der Ernst-Thälmann-Straße umschlossen wird. Die Abmessungen dieses Raumes



3

betragen rund 390 m × 360 m. Der eigentliche Zentrale Platz im Winkel zwischen Straße der Nationen und Brückenstraße wird, zwischen den Baufronten gemessen, eine Länge von 220 m und eine Breite von 140 m haben.

Die Einordnung des Bauvorhabens in diesen städtebaulichen Rahmen und die Zuordnung der Baumassen entstanden unter folgenden Gesichtspunkten, die sich der Projektant als Entwurfsgrundsätze zu Beginn der Bearbeitung der Studie vorgab:

■ Die Stadthalle ist dem Zentralen Platz, das Interhotel ist der Wilhelm-Pieck-Straße und Brückenstraße zuzuordnen, um einen Dualismus beider Einrichtungen am zentralen Platz zu vermeiden.

■ Die Baumasse des großen Saales muß das bestimmende Element am Zentralen Platz sein. Das Hochhaus (Bettenhaus des Hotels) als große Baumasse mit ideell untergeordnetem Inhalt muß so eingeordnet werden, daß es nicht die dominierende Rolle in der Baumassengruppierung erhält. Es muß durch seine Zuordnung dem großen Saal Reverenz erweisen. Das Hochhaus steht als Akzent richtig an der Demonstrationsstraße, das heißt in einem städtebaulichen Raum mit betonter gesellschaftlicher Funktion.

■ Stadthalle und Interhotel müssen trotz ihrer grundverschiedenen Funktionen und Raumforderungen innen und außen eine architektonische Einheit bilden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß zwei verschiedene Bauteile aneinandergerückt wurden. Es darf keine „Naht" entstehen.

■ Da der große Saal aus funktionellen Gründen nicht unmittelbar am zentralen Platz liegen kann, muß die Eingangsarchitektur entweder als energischer Hinweis auf den Saal aufgefaßt oder so großflächig transparent gestaltet werden, daß der Baukörper des Saales durch das Foyer hindurch von außen sichtbar ist.

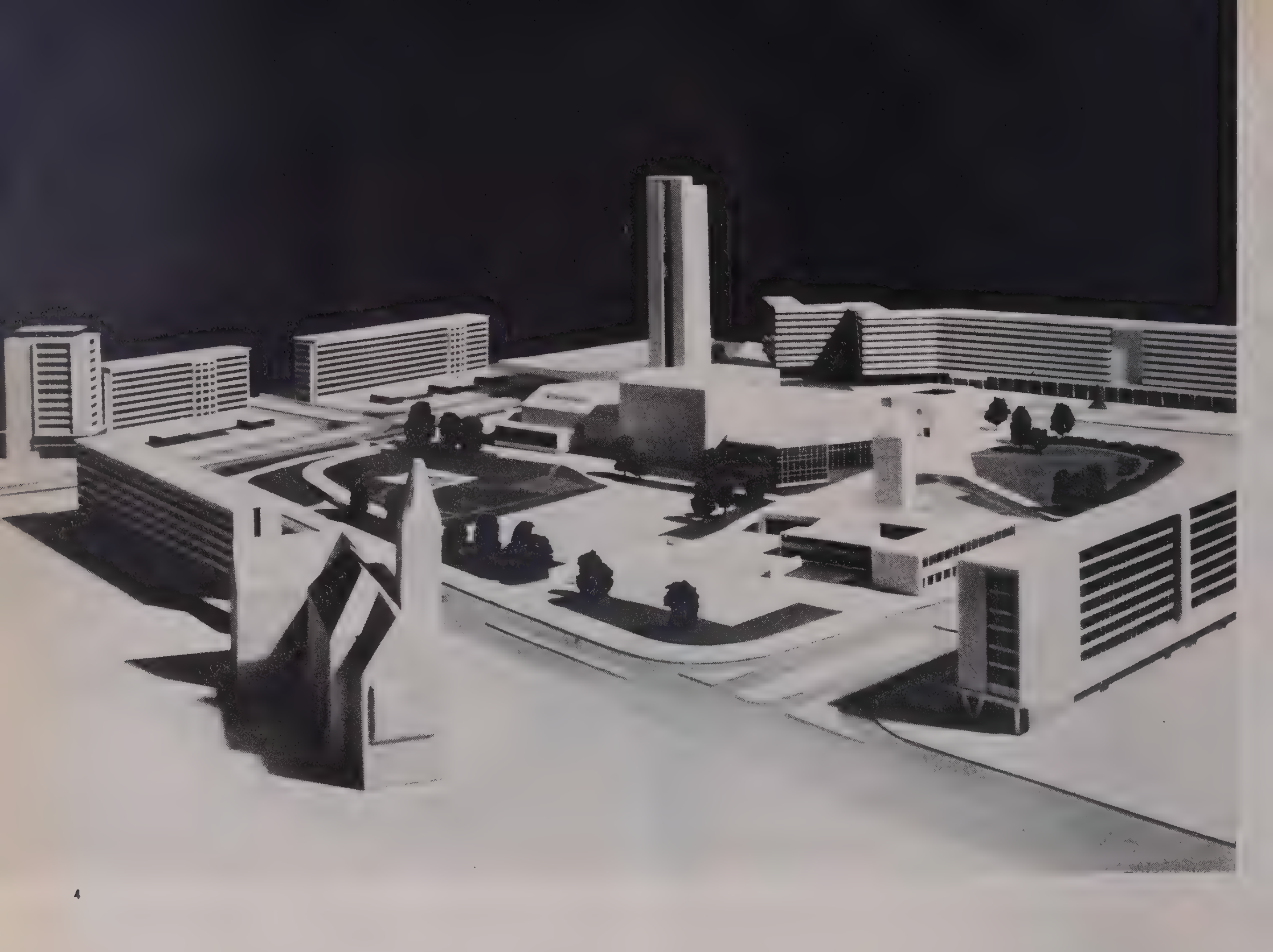
■ Die nach dem Zentralen Platz gerichtete Front der Baukörper muß wegen des großen Maßstabes des geplanten Platzraumes eine starke Plastik aufweisen.

Um die dem Zentralen Platz angemessenen Proportionen zu wahren, müssen große geschlossene Wandflächen gegen große Glasflächen gestellt werden.

Diese Forderung wird optimal erfülllt, wenn ihr sonstige Nebenfunktionen untergeordnet werden.

■ Das Grundelement der konstruktiven und gestalterischen Ordnung (Modularordnung) muß aus dem großen Saal als dem ideellen Zentrum der Gesamtanlage entwickelt werden und als Ordnungsprinzip das gesamte Bauwerk bestimmen. Das ist notwendig, um die Einheit und die Harmonie aller Räume und aller Teile zum Ganzen und insbesondere zum Hauptraum, dem großen Saal, zu gewährleisten.

■ Die Auffassung, daß einmalige Bauaufgaben nur durch Anwendung ungebundener, traditioneller Bauweisen lösbar seien, ist falsch. Es gibt nicht eine Bau-



4

technik für den „allgemeinen" und eine für den „besonderen" Fall. Es gibt keine Architektur mit doppeltem Boden. Architekturformen sind nicht das Ergebnis subjektiver, ungebundener, phantastischer Erfindungen, sondern gründen sich auf sehr konkreten, sich weiterentwickelnden Methoden der Bautechnik und der Fertigung, die ihrerseits eng an ökonomische Bedingungen gebunden sind.
Es geht darum, die Lösung zu finden, durch die die Anwendung moderner Baumethoden, also auch die industrielle Vorfertigung und Montage, möglich wird und zu typischer architektonischer Aussage führt.
Der vorliegende Entwurf, über den zu gegebener Zeit noch zu sprechen sein wird, ist das Ergebnis der vorstehenden Überlegungen sowohl hinsichtlich der Einordnung in den städtebaulichen Raum als auch hinsichtlich der Baumassengruppierung sowie der inneren Raumbeziehungen und Raumfolgen.
Die Führung der Bebauung an der Nordseite der Brückenstraße wurde zu dem Ensemble „Stadthalle und Interhotel" in Beziehung gesetzt und wird wesentlich durch das geplante Karl-Marx-Monument bestimmt, das auf dieser Seite seinen Standort finden soll. In der früheren städtebaulichen Planung war die Fläche des Zentralen Platzes stehenden Demonstrationen vorbehalten und als solche mit Plattenbelag vorgesehen. Das Monument sollte auf dem Zentralen Platz stehen. Bei fließenden Demonstrationen auf der Brückenstraße hätte dann das Denkmal abseits außerhalb des Geschehens gestanden. Diese Problematik innerer Unstimmigkeit veranlaßte den mit dem Entwurf und der Ausführung des Denkmals beauftragten Bildhauer, Leninpreisträger Professor Lew Kerbel, Moskau, sich mit der Frage des Standortes des Denkmals und mit dem Ablauf der Demonstrationen grundsätzlich auseinanderzusetzen. Er gelangte zu dem glücklichen, inzwischen bestätigten Vorschlag, das Denkmal auf die Nordseite der Brückenstraße zu stellen und die breite Brückenstraße auch für stehende Demonstrationen mit Blickrichtung nach dem Denkmal zu benutzen. Da diese Fläche unter Einbeziehung der anliegenden fußläufigen Flächen ausreichend groß ist, konnte Professor Kerbel weiterhin vorschlagen, die eigentliche Fläche des zentralen Platzes zu begrünen und damit das Stadtzentrum wesentlich zu bereichern und zu beleben. Daraus ergibt sich für die Gestaltung des Stadtzentrums die Chance, mit dieser zentralen Grünfläche das städtebauliche Milieu auf andere Bedürfnisse des Menschen abzustimmen und damit die Wirkung der technisch und funktionell bedingten Ausweitung der reinen Verkehrsflächen zu kompensieren. Die Lösung dieses Problems halte ich für eine der vordringlichsten Aufgaben des modernen Städtebaus schlechthin, der Gefahr läuft, ein Städtebau des Verkehrs zu sein, wobei die Belange des Bürgers und des Menschen zuwenig wirksam werden.
Das kleine, durch Café und Informationszentrum gebildete Ensemble mit dem Roten Turm wird über eine vorgelagerte Terrasse und ein Wasserbecken zur Grünfläche des Zentralen Platzes in Beziehung gesetzt und maßstäblich vermittelt.
Die gesamte Fläche des Zentralen Platzes ist dem Fußgänger vorbehalten. Um zu vermeiden, daß diese fußläufige Beziehung zum Eingangsfoyer der Stadthalle zerschnitten wird, wurde die Vorfahrt, über die auch die Versorgung des Hotels erfolgt, unterirdisch in Höhe der im Untergeschoß liegenden Garderobenhalle angeordnet. Zu- und Abfahrt sind zur Ernst-Thälmann-Straße orientiert.
Der Entwurf wurde in vielfachen Aussprachen der Bevölkerung vorgestellt, diskutiert und in der Presse veröffentlicht. All das war mit Voraussetzung für die weiteren Arbeiten an den Projekten.

4
Das Interhotel trägt zur neuen Stadtsilhouette entscheidend bei

5
Blick aus der Brückenstraße auf den Zentralen Platz
Links das Interhotel, rechts die Nordseite der Brückenstraße mit dem Karl-Marx-Denkmal

6
Das Ensemble mit dem Roten Turm als maßstäbliches Pendant zur Stadthalle und Interhotel



6

5

Rekonstruktion Altstadt Bernau

Dipl.-Ing. Dietrich Koch, KDT
Dipl.-Ing. Peter Rätzel, Architekt BDA
VEB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder)

Bearbeiter
Dipl.-Ing. Peter Rätzel, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Gerhard Pfeifer, Architekt BDA
Dipl.-Gärtner Gisela Adler, BDA, Grünplanung
Dipl.-Ing. Gunter Kassner, Verkehrsplanung
Bau-Ing. Hans Radlach, Technische Versorgung
Dipl.-oec. Georg Pahl, Kostenplanung
VEB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder)

Zur Problematik

Der Problematik der Rekonstruktion von Altbaugebieten und insbesondere von Altstadtkernen wird sowohl in der städtebaulichen Planung als auch in der Investitionsvorbereitung und -durchführung auf Grund des hohen Anteiles überalterter Bausubstanz in der Deutschen Demokratischen Republik besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen.
Untersuchungen des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie über die Prognose des Wohnungsbaus in der DDR und die Bearbeitung der Generalbebauungspläne der Bezirke zeigten interessante analytische Ergebnisse und erbrachten Festlegungen und Zielstellungen, auf die die Stadtplanung im Interesse ihrer praktischen Wirksamkeit und zur Schaffung eines optimalen Planungsvorlaufes heute eingehen muß.
Die Besonderheit der Aufgabe gegenüber den bisherigen Planungen von Wohngebieten oder Wohnkomplexen besteht darin, daß sich zumindest in den kleineren Städten die Mehrzahl der Altsubstanz auf Grund der historischen Entwicklung in den Kerngebieten

1
Karte der ökonomischen Analyse



befindet und daß diese Gebiete zugleich die gesellschaftlichen Zentren eines regionalen Einzugsbereiches sind. Es handelt sich also in den meisten Fällen nicht um eine Rekonstruktion ausschließlich mit den Mitteln des komplexen Wohnungsbaus, sondern um die Rekonstruktion eines Stadtzentrums. Die zeitliche und investitionsmäßige Koordinierung des volkswirtschaftlichen Prozesses „Rekonstruktion“ erfordern unter diesen Bedingungen der Komplexität die Ausstattung der örtlichen Organe mit klaren Vollmachten über den Einsatz der erforderlichen Investitionen, das heißt, die Vorbereitung und Finanzierung der Rekonstruktionsmaßnahmen können nicht durch den Hauptplanträger und die Fachabteilungen des Rates des Bezirkes erfolgen, sondern sollten zweckmäßigerweise durch einen Hauptplanträger für die Rekonstruktion des betreffenden Stadtkernes beim örtlichen oder kreislichen Organ wahrgenommen werden. Dieser Hauptplanträger hätte zugleich zentrale Planträger, die an der Umgestaltung des Stadtkerns beteiligt sind, zu vertreten.

Weiterhin ist bei der Planung zu berücksichtigen, daß die Durchführung der Rekonstruktion ein langfristiger Prozeß ist, dessen Ablauf auf der Grundlage der möglichen Bautechnologien und unter Berücksichtigung des ökonomischen Wertes vorhandener Substanz gründlich durchdacht werden muß. Unter diesem Aspekt ist es von besonderer Bedeutung, daß der Wert der vorhandenen Bausubstanz und die für ihre Instandsetzung, Modernisierung, moralische Aufwertung und Unterhaltung aufzuwendenden Mittel – als ökonomisches Entscheidungskriterium – exakt ermittelt werden, um daraus die Erhaltungswürdigkeit von Gebäuden und den zielgerichteten Einsatz der Werterhaltungskapazitäten ableiten zu können.

Des weiteren sind die nicht unwesentliche Werte repräsentierenden Anlagen der stadttechnischen Versorgung zu berücksichtigen. Neben diesen sicher weitestgehend allgemeingültigen Gesichtspunkten gibt es in jeder Stadt Besonderheiten, denen bei der Planung Rechnung zu tragen ist. In Bernau zum Beispiel spielen auf Grund des kulturhistorischen Wertes der Stadtanlage Gesichtspunkte der Denkmalpflege eine wesentliche Rolle.

2
Karte der Bauzustandsanalyse





3



4

Zur Methode

Bei der stadtplanerischen Bearbeitung des Rekonstruktionsgebietes Altstadt Bernau entstand die Frage, mit welcher Bearbeitungsmethode insbesondere der Wert des Arbeitsergebnisses als ökonomische Entscheidungsgrundlage und als städtebauliche Entscheidungsgrundlage, aus der sich eindeutige und verbindliche Direktiven für die Investitionsvorbereitung ableiten lassen, bestimmt werden kann.

Darüber hinaus sollte ein Verfahren gefunden werden, das eine Bewertung der während des Arbeitsprozesses konzipierten unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten gestattet, wobei funktionelle, gestalterische und ökonomische Kriterien zu berücksichtigen sind, um die optimale Lösung erkennen zu können.

Als erstes wurden Prinzipvarianten definiert:

- Vollständige Werterhaltung der vorhandenen Substanz, ihre Instandsetzung und Modernisierung mit dem Ziel, den heutigen und voraussehbaren künftigen funktionellen Standard zu erreichen
- Vollständiger Abriß und Ersatz der vorhandenen Bausubstanz durch Neubauten
- Eine zwischen beiden Varianten liegende Lösung

Das Ziel der Bestandsanalyse bestand darin, solche Voraussetzungen zu schaffen, die Schlußfolgerungen hinsichtlich der Anwendbarkeit der definierten Prinzipvarianten zulassen.

Die Analyse selbst wurde nach zwei Richtungen vorgenommen. Einmal wurde die gesamte Bausubstanz nach bekanntem Verfahren im wesentlichen auf der Grundlage des Bauzustandskatasters nach Bauzustand, Baualter, sanitärer Ausstattung und Bauweise sowie bestimmten funktionellen Kriterien analysiert. Zum anderen wurden zugleich je Einzelgebäude der Sanierungs- und Modernisierungsaufwand ermittelt und auf eine Wohnung bezogen; diesem Wert wurden die Kosten für den Neubau einer Wohnung am gleichen Standort unter Berücksichtigung des Entschädigungsaufwandes und der Abrißkosten gegenübergestellt. Als wirtschaftliche Grenze für eine Erhaltung des Gebäudes wurden ein Sanierungs- und Modernisierungsaufwand von zwei Drittel der Neubaukosten angenommen. Damit sind sich später herausstellende höhere Aufwendungen bei der Reparatur des Gebäudes, die geringere Restnutzungsdauer und der bis zu einem gewissen Grade bleibende moralische Verschleiß des alten Gebäudes berücksichtigt. In die Berechnung gingen die Kosten für die laufende Werterhaltung von 150 Mark/Jahr und eine weitere Reparatur nach 10 Jahren von 4000 Mark bei Altbauten und 100 Mark/Jahr laufende Unterhaltung bei Neubauten ein.

Voraussetzung für diese Vergleichsrechnung waren eine Schätzung des Wertes der vorhandenen Grundstücke und der Gebäude und baulichen Anlagen sowie die Beschaffung umfangreicher Kennziffern für die Werterhaltung und Modernisierung alter Gebäude. Teilweise wurde auf die Schadensermittlung im Bauzustandskataster zurückgegriffen.

Beide Verfahren, die Analyse nach dem Bauzustand und die beschriebene Vergleichsrechnung, mußten zu einem übereinstimmenden Ziel führen, um über Erhaltungswürdigkeit oder Abrißreife des Gebäudes entscheiden zu können.

Aus der Summe der Entscheidungen ergab sich die Schlußfolgerung hinsichtlich der für Abriß oder Werterhaltung vorzusehenden Bebauungsflächen und damit gleichzeitig die Entscheidung in bezug auf die zu bearbeitenden Prinzipvarianten.

Die Anlagen der stadttechnischen Versorgung und des Verkehrs wurden im erforderlichen Maße analysiert, in dieser Phase jedoch ohne aufwendige Netzberechnungen. Es wurde lediglich der Zustand der Leitungen als erstes Beurteilungskriterium erfragt. Eine Entscheidung über die Erhaltung oder den Ersatz von Versorgungsleitungen auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit wurde – soweit die Aufgabe von Leitungssträngen nicht bautechnologisch bedingt erschien – erst während der Planbearbeitung an Hand konkreter Netzberechnungen und der auf die Planung abgestimmten Bedarfswerte getroffen.

Die Planungsphase verlief in bekannter Weise. In der ersten Etappe wurden Strukturuntersuchungen über die prinzipielle Organisation und Gestaltung des Planungsgebietes unter Berücksichtigung der vom örtlichen Organ vorgegebenen Direktiven durchgeführt, die während der weiteren Bearbeitung zu Bebauungsstudien qualifiziert wurden. Diese Bearbeitung erfolgte in Varianten.

Die Ausarbeitung von Varianten verpflichtet zur Gegenüberstellung der ökonomischen sowie der funktionellen und gestalterischen Qualitäten der gefundenen Lösungen.

Bei der vorliegenden Arbeit wurde versucht, die von Buchanan beschriebene Methode der Kosten-Nutzen-Rechnung als Hilfsmittel für die Beurteilung dieser Qualitäten anzuwenden. Bei dieser Methode wurden die finanziellen Aufwendungen für die Realisierung der einzelnen Varianten zu den mit Hilfe eines Systems von Punktbewertungsschemata ermittelten Qualitäten in Beziehung gesetzt. Als Ergebnis erhält man zunächst einen dimensionalen Bewertungsindex, der bei der vorliegenden Arbeit nach folgender Formel ermittelt wurde:

$$I = \frac{Z \cdot E \cdot G \cdot B}{10\,000}$$

Dabei sind

Z = Zugänglichkeit,
E = Environment,
G = Gebrauchswert der Bauwerke,
B = Maß der Baulandnutzung.

Die so errechneten Indizes wurden zu den Kosten ins Verhältnis gesetzt, um den Nutzwert der Varianten auszudrücken. Dabei wurden der Aufwand und der Nutzen sowie das Verhältnis beider für alle Varianten rechnerisch jeweils mit der Ausgangssituation im Planungsgebiet verglichen.

Der Nutzen der jeweiligen Variante wird als die Verbesserung des Bewertungsindexes, der sich beim Belassen des Ausgangszustandes und bei der Übertragung auf einen angenommenen Perspektivzeitpunkt ergeben würde, ausgedrückt.

Der Vergleich der so für die einzelnen Varianten erhaltenen Zahlenwerte erlaubt eine Einschätzung des Nutzens der jeweiligen Lösung im Zusammenhang mit den für ihre Realisierung notwendigen Aufwendungen und führt damit zu einem einheitlichen Vergleichsmaßstab der ökonomischen, funktionellen und gestalterischen Qualität. Die Begriffe „Zugänglichkeit“, „Environment“, „Gebrauchswert der Bauwerke“ und „Maß der Baulandnutzung“ umfassen die Bewertung solcher Gesichtspunkte wie Entleerungskapazität des Straßennetzes, vorhandener Parkraum, Eignung der baulichen Gesamtanlage für die Fahrzeugnutzung, Sicherheit, Ungestörtheit, funktionelle Zweckmäßigkeit, architektonische Gestaltung, Bauwerksgestaltung, Ausstattung, Erschließungsgrad, gesellschaftliche Einrichtungen, Freiflächen und Einwohnerdichte oder Geschoßflächendichte als Beurteilungskriterien für die funktionelle und gestalterische Qualität.

Diese Methode muß in erster Linie als **Hilfsmittel** für eine Entscheidungsfindung gelten, ohne Anspruch auf absolute Richtigkeit erheben zu können, da die Einschätzung der qualitativen Merkmale bis zu einem gewissen Grade subjektive Faktoren beinhaltet. Die erstmalige Anwendung der Kosten-Nutzen-Rechnung bei der vorliegenden Arbeit hat jedoch gezeigt, daß ihre **verantwortungsvolle** Handhabung trotz allem ein ausreichendes Maß an Objektivität garantiert, um die Funktion als Entscheidungshilfsmittel erfüllen zu können.

Die Situation

Bernau ist Kreisstadt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Berlin, im Jahre 1965 zählte sie 13 700 Einwohner.

Das Stadtgebiet ist im allgemeinen mit Ein- und Zweifamilienhäusern bebaut und weist deshalb eine niedrige Einwohnerdichte auf. Im historischen Stadtkern ist eine geschlossene Bebauung vorhanden, bei der die Wohnbebauung mit Einrichtungen des Handwerks, des Handels und so weiter gemischt ist und die Höfe mit Nebengebäuden stark überbaut sind. Eine Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen ist im Bereich Thälmannstraße – Leninstraße vorhanden.

Die Struktur des Altstadtgebietes innerhalb der Stadtmauer, die Wehr- und Wallanlagen sowie einige Einzelgebäude stehen unter Denkmalschutz.

Im Untersuchungsgebiet sind 1440 Wohnungen mit 3010 Einwohnern vorhanden.

Die Analyse

Die hochbauliche Analyse wurde einmal auf Grund der Einzelaussagen: Gebäudenutzung, Einwohnerverteilung, Verteilung der Wohnungen, Bauweise, Bauzustand und denkmalgeschützte Objekte erarbeitet und in der Karte „Analyse Bauzustand" zusammengefaßt; zum anderen wurde an Hand des Sanierungsaufwandes, der Modernisierungskosten, der Entschädigungs- und Abrißkosten und der Neubaukosten eine Gegenüberstellung von Sanierung und Neubau gemacht und in der Karte „Ökonomische Analyse" dargestellt.

Dabei ergab sich für das Gebiet innerhalb der Stadtmauer folgendes Bild:

82 Prozent der Wohnungen vor 1870 errichtet,
52 Prozent der Wohnungen in Fachwerkgebäuden,
67 Prozent der Wohnungen in Gebäuden mit schweren Schäden oder in abrißreifen Gebäuden,
83 Prozent der Wohnungen nur mit Gemeinschafts-WC, teilweise mit Bad ausgestattet.

Diese Einzelaussagen zusammengefaßt zeigen:

52 Prozent der Wohnungen in abrißwürdigen Gebäuden,
26 Prozent der Wohnungen in bedingt erhaltenswerten Gebäuden,
22 Prozent der Wohnungen in erhaltenswerten Gebäuden.

Die ökonomische Analyse ergab:

bei 69 Prozent der Wohnungen Sanierung unökonomischer als drei- oder fünfgeschossiger Neubau,
bei 5 Prozent der Wohnungen Sanierung unökonomischer als fünfgeschossiger Neubau,
bei 26 Prozent der Wohnungen Sanierung ökonomisch.

Für das Gebiet außerhalb des Stadtkerns ergab sich:

8 Prozent der Wohnungen in abrißwürdigen Gebäuden,
37 Prozent der Wohnungen in bedingt erhaltenswerten Gebäuden,
55 Prozent der Wohnungen in erhaltenswerten Gebäuden.

Die ökonomische Analyse konnte für das Gebiet außerhalb des Stadtkerns nicht angefertigt werden, da eine Ermittlung des Entschädigungsaufwandes nicht zur Verfügung stand.

Die Analyse der Verkehrseinrichtungen hatte zum Ergebnis: Hauptnetzstraßen und Ortsdurchfahrten von Staats- und Bezirksstraßen, Linienführung und Netz sind unbefriedigend. Im Zentrumsbereich tritt eine hohe Konzentration einander widersprechender Verkehrsarten auf, wie Fußgängerverkehr, Zielverkehr, ruhender Verkehr, Durchgangsverkehr.

Die Nebennetzstraßen im Altstadtgebiet sind in einem schlechten Zustand, die meisten Hauptnetzstraßen weisen keine verkehrsgerechte Querschnittsausbildung und verkehrstechnisch einwandfreie Gestaltung der Knotenpunkte auf.

Die in der Innenstadt zur Verfügung stehenden Parkmöglichkeiten sind begrenzt, und es kommt zu Belästigungen der Bewohner durch den Fremdverkehr.

Die Analyse der Grünanlagen sagt folgendes aus:

Die starken Befestigungsanlagen sowie die Viehhaltung innerhalb der Befestigung der mittelalterlichen Stadt bedingten im Verhältnis zum Kern große Freiflächen. Die mittelalterliche Anlage wurde durch Einebnung der Wälle im östlichen und südlichen Teil, durch landschaftliche Parkgestaltung, die Anlage von Gärten und die Bebauung mit Wohnungen und Betrieben verändert. Die Wallanlagen besitzen wegen des ausgedehnten Großgrünbestandes, der Wiesen- und Wasserflächen einen hohen Erholungswert. Im westlichen Teil des Grüngürtels liegen eine Schule und ein Kindergarten.

Außer dieser historischen Anlage sind kleinere Grünflächen am Bahnhofsvorplatz und an der Goethestraße vorhanden, die für die Verbindung vom Bahnhof zum Zentrum von Bedeutung sind.

Eine Analyse der Anlagen der technischen Versorgung wurde im Rahmen der Notwendigkeit, Ausgangsdaten für die Planung in diesem Bereich zu erhalten, durchgeführt.

Schlußfolgerungen aus der Analyse

■ Wegen des geringen Anteils guter Bausubstanz im Altstadtkern und ihrer relativ gleichmäßigen Verteilung in diesem Gebiet



5

6



Bestand und Planung

3 | 4
Blick in die Leninstraße (Variante 2)

5 | 6
Blick auf das Steintor (Variante 1b)

7 | 8
Blick in die Thälmannstaße (Variante 1)



7

8



wird im Hinblick auf eine reibungslose Baudurchführung bei der Planung vom flächigen Abriß der Substanz im Kern ausgegangen.
■ Einzelne Altgebäude, im wesentlichen die denkmalgeschützten Objekte, werden in die Neuplanung einbezogen.
■ Der relative Zustand der Teilgebiete ist im Vorschlag der Bauetappen zu berücksichtigen.

Planungsgrundsätze

Auf der Grundlage einer Direktive des Rates der Stadt, eines Gutachtens des Instituts für Denkmalpflege und in Auswertung der Analyse wurden Prinzipien für die Umgestaltung aufgestellt:
■ Die Hauptverkehrsströme sind auf wenige Hauptnetzstraßen zu konzentrieren, die das Stadtgebiet tangieren. Besucher mit Kraftwagen müssen außerhalb der Altstadt parken.
■ Die städtebaulich wichtigen und charakteristischen Räume des Kerns sind zu erhalten. In ihnen ist eine ihrem Maßstab angepaßte Bebauung vorzusehen.
■ Das künftige gesellschaftliche Zentrum als Fußgängerbereich soll im wesentlichen zwischen Karl-Marx-Platz und Berliner Straße liegen.
■ Die Verbindung Bahnhof – Zentrum ist in zügiger Form zu gestalten.
■ Stadtmauer und denkmalgeschützte Einzelgebäude sind zu erhalten.
■ Der Grüngürtel ist südlich der Stadtmauer zu ergänzen.

Die Struktur

Es wurden zwei Strukturvarianten erarbeitet, die einige Gemeinsamkeiten haben. Die Altstadt wird von der Lohmühlenstraße und der Breitscheidstraße als Hauptverkehrsstraßen tangiert und über ein ringförmiges Straßensystem erschlossen. Dabei müssen Besucher der Altstadt mit Kraftwagen ihre Fahrzeuge auf Parkplätzen vor der Stadtmauer abstellen, und der zentrale Bereich wird nur von Lieferfahrzeugen befahren.

9 Flächennutzungsschema – Variante 1



Die Fußgänger erreichen das Zentrum über die Verkehrsstraßen oder über besondere Fußgängerwege, die den Grünring durchqueren. Ein Weg an der Innenseite der Stadtmauer und der den Kern umschließende Grünring machen die Altstadt für Spaziergänger erlebbar.

Der Grünring nimmt Funktionen der Kultur und Erholung auf. Sporteinrichtungen und zentraler Festplatz müssen andere Standorte erhalten.

Auch die Handwerksbetriebe sowie die Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Volksbildung müssen außerhalb des Kerns untergebracht werden. Die übrigen gesellschaftlichen Einrichtungen von gesamtstädtischer Bedeutung sowie die Wohnbebauung „Altstadt" sind im wesentlichen im Bereich Karl-Marx-Platz – Berliner Straße und Thälmannstraße – Leninstraße zusammengefaßt. Dieser Bereich, insbesondere das Haus der Kultur, ist Konzentrationspunkt für eine künstlerische Gestaltung und dem Fußgänger vorbehalten.

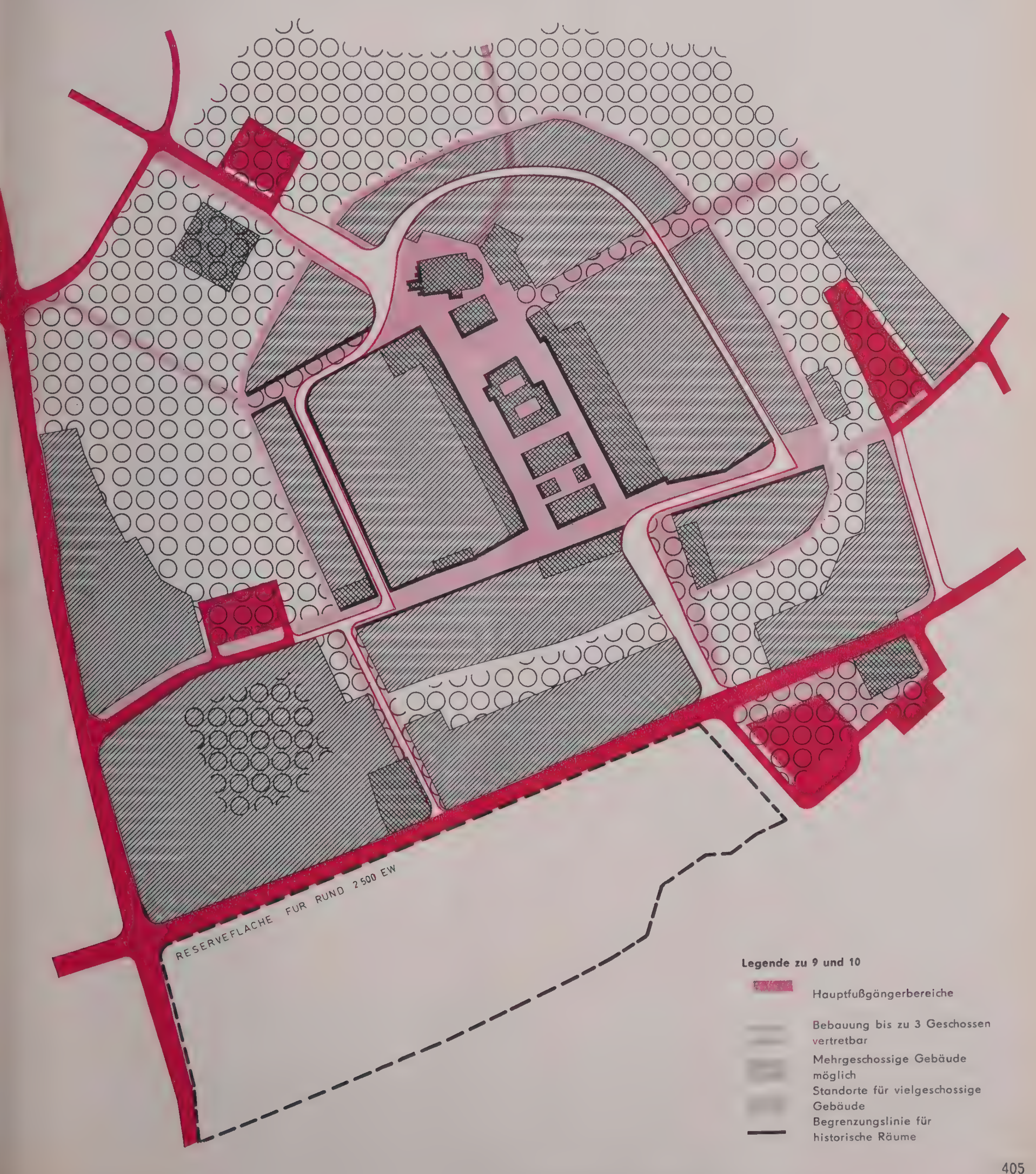
Bei Variante 1 werden die gesellschaftlichen Einrichtungen des Zentrums für die Belieferung über die Thälmannstraße (hier auf Tageszeiten begrenzt) und von der Rückseite der Gesellschaftsbauten östlich der Leninstraße aus erschlossen. Die Garagen liegen außerhalb des Bearbeitungsgebietes südlich der Reichsbahnanlagen.

Der gesellschaftlich aktivste Raum, jetzt die Thälmannstraße, wird in die Leninstraße verlagert. Durch die Anordnung gesellschaftlicher Einrichtungen an der Goethestraße und südlich der Breitscheidstraße wird eine gute Fußgängerverbindung Bahnhof – Zentrum ermöglicht.

Durch die Planung mehr- und vielgeschossiger Wohngebäude in historisch nicht bemerkenswerten Gebieten wurde versucht, eine hohe Einwohnerdichte zu erreichen und neue städtebauliche Dominanten zu setzen.

Bei Variante 2 wird der zentrale Bereich durch eine unterirdische

10 Flächennutzungsschema – Variante 2. Die Anlieferung für die gesellschaftlichen Einrichtungen des zentralen Bereiches erfolgt unterirdisch



Belieferungsstraße erschlossen, an der die unter den Wohnhöfen liegenden Garagen angebunden sind.

Thälmannstraße und Leninstraße sind gleichermaßen attraktiv.

In ihrer Grundstruktur kann die Variante als reine dreigeschossige Lösung betrachtet werden. Die angewendete mehr- und vielgeschossige Bebauung dient der Sichtbarmachung neuer städtebaulicher Bedingungen auch bei starken historischen Bindungen.

Die Bebauungsvarianten

Variante 1 a

Die Wohnbebauung ist wie folgt bestimmt: Anwendung dreigeschossiger Bebauung in denkmalpflegerisch erhaltenswerten Bereichen, Eingliederung vielgeschossiger Punkthäuser an städtebaulich bedeutenden Stellen, um neue gesamtstädtische Beziehungen zu markieren, maximale Anwendung fünfgeschossigen Wohnungsbaus.

Dabei tritt in einigen Straßenzügen eine Zerstörung der gegenwärtig vorhandenen räumlichen Situation auf, ohne daß ein neues einprägsames Erlebnis geschaffen werden konnte. Gesellschaftliche Einrichtungen und Wohnungsbau sind getrennt, um deren rationellen Bau zu gewährleisten.

Variante 1 b

Durch einen Verzicht auf fünfgeschossige Bebauung und einen höheren Anteil zehngeschossiger Punkte wurde eine Lösung erzielt, die auf einem konsequenten Gegensatz beruht – dreigeschossige Bebauung als historische Struktur und zehngeschossige Punkthäuser als neues Gestaltungselement.

Variante 2

Bei der Bearbeitung wurde von einer reinen dreigeschossigen Bebauung ausgegangen. Die höheren Gebäude wurden wie bei Variante 1b als Gestaltungselement benutzt. Damit wird eine Einheit von historischem und neuem Raumgefüge erreicht.

Mit der Kombination von Wohnbauten und gesellschaftlichen Einrichtungen wurde es möglich, die Thälmannstraße und die Leninstraße gleichermaßen attraktiv zu machen. Durch eine höhere Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen im zentralen Be-

11 Bebauungsplan – Variante 1a
1 Freilichtbühne
2 Sowjetisches Ehrenmal
3 St. Marienkirche
4 Saal, Kino, Klub
5 Rathaus
6 Rat des Kreises
7 Kaufeinrichtungen
8 Gesellschaftliche Organisation
9 Gaststätte
10 Hotel
11 Blumen, Uhren, kosmetische Artikel, Frisör
12 Post, Sparkasse
13 Gericht
14 Kindergarten, Kinderkrippe
15 Museum
16 Bahnhof
17 Haus der Dienstleistungen

Legende zu 11 und 12

Neubau, 3- bis 7gesch.

Neubau, vielgeschossig


Bestand

reich gegenüber Variante 1 a und 1 b wird die Verbindung zum Bahnhof weniger repräsentativ.
Für den abschnittsweisen Aufbau des Zentrums wird zunächst ein teilweiser Ausbau der Kellerbelieferung notwendig.
Der Durcharbeitungsgrad in den Fachbereichen „Grünplanung", „Verkehrs- und technische Versorgung" entspricht dem Studiencharakter der Untersuchung.
Im Fachbereich „Grünplanung" wurde die Arbeit auf die öffentlichen Bereiche konzentriert, in den Wohngebieten wurde lediglich überprüft, ob die im Plan ausgewiesenen Freiflächen die notwendigen Funktionen aufnehmen können.
Im Bereich „Verkehr" konnte bei der Bearbeitung auf eine vorliegende „Perspektivstudie Verkehrsuntersuchung Bernau" des VE Projektierungsbetrieb für Straßenwesen Berlin zurückgegriffen werden.
Im Fachbereich „Technische Versorgung" wurden Aussagen zur Wasserversorgung, Schmutz- und Regenwasserableitung, Gas-, Fernwärme- und Elektroenergieversorgung (Mittelspannung) gemacht.

Vergleich der drei Varianten

	Anzahl der Wohnungen		Anzahl der Einwohner		Einwohnerdichte EW/ha		Einwohnerdichte insgesamt einschließlich Garagenstandorte EW/ha	Verhältnis der Gesamtkosten je Wohnung
	Kern	Südliches Gebiet	Kern	Südliches Gebiet	Kern	Südliches Gebiet		
Variante 1a	1 596	1 075	5 051	3 347	298	297	232	1
Variante 1b	1 578	1 075	4 989	3 347	284	297	228	1,06
Variante 2	1 442	1 101	4 610	3 474	272	327	274	1,11

Bei den Netzberechnungen wurde, soweit dies notwendig war, von der Gesamtstadt ausgegangen und eine Abstimmung mit einem geplanten Wohnungsbaustandort vorgenommen.

Die optimale Variante

Entsprechend der oben beschriebenen Kosten-Nutzen-Rechnung wurde ein Vergleich der Varianten vorgenommen. Es ergab sich



12 Bebauungsplan – Variante 1b
1 Freilichtbühne
2 Sowjetisches Ehrenmal
3 St. Marienkirche
4 Saal, Kino, Klub
5 Rathaus
6 Rat des Kreises
7 Kaufeinrichtungen
8 Haus der Partei und Massenorganisationen
9 Gaststätte
10 Hotel
11 Blumen, Uhren, kosmetische Artikel, Frisör
12 Bibliothek, Gaststätte
13 Sparkasse, Post
14 Museum
15 Kindergarten, Kinderkrippe
16 Gericht
17 Haus der Dienstleistungen
18 Post
19 Bahnhof

folgendes Verhältnis des Nutzwertes und des Kostenaufwandes zwischen den Varianten:

	Verhältnis des Nutzwertes	Verhältnis des absoluten Kostenaufwandes
Variante 1 a	1,00	1,00
Variante 1 b	1,27	1,04
Variante 2	4,85	1,10

Die bedeutende Steigerung des Nutzwertes der Variante 2 gegenüber den beiden anderen Varianten resultiert vor allem aus der verkehrlichen Erschließung des Zentrums, die sich unter anderem auf die Faktoren „Abstellplätze für Kfz. im Planungsgebiet", „Bequemlichkeit", „Sicherheit" und „Baulandausnutzung" auswirkt.

Schlußfolgerungen

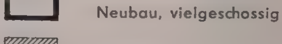
Im Ergebnis wurde von uns für die weitere Arbeit empfohlen, zu prüfen, ob nicht die relativ geringe Steigerung des Kostenaufwandes bei wesentlich größerer Erhöhung des Nutzwertes der Variante 2 gegenüber Variante 1 die weitere Vorbereitung der Rekonstruktion auf der Grundlage der Variante 2 gerechtfertigt erscheinen läßt.

Da die Altstadt Bernau eine für den Bezirk Frankfurt (Oder) einmalige historische Situation aufweist, sind für die Durchführung der Rekonstruktion unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten eine größere Variabilität des Typensortiments und die Bereitschaft zum Bau von Sonderlösungen bei der Bauindustrie notwendig. Ebenso muß Verständnis dafür vorhanden sein, daß die Rekonstruktion mit einem gewissen Anteil dreigeschossiger Wohnbauten höhere finanzielle Aufwendungen erfordert, als dies bei der Rekonstruktion von Städten ohne historisch wertvolle Substanz der Fall ist.

Außerdem sind den mit der Rekonstruktion entstehenden sozialen und soziologischen Problemen, wie Ersatzwohnungsbau, Mietpreise, Verlagerung privater Handels- und Handwerksbetriebe, rechtzeitig Aufmerksamkeit von seiten der örtlichen Organe zu schenken.

13 Bebauungsplan – Variante 2

1 Freilichtbühne
2 Sowjetisches Ehrenmal
3 St. Marienkirche
4 Saal, Gaststätte
5 Rathaus
6 Rat des Kreises
7 Kaufhaus
8 Gaststätte
9 Fahrzeuge
10 Haus der Partei und Massenorganisationen
11 Kosmetik
12 Handwerk- und Dienstleistungseinrichtungen
13 Café
14 Bibliothek und Klub
15 Sparkasse, Laden, Bank
16 Hotel
17 Museum
18 Kindergarten, Kinderkrippe
19 Gericht
20 Frisör
21 Versicherung, Apotheke
22 Post
23 Bahnhof



Neubauplanung
Neubau, vielgeschossig
Bestand

Ergebnisse bei der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne der Bezirke

Dr.-Ing. Peter Schlopsnies, Berlin

Die erste Phase der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne der Bezirke wurde im zweiten Halbjahr 1967 abgeschlossen. Bei einer kritischen Bewertung des Erreichten muß von der Zielsetzung ausgegangen werden, die am Anfang der Arbeit durch die vom Ministerrat am 1. Dezember 1966 bestätigte „Direktive zur Ausarbeitung der Generalbebauungspläne der Bezirke und der Pläne der Entwicklung des Bauwesens im Bezirk" stand. Es muß aber auch berücksichtigt werden, daß die Arbeit unter äußerst schwierigen Bedingungen und in einem wohl, international gesehen, einmalig kurzen Zeitraum bewältigt werden mußte.

Die volle Verantwortung für die Lösung der Aufgabe lag bei den Räten der Bezirke, die die Bearbeitung folgerichtig den bezirklichen Organen des Bauwesens übertrugen. Sowohl die Räte als auch die Organe des Bauwesens waren auf diese Aufgabe nicht vorbereitet. Es gab keine eigenen Erfahrungen, und es fehlte der wissenschaftliche Vorlauf. Um so beachtlicher sind die Leistungen zu bewerten, wenn man die meßbaren Ergebnisse dieser ersten Bearbeitungsphase betrachtet und wenn man feststellen kann, in welch hohem Maße während der Bearbeitung neue theoretische Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Die Erfüllung der Zielsetzung

Zu Beginn der Ausarbeitung mußten heftige Diskussionen über die **Grundfrage** geführt werden, für welchen Zeitraum der Generalbebauungsplan ausgearbeitet werden soll. Die Direktive sagt dazu: „Der Generalbebauungsplan des Bezirkes ist zusammen mit dem Plan der Entwicklung des Bauwesens im Bezirk für den Prognosezeitraum auszuarbeiten. Seine wesentlichen Aussagen für den Zeitraum bis 1970 sind Bestandteil des Perspektivplans des Bezirkes."

Es bedurfte einiger Überzeugungskraft, bis es den Organen des Bauwesens bei ihren Partnern, den anderen Fachabteilungen der Räte der Bezirke und einigen wirtschaftsleitenden Organen, gelang, für die Notwendigkeit Verständnis zu gewinnen, den Generalbebauungsplan für den Prognosezeitraum auszuarbeiten.

Die Richtigkeit dieses Ausgangspunktes, nämlich von einer prognostischen Betrachtung auszugehen, wurde inzwischen von einer Vielzahl von offiziellen Dokumenten bestätigt. Es sei hier nur an die Ausführungen auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Fragen der Prognose oder an die Orientierung über die weitere Arbeit an der Prognose erinnert, die vom Ministerrat ausging, in der es wörtlich heißt: „Die Generalverkehrs- und Generalbebauungspläne der Bezirke und wichtiger Städte sind grundlegender Bestandteil der Prognose der Entwicklung der Bezirke." Auch an einer Vielzahl von praktischen Beispielen aus den Generalbebauungsplänen der Bezirke ließe sich die Richtigkeit und Notwendigkeit der Grundforderung nach einer prognostischen Betrachtungsweise belegen.

Die prognostische Aussage wurde bei der überwiegenden Mehrheit der Bezirke zu einem Hauptinhalt der Generalbebauungsplanung gemacht. Der erreichte Grad der Wissenschaftlichkeit ist jedoch recht unterschiedlich. Dieser unterschiedliche Grad der Wissenschaftlichkeit hat seine Ursache zweifellos in dem Fehlen eines Erkenntnisvorlaufs inhaltlicher und methodischer Art für die Erarbeitung von Prognosen schlechthin. Da sich das Wissen auf diesem Gebiet im Laufe des letzten Jahres stark angereichert hat, ist zu erkennen, daß bei Generalbebauungsplänen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1967 fertiggestellt wurden, eine höhere Qualität der prognostischen Aussagen erreicht wurde als bei den zu einem früheren Zeitpunkt fertiggestellten Arbeiten.

Hervorzuheben ist in dieser Hinsicht der Generalbebauungsplan des Bezirkes Frankfurt (Oder) mit seinen umfangreichen **eigenen** Berechnungen für **die** Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft, die keine eigenen prognostischen Angaben rechtzeitig zu machen in der Lage waren. Dadurch ist der Genauigkeitsgrad der Planung zweifellos größer als bei einem Vorgehen, das **die** Zweige und Bereiche, die keine eigenen Berechnungen liefern konnten, nicht berücksichtigt hätte. Auch der Erfolg des Generalbebauungsplans des Bezirkes Neubrandenburg ist auf ein derartiges Herangehen zurückzuführen. Im Bezirk Erfurt wurde das Problem auf andere Weise gelöst. Dort wurden auf der Grundlage einer umfangreichen prognostischen Baubedarfsforschung die entsprechenden Schlußfolgerungen für die Generalbebauungsplanung gezogen. Ich halte es für notwendig, daß in einer Untersuchung dieser beiden unterschiedlichen Verfahrensweisen ermittelt wird, welches Verfahren die größte Sicherheit bei geringstem Aufwand bietet.

Unverständlicherweise hat **ein** Bezirk im Gegensatz zu den Festlegungen der Direktive auf die Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes für den Prognosezeitraum verzichtet und lediglich planerische Aussagen für den Perspektivplanzeitraum gemacht. Eine zweifellos bestehende Problematik, die sich aus offenen Fragen über die prognostische Entwicklung einiger für den Bezirk strukturbestimmender Zweige ergibt, durfte nicht zu einem Resignieren führen. In diesem Falle wäre es vielmehr notwendig gewesen, in Alternativen und Varianten herauszuarbeiten, welche territorialen Auswirkungen diese oder jene Entwicklung eines bestimmten Industriezweiges nach sich zieht.

Die **zweite Grundforderung** der Direktive, nämlich „durch die Verflechtung der Perspektivpläne der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft mit den territorialen Bedingungen und dem Perspektivplan des Bezirkes Voraussetzungen für eine optimale Standortverteilung und hohe Effektivität der baulichen Maßnahmen zu schaffen", wurde von allen Bezirken erfüllt. Es ist jedoch offensichtlich, daß der äußerst schwierige Prozeß der Verflechtung einzelner Perspektivpläne mit den territorialen Bedingungen noch nicht voll beherrscht wird. Das hat offenbar zwei Ursachen:

- Durch das asynchrone Einlaufen von Informationen, die teilweise nicht einmal vergleichbar oder aggregierbar sind, sind einer optimalen Verflechtung gegenwärtig noch objektive Grenzen gesetzt.
- Es fehlt das methodische Rüstzeug, derartige Verflechtungen optimal herzustellen. Es ist zu vermuten, daß dazu neben einem gewissen mathematischen Apparat Programme für die Verarbeitung von Daten erforderlich werden.

Aus diesem Grunde sind die Verflechtungen bisher, streng genommen, zufällig entstanden und mehr oder weniger weit von einem Optimum entfernt. Dieser Mangel wurde auch von den Bearbeitern erkannt. Es seien hier nur zwei Beispiele genannt: Aus Erfurt kam die Forderung nach einem abgestimmten System territorialer statistischer Daten, die für die Lösung unserer Aufgabe unerläßlich sind, und in Rostock wurden Überlegungen angestellt, wie neben der räumlichen Konzentration auch die zeitliche Konzentration und Koordinierung der Bauaufgaben wissenschaftlich begründet werden kann.

Es ist jedoch klar, daß solche Einzelbemühungen zwar zu Einzelerfolgen führen, jedoch das Problem grundsätzlich nicht lösen. Zweifellos besteht die Notwendigkeit, einen methodologischen Apparat zu schaffen, der derartige Verflechtungsprobleme komplex lösen hilft. Weil ein solcher Apparat mit seinen unerläßlichen logischen und mathematischen Aussagen nicht in einem kurzen Zeitraum geschaffen werden kann, sollte unter Leitung der Deutschen Bauakademie unverzüglich an seine Erarbeitung herangegangen werden.

Die **dritte Grundforderung** der Direktive, daß die Generalbebauungsplanung „insbesondere für die Schwerpunkte des künf-

tigen Baugeschehens in den Industriezentren und großen Städten zu erfolgen" hat, verfolgte den Zweck, im Wettlauf mit der Zeit zuerst für diejenigen Räume gesicherte Aussagen zu erhalten und Maßnahmen für eine Verbesserung der Effektivität der Investitionen herauszuarbeiten, in denen sich die Investitionstätigkeit, die Bauaufgaben und die stärksten Veränderungen konzentrieren. Diese im Sinne der Ökonomie der Zeit vorrangige Bearbeitung der Schwerpunkte führte zum Beispiel in Rostock zu dem Erfolg, daß innerhalb von 54 Arbeitstagen eine Fassung des Generalbebauungsplans erarbeitet werden konnte, die geeignet war, dem Rat vorgelegt zu werden. Allerdings darf man auf diesem Bearbeitungsstand nicht stehenbleiben. Mit einer Einengung ausschließlich auf die Schwerpunkte wird es nicht möglich, den Systemcharakter des Territoriums zu erfassen, der ja nicht nur Siedlungskörper und Siedlungsnetz umfaßt, sondern bis hin zu den Lebensbedingungen der Bevölkerung reicht. Die Aufgabe der Generalbebauungsplanung der Bezirke ist es aber letzten Endes, nicht nur einige ökonomische Kriterien zu bearbeiten, sondern in ihrer Weise zur Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus beizutragen. Walter Ulbricht forderte im Hauptreferat auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit Nachdruck, daß in diesem Zusammenhang keine Frage isoliert behandelt werden darf.

Die **vierte Grundforderung** der Direktive besagte, daß „in dem Generalbebauungsplan des Bezirkes ... Grundlagen für die komplexe sozialistische Rationalisierung der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft, der kommunalen Wirtschaft, der Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung im Bezirk zu erarbeiten" sind. Es kann eingeschätzt werden, daß die Aufgabe, Grundlagen für die komplexe sozialistische Rationalisierung großer territorialer Einheiten, zum Beispiel ganzer Ballungsgebiete, zu schaffen, noch nicht gelöst werden konnte. Das ist zweifellos ein Problem analog dem bereits beschriebenen, das bei der Verflechtung der Perspektivpläne der Zweige und Bereiche mit den territorialen Bedingungen besteht. Was für ganze Ballungsräume noch nicht gelingen konnte, ist jedoch für einzelne Teilgebiete erreicht worden.

Im Bezirk Dresden zum Beispiel wurde durch die konsequente Haltung des Bauwesens erreicht, daß ein ansässiger Industriezweig nicht ein weiteres großes Werk baut, sondern daß die erforderliche Produktionskapazität durch Rationalisierung eines vorhandenen Werkes erreicht wurde. Wie im Bezirk Dresden war auch in einer Reihe anderer Bezirke die Bereitschaft der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft, auf Extensivinvestitionen zu verzichten und dafür die intensiv erweiterte Reproduktion durchzuführen, nicht von vornherein gegeben. Es bedurfte umfangreicher und hartnäckiger Kleinarbeit, um das Ausmaß der Extensivinvestitionen zugunsten der Intensivinvestitionen zu reduzieren. Es hat sich gezeigt, daß eine abwartende Haltung der Organe des Bauwesens in dieser Beziehung nicht zum Erfolg führt. Die Bearbeiter der Generalbebauungspläne müssen sich darüber klar sein, daß auch in Zukunft alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel genutzt werden müssen, um die Intensivinvestitionen zu stimulieren und die Extensivinvestitionen so gering wie möglich zu halten.

Wie unterschiedlich die Standpunkte gegenwärtig noch sind, zeigen folgende Gegenüberstellungen: Im Bezirk Dresden wird mit äußerstem Nachdruck auf die intensiv erweiterte Reproduktion hingewiesen und für die extensive Erweiterung nur ein äußerst beschränktes Flächenangebot gemacht. Demgegenüber liegt zum Beispiel im Bezirk Frankfurt (Oder) und ganz besonders im Bezirk Rostock das Flächenangebot für extensive Industrieerweiterung unverhältnismäßig weit über einem zu erwartenden Bedarf, selbst wenn man berücksichtigt, daß in beiden genannten Bezirken eine gewisse extensive Entwicklung sinnvoll ist.

Die **fünfte Grundforderung**, in den Generalbebauungsplänen „Reserven aufzudecken und rationelle Standorte der Industrie, des Wohnungsbaus und anderer zu ermitteln", wurde in allen Bezirken weitgehend realisiert. Folgerichtig wurden Vorschläge für deren Nutzung unterbreitet. In den meisten Bezirken wurde der konsequente Schritt getan und nachgewiesen, wann vorhandene Reserven erschöpft sind, das heißt, wo und in welcher Beziehung es Schwellen der Entwicklung gibt. Die Darstellung dieser Entwicklungsschwellen ist äußerst unterschiedlich erfolgt, so daß es auch hier notwendig ist, auf der Grundlage einer Analyse der verschiedenen Formen der Darstellung zu einer Vereinheitlichung zu kommen, die in sich eine exakte Darstellung mit einer leichten Verständlichkeit vereinigt.

Die **sechste Grundforderung** der Direktive, daß nämlich „insbesondere die zeitliche und räumliche Konzentration der Investitionen herauszuarbeiten und ökonomisch zu begründen" sind, wurde bei den meisten Generalbebauungsplanungen zum Kernstück der Arbeit. Vor allem die räumliche Konzentration der Investitionen konnte wesentlich erhöht werden. Man muß sich aber vor Augen halten, daß eine umfassende Begründung und eine gesicherte Beurteilung über den **optimalen** Grad der Konzentration gegenwärtig noch nicht möglich ist. Für eine Quantifizierung und Beurteilung der Auswirkungen der Konzentration auf die Zweige und Bereiche, insbesondere auf das Bauwesen, auf die Entwicklung und die Ökonomie im Territorium, auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung und so weiter, fehlen noch die Voraussetzungen.

Eine Methode für die Erarbeitung eines Optimums der zeitlichen Konzentration der Investitionen fehlte bei der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne der Bezirke. Da die funktionellen Verflechtungen der räumlich konzentrierten Investitionen, deren territoriale Realisierung sowie Fragen des Bauablaufs und der Belieferung mit Ausrüstungsgegenständen beachtet und in einen Systemzusammenhang gebracht werden müssen, ist diese Aufgabe nicht ohne einen geeigneten methodischen Apparat zu lösen. In dem Zusammenhang steht auch die planmethodische Aufgabe, das ermittelte Optimum einer zeitlich-räumlichen Konzentration der Investitionen in den Perspektiv- und Jahresplänen entsprechend zu sichern.

Zuerst wurde im Bezirk Rostock mit Untersuchungen zur Beherrschung der Verflechtungsbeziehungen bei der zeitlich-räumlichen Konzentration der Investitionen auf der Grundlage der Netzplantechnik begonnen, und es entstanden erste Gedanken darüber, wie diese Ergebnisse als Grundlage für Leitungsentscheidungen allgemeinverständlich dargestellt werden können.

Die Ausarbeitung der Generalbebauungspläne

Der fehlende Vorlauf und die äußerst kurze, zur Verfügung stehende Bearbeitungszeit zwangen zu unkonventionellen Arbeitsformen. Rückblickend können wir jedoch sagen, daß diese unkonventionellen Arbeitsformen so viel positive Momente enthalten, daß wir bestrebt sind, sie auch bei anderen Arbeitsaufgaben anzuwenden. Es wurde von Anfang an jedem Perfektionismus der Kampf angesagt. Im Interesse der Ökonomie der Zeit mußte darauf verzichtet werden, umfangreiche Vorarbeiten durch ein Forschungsinstitut laufen zu lassen, bevor die Arbeit in der Praxis begann. Das **gleichzeitige Herangehen** an die Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Leitungstätigkeit, unter dem Gesichtspunkt der Praxis und unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlicher Arbeit führte von vornherein nicht nur zu einer engen Verflechtung dieser verschiedenen Aspekte und einer elastischen und wirkungsvollen Zusammenarbeit, sondern bildete die Voraussetzung für die Lösung in der unwahrscheinlich

kurzen Zeit. Damit aber wurde echt im Sinne der Ökonomie der Zeit gearbeitet.

Es hat sich bewährt, im Prozeß der Arbeit Kurzinformationen über erreichte Zwischenergebnisse und Gedanken herauszugeben, Erfahrungen aus dem Prozeß der Arbeit heraus auszutauschen und umfangreiche Arbeitsmaterialien kurzfristig gedruckt an die Bezirke zu leiten. Der so erreichte Bearbeitungsstand aller Bezirke ist zweifellos das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit von Leitung, Forschung und Praxis. Die Methode, in zwei Bezirken unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen mit zentraler Unterstützung zu experimentieren und Beispiele zu schaffen, hat entscheidend dazu beigetragen, die Aufgabe in einem so kurzen Zeitraum zu lösen. Der übergroße Einsatz der Kollegen aus Rostock und Leipzig wurde damit zur Grundlage des Gesamterfolges.

Eine **weitere Grundforderung** wurde von Anfang an an das Ergebnis der Arbeit gestellt: Der Generalbebauungsplan des Bezirkes muß als ein Instrument für eine wissenschaftliche Leitungstätigkeit der Räte der Bezirke übersichtlich, lesbar, das heißt auch dem städtebaulich nicht gebildeten Funktionär mit Rücksicht auf seinen knappen Zeitfonds verständlich aufgebaut und dargestellt sein. Um die Erfüllung dieser Forderung haben sich die meisten Bezirke mit Erfolg bemüht. Im Zuge der weiteren Bearbeitung kamen und kommen neue leitungswissenschaftliche Aspekte hinzu, die einer gesonderten zusammenfassenden Bearbeitung bedürfen. Insgesamt gesehen, müssen wir einschätzen, daß wir noch nicht im ausreichenden Maß in der Lage sind, die Bedürfnisse eines politischen Führungsorgans zu erkennen und dementsprechende Formen der Darstellung genereller Planungen anzubieten.

Während der Ausarbeitung kam es zu umfangreichen Auseinandersetzungen innerhalb des Kreises der Fachkollegen wie auch mit Vertretern anderer Organe. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß diese Auseinandersetzungen und Diskussionen einen entscheidenden Anteil an der Klärung ideologischer Probleme hatten und damit zum Gelingen der gesamten Arbeit beitrugen, wenn sie auch im Augenblick zweifellos belastend waren und von der Lösung der eigentlichen Aufgaben abzulenken schienen.

Zur Ausarbeitung der Generalbebauungspläne mußte in den Bezirken eine breite Gemeinschaftsarbeit zwischen den unterschiedlichsten Fachabteilungen mit den Räten der Kreise und Städte, mit wirtschaftsleitenden Organen und vielen anderen Stellen organisiert werden. Wo diese Gemeinschaftsarbeit tatsächlich wirksam wurde, ist auch das fachliche Ergebnis gut. Das hat eindeutig die Analyse der Qualität der Generalbebauungspläne und die Analyse der Formen der Gemeinschaftsarbeit ergeben. Die Gemeinschaftsarbeit organisiert sich aber nicht von selbst, sondern ist besonders beim Generalbebauungsplan das Ergebnis einer zielstrebigen Leitungstätigkeit. Es zeigt sich damit: Das fachliche Ergebnis des Generalbebauungsplanes ist ein Spiegel der Leitungstätigkeit.

Zur leitungsmäßigen Beherrschung dieses komplizierten Prozesses wurden neue Wege beschritten. In fast allen Bezirken gab es Netzwerke zur Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes oder des Perspektivplanes. Allerdings zeigte sich, daß in einer großen Anzahl von Fällen ein Netzwerk zwar aufgestellt, aber nicht damit gearbeitet wurde. Es muß deshalb die Frage erhoben werden, warum die Netzwerktechnik nicht beherrscht wurde, obwohl genügend Literatur zu diesem Thema vorliegt und Erfahrungen in jedem Bezirk (allerdings zum Teil mit anderen Zielstellungen der Netzwerktechnik) gemacht wurden. Neben der Anwendung der Netzwerktechnik wurde in einigen Bezirken vom Rat eine Direktive zur Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes verabschiedet, die den Ausgangspunkt, die Zielstellung, die Verantwortlichkeit und andere Fragen regelt. Auf der Grundlage einer derartigen Direktive, die für alle Fachabteilungen gleichermaßen verbindlich ist, war die Erarbeitung und Abstimmung von Teilergebnissen der Generalbebauungsplanung wesentlich leichter zu bewerkstelligen als in den Fällen, wo eine derartige Zielvorgabe fehlte.

Eine Kombination der Netzplantechnik und einer Direktive des Rates dürfte im gegenwärtigen Zeitpunkt die günstigste Leitungsform zur Beherrschung der Ausarbeitung eines Generalbebauungsplanes sein. Diese Feststellung trifft im Prinzip auch auf die Ausarbeitung der Generalbebauungspläne der Städte zu.

Ergebnisse

Aus einer Reihe von Gesprächen mit Vorsitzenden der Räte der Bezirke kann die einhellige Meinung entnommen werden, daß die Räte noch nie so umfassend über die territoriale Problematik ihres Bezirkes unterrichtet worden sind wie durch die Generalbebauungspläne. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne hat es eine weitgehend ideologische Klärung zur Bedeutung der Generalbebauungspläne und ihrer Stellung im System der volkswirtschaftlichen Planung, bezirklichen Prognosen und der Leitung gesellschaftlicher Prozesse gegeben. Das Interesse der Räte für Gesamtzusammenhänge ist sprunghaft gewachsen. Die Generalbebauungspläne sind bereits nach der sehr kurzen Bearbeitungszeit eng mit den Perspektivplänen der Bezirke verflochten. Damit ist die Durchsetzung ihrer Hauptgesichtspunkte über die Volkswirtschaftsplanung gewährleistet.

Obwohl unsere Generalbebauungspläne weder auf ein so umfangreiches Fundament von Analysen aufbauen können wie die generellen Planungen zum Beispiel der Volksrepublik Polen oder der ČSSR noch deren Detailreichtum erreichen, haben sie diesen Planwerken voraus, daß sie mit der Volkswirtschaftsplanung eng verknüpft sind. Damit ist eine Garantie für die Realisierung des Möglichen einerseits und für eine Korrektur des Planungsansatzes mit seinen Konsequenzen im Systemzusammenhang bei Übersteigen der Möglichkeiten andererseits gegeben.

Erstmalig wurde in den Generalbebauungsplänen der Nachweis über die mögliche volkswirtschaftliche Effektivität der vorgeschlagenen Maßnahmen geführt. Nach den unvollständigen Ermittlungen und Berechnungen ergibt sich die Möglichkeit eines effektiveren volkswirtschaftlichen Einsatzes beziehungsweise der Einsparung von über 3 Milliarden Mark an Investitionen, Bodennutzungsgebühren, Kosten und anderem mehr für Maßnahmen, die im Perspektivplanzeitraum bis 1970 begonnen oder realisiert werden. Dabei sind solche Untersuchungen, wie sie aus Leipzig-Plagwitz etwa bekannt sind, nicht in Ansatz gebracht, da ihre Ergebnisse schon länger zurückliegen. Den nachgewiesenen Möglichkeiten einer effektiveren Verwendung des Nationaleinkommens stehen Aufwendungen für die Ausarbeitung der Generalbebauungspläne in der geschätzten Größenordnung von 1,5 bis 2 Millionen Mark gegenüber.

Während der Arbeit wurde eine große Anzahl von schöpferischen Ideen entwickelt und verwendet, in denen sich das Verantwortungsbewußtsein, die Schöpferkraft und die Klugheit unserer Städtebauer in den Leitungen, den Büros für Städtebau wie auch in der Forschung widerspiegeln. Die Ausarbeitung der Generalbebauungspläne in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit hat bei allen Beteiligten viel physische und psychische Kraft gekostet. Man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Aufgabe gemeistert wurde. Und allein schon diese Tatsache, die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen in wenigen Monaten, muß allen Außenstehenden die gebührende Hochachtung abnötigen.

Erfurt zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR



Die Perspektive immer vor Augen haben

Ein Interview mit Herrn Rolf Nottrodt,
Oberbürgermeister von Erfurt

Red.: Herr Oberbürgermeister, Ihre Stadt hat nach den Plänen des Rates der Stadt eine große Zukunft. Wie wird sich das Gesicht der Stadt noch bis zum 20. Jahrestag der DDR verändern?

Oberbürgermeister Nottrodt: Erfurt ist eine an Traditionen reiche Stadt. Unser besonderes Anliegen besteht darin, unserer über 1200 Jahre alten Stadt neue sozialistische Wesenszüge zu vermitteln. Während im Jahre 1967 entscheidende Grundlagenarbeiten für die künftige Entwicklung unserer Stadt geleistet wurden, wie Ausarbeitung des 1. Entwurfes zum Generalbebauungs- und Generalverkehrsplan der Gesamtstadt und Durchführung des städtebaulichen Ideenwettbewerbes für die Umgestaltung der Innenstadt, kommt dem Jahre 1968 eine noch höhere Bedeutung in der Baugeschichte der Stadt zu.
Stadtplaner, Architekten, Verkehrsplaner, bildende Künstler und Landschaftsgestalter haben in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit allen Fachabteilungen des Rates die bisher erarbeiteten Konzeptionen zu konkretisieren, um zu einer reifen Gesamtkonzeption für die Umgestaltung des Stadtzentrums zu gelangen, die dem Ministerrat zur Bestätigung unterbreitet wird.
Eine besondere Hilfe wurde uns durch die Beratung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates und Ersten Sekretär des ZK der SED, unserem hochverehrten Genossen Walter Ulbricht, zuteil, der sich bereits zum zweiten Mal über den erreichten Planungsstand in Erfurt informierte und uns wertvolle Hinweise und Empfehlungen für die weitere Bearbeitung des Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanes übermittelte.
Es ist uns eine besondere Verpflichtung, anläßlich der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der DDR den im Jahre 1968 eingeleiteten Beginn der Umgestaltungsmaßnahmen im Bebauungsgebiet „Östlicher Juri-Gagarin-Ring" zu einem besonderen Höhepunkt zu gestalten und die auf dem 4. Plenum des ZK der SED geforderte neue Qualität der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung bereits an diesem Vorhaben zu demonstrieren. Dieses Gebiet ist der Modellfall für die Umgestaltung. Insgesamt werden dort 1236 Wohnungen auf Flächen gebaut, die mit 420 überalterten, abbruchreifen Wohnungen besetzt waren. Die Abrißmaßnahmen sind bereits in vollem Gange. Ziel ist, zum 20. Jahrestag der Republik in diesem Gebiet die ersten 264 Wohnungen unserer Bevölkerung in hoher Qualität zu übergeben. Darüber hinaus werden weitere 572 Wohnungen im Rohbau fertig, und bei zwei Hochhäusern beginnen die Arbeiten an den Fundamenten.
Analog zur Neubautätigkeit werden die angrenzenden Altstadtquartiere rekonstruiert und modernisiert. Es kommt darauf an, eine zeitgleiche Qualitätsverbesserung nicht nur im unmittelbar angrenzenden Straßenzug, sondern im Angrenzungsgebiet zu erreichen. Bis zum 20. Jahrestag wird von uns der Straßenzug Leninstraße und die Verbindung Futterstraße–Wenigemarkt werterhaltungsmäßig bearbeitet. Es ist vorgesehen, insgesamt 100 Objekte instand zu setzen, davon besonders den Bereich Fischmarkt, Krämerbrücke, Hermann-Jahn-Straße und Anger.
Darüber hinaus wird die Anschlußetappe, das Bebauungsgebiet „Südlicher Juri-Gagarin-Ring", bis zu diesem Zeitpunkt zum großen Teil geräumt, um zu sichern, daß auch dort weitere 400 Wohnungen bis zum 20. Jahrestag im Rohbau errichtet werden.

Red.: Welchen Inhalt hat die Neugestaltung des Stadtzentrums?

Oberbürgermeister Nottrodt: Wesentliche Aufgabe bei der Umgestaltung ist die Klärung der politischen Konzeption für die baukünstlerische Gestaltung des Stadtzentrums. Dafür wird gegenwärtig in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit ein Programm entwickelt, das in Einheit von Städtebau, Architektur, bildender Kunst und Landschaftsgestaltung die besondere Typik unserer Stadt in Inhalt und Aussage in ihrer Unverwechselbarkeit unterstreicht.
Um den Anforderungen der gesellschaftlichen Kommunikation gerecht zu werden, erhält der Aufbau eines neuen Zentrums besondere Bedeutung. In diesem Zentrum werden unter Beachtung der Aufwertung vorhandener Funktionen die neuen Bedürfnisse unserer wachsenden Bezirkshauptstadt standortmäßig gesichert (Einrichtungen des Handels, der Dienstleistungen, der Verwaltung, der Kultur, der Erholung u. a. m.). Das Gebiet des Petersberges wird als zentraler Stadtpark der Innenstadt im Charakter eines Erholungsparkes mit kulturellen und gesellschaftlichen Funktionen ausgebaut. Die erhaltungswürdige Altstadt wird durch Sanierungsmaßnahmen dem Wohnwert der Neubebauung annähernd anzugleichen sein und als Zentrum der Touristik aufgewertet. Gleichlaufend mit den städtebaulichen Veränderungen wird etappenweise ein neues Erschließungssystem des Straßenverkehrs für die Innenstadt geschaffen.
Angesichts der großen Aufgaben der Umgestaltung der Innenstadt für die materielle und kulturelle Versorgung der Bevölkerung ist die Teilnahme und Mitwirkung aller Bürger an der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne erforderlich, um dieses große Ziel zu erreichen.

Red.: Wie hat der Rat der Stadt das Kollektiv der Architekten in die Lösung dieser Aufgaben einbezogen?

Oberbürgermeister Nottrodt: Der Rat der Stadt hat für die Lösung der Aufgaben des Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanes grundsätzlich die bewährten Methoden der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit angewandt. Für die Klärung der Innenstadtproblematik und die Umgestaltungsaufgabe wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Bauwesen im vergangenen Jahr ein bedeutsamer städtebaulicher Ideenwettbewerb durchgeführt. Besonders bei der Auswertung durch ein sachkundiges Preisgericht wurden zwischen dem Rat der Stadt und der Architektenschaft vielfältige neue Beziehungen aufgenommen. Darüber hinaus beabsichtigt der Rat der Stadt, mit den Preisträgern in engem Meinungsaustausch zu verbleiben. Für die Erarbeitung der Bebauungskonzeptionen für die Umgestaltungsetappen wird die Zusammenarbeit noch in wesentlich stärkerem Maße als bisher entwickelt, um die Einheit zwischen Städtebau, Projektierung, Bauausführung, bildender Kunst und Landschaftsgestaltung zu gewährleisten.
Bei den Bebauungskonzeptionen für den 1. und 2. Abschnitt der Umgestaltung östlicher und südlicher Juri-Gagarin-Ring werden diese neuen Methoden bereits praxiswirksam, um den Forderungen des Genossen Walter Ulbricht zu entsprechen „und so zu bauen, daß man noch nach Jahrzehnten sagen kann, wir haben gut gebaut und die sozialistische Perspektive immer vor Augen gehabt".

Architekt und gesellschaftlicher Auftraggeber

Ein Interview mit Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr,
Vorsitzender der BDA-Bezirksgruppe Erfurt

Red.: Kollege Dr. Stahr, wie schätzen Sie als Vorsitzender der BDA-Bezirksgruppe Erfurt die Zusammenarbeit zwischen Architekten und gesellschaftlichen Auftraggebern ein?

Dr. Stahr: Die Frage nach der Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber, Architektenschaft und ihrem Fachverband verlangt zuerst einmal eine generelle Beantwortung, da es sich hier um ein Kernproblem der gesellschaftlichen Stellung des Architekten und der Entwicklung von Städtebau und Architektur handelt.
Im Gegensatz zu vorangegangenen Gesellschaftsepochen verfolgen in unserer Deutschen Demokratischen Republik Auftraggeber und Architekten gemeinsam das Ziel, die gesamte räumliche Umwelt unserer Menschen schön, erlebnis- und abwechslungsreich, zweckmäßig und rationell zu gestalten. Die vertrauensvolle und sich gegenseitig fördernde Zusammenarbeit ist damit eine notwendige Voraussetzung zur Erreichung des genannten Zieles.
Dieses gemeinsame Bestreben hat auch in unserem Bezirk Erfurt vor allem in den letzten Jahren zu einer engen, guten Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber und Architekten geführt, die sich in den vielfältigsten Beziehungen äußert.
Hervorzuheben wären die verantwortliche Mitwirkung der Architekten bei der Erarbeitung der Generalbebauungspläne, der Pläne für die Umgestaltung der Städte und Dörfer und ihre Diskussion im Rahmen des Bezirksvorstandes des BDA, seiner Fachgruppen und in Einwohnerforen, wo Auftraggeber und Architekten gemeinsam die Bevölkerung über die Entwicklung von Städtebau und Architektur informierten. Besonders hervorgehoben zu werden verdient auch eine durch die Bezirksgruppe Erfurt organisierte Ausstellung, die zu Ehren des VII. Parteitages der SED zuerst in Erfurt und später in Weimar gezeigt wurde, in der die besten Leistungen der Architekten auf dem Gebiet des Städtebaus, Industriebaus, Wohn- und Gesellschaftsbaus, der Landwirtschaft und der Lehre und Forschung zur Diskussion gestellt wurden.
Durch die Bildung einer Fachgruppe „Staatliche Leitung", die ihre Arbeit im Herbst vergangenen Jahres aufnahm und in der Vertreter des Bezirksbauamtes, der Stadt- und Kreisbauämter erfaßt sind, wird ein wichtiges Glied in der Kette der Zusammenarbeit und gegenseitigen Information von Auftraggeber und BDA geschlossen.
Schließlich wird die auf Vorschlag des Bezirksvorstandes vorgenommene Stiftung eines Architekturpreises durch den Rat des Bezirkes, der jährlich für die beste städtebauliche oder architektonische Leistung verliehen werden soll, die gegenseitigen Beziehungen fördern. Die Architekten des Bezirkes Erfurt sehen in der vertrauensvollen und fruchtbringenden Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber und Architektenschaft eine entscheidende Kraft für die schnelle Entwicklung von Städtebau und Architektur und werden sich bemühen, diese sozialistische Arbeitsweise weiter zu festigen und zu vertiefen.

Red.: Wie wird die BDA-Bezirksgruppe die Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der DDR und dabei insbesondere den Aufbau des Stadtzentrums von Erfurt unterstützen? Gibt es dabei eine Zusammenarbeit mit dem Verband bildender Künstler Deutschlands?

Dr. Stahr: Die Bezirksgruppe Erfurt des BDA hat sich in den vergangenen Jahren in besonderem Maße bemüht, die Umgestaltung der Innenstadt von Erfurt aktiv zu unterstützen. Das findet beispielsweise seinen Ausdruck darin, daß bei dem so wichtigen Wettbewerb „Umgestaltung Innenstadt Erfurt" neun Mitglieder des Bezirksvorstandes entweder in der Jury tätig waren oder am Wettbewerb selbst teilnahmen, oder in der Mitarbeit zahlreicher BDA-Mitglieder bei der Vorbereitung und Projektierung des ersten Bebauungsgebietes „Östlicher Juri-Gagarin-Ring", wo durch ihre Arbeit die Voraussetzungen geschaffen wurden, im März dieses Jahres mit dem Bau der ersten elfgeschossigen Wohnscheibe im Stadtzentrum zu beginnen und bis zum 20. Jahrestag bereits eine große Anzahl von Wohnungen der Wohnungsbaureihe Erfurt zu übergeben.
Besondere Höhepunkte in diesem schwierigen Entwicklungsprozeß der Umgestaltung Erfurts als eines der wenigen fast vollständig erhaltenen Stadtzentren stellen die Besuche des Vorsitzenden unseres Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, in Erfurt dar, dessen richtungsgebende Hinweise für die Architekten, die an der Umgestaltung von Erfurt beteiligt sind, insbesondere Bezirksarchitekt, Stadtarchitekt und die Architekten vom VEB Hochbauprojektierung, stets Anlaß und Verpflichtung sind, städtebauliche Lösungen oder architektonische Konzeptionen weiterzuentwickeln und zu vervollkommnen oder neue Lösungen zu suchen.
Die Zusammenarbeit mit den bildenden Künstlern fördert der BDA mit dem Ziel, zu einer Synthese von Architektur und bildender Kunst zu gelangen. Dem dienen die Durchführung von gemeinsamen Entwurfsseminaren, die Zusammenarbeit im künstlerischen Beirat der Stadt Erfurt sowie das geplante Sommerseminar in Weimar mit dem Thema „Architektur und bildende Kunst".
Ausgehend von der Sitzung des erweiterten Präsidiums Ende Februar in Erfurt, wo Präsidium, örtliche Staatsorgane und Bezirksvorstand auf der Grundlage des bedeutsamen Briefes Walter Ulbrichts an den Präsidenten des BDA über den Generalbebauungsplan des Bezirkes und die Umgestaltung von Erfurt diskutierten, wird die Bezirksgruppe Erfurt auf der Grundlage von Verpflichtungen und Arbeitsplänen den 20. Jahrestag der Gründung unserer Republik würdig vorbereiten und ihren Beitrag zur Erhöhung der Qualität von Städtebau und Architektur leisten. Die Verbindung zu den Baubetrieben wird so eng zu gestalten sein, daß wichtige Bauobjekte vorfristig und in kürzester Zeit projektiert und gebaut werden können.



1 Blick über die historische Altstadt. Die Stadtkrone wird gebildet vom Dom, der Severikirche und dem Petersberg

Neugestaltung der Innenstadt Erfurt

Dipl.-Ing. Walter Nitsch
Stadtarchitekt von Erfurt

Der Beginn der Umgestaltung unserer über 1200 Jahre alten Stadt trifft mit dem Inkrafttreten unserer neuen sozialistischen Verfassung zusammen. Die neue Verfassung verpflichtet uns, bei der städtebaulichen und architektonischen Lösung den kühnen Ideen unserer Zeit baukünstlerischen Ausdruck zu verleihen und gemeinsam die Grundrechte des Volkes durch die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zu sichern. Im Bericht des Politbüros an die 4. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie im Brief des Genossen Walter Ulbricht an den Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten wird besonders eine neue Qualität der städtebaulichen und architektonischen Leistungen gefordert, die unter Wahrung der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung die Wesenszüge unserer sozialistischen Ordnung überzeugend widerspiegelt. Der Anspruch auf höheren Lebensinhalt unserer Werktätigen im umwälzenden Prozeß der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Revolution in gestalteter und stimulierender Umwelt ist durch die Beseitigung der Unzulänglichkeiten der Vergangenheit, die Befriedigung der Erfordernisse der Gegenwart und Berücksichtigung der prognostischen Erfordernisse der Zukunft in allen Bereichen des städtischen Gemeinschaftslebens im Generalbebauungsplan berücksichtigt.

Gegenwärtig hat Erfurt 191 000 Einwohner. Bis zum Jahre 1980 wird eine Steigerung der Einwohneranzahl auf rund 215 000 Personen und bis zum Jahre 2000 auf rund 250 000 Personen erwartet.

In Übereinstimmung mit den bezirklichen Plandokumenten wurde die erste Etappe der Erarbeitung des Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanes der Stadt Erfurt entsprechend den höheren Anforderungen, wie sie insbesondere auf dem VII. Parteitag der SED gestellt wurden, abgeschlossen.

Im Flächennutzungsplan ist festgelegt, das räumliche Wachstum der Stadt sinnvoll zu beschränken. Die Analyse über die Standortreserven schließt das derzeit bebaute Territorium der Stadt mit ein. Gebiete mit überalterter und funktionsuntauglicher Substanz, besonders in weiten Teilen der Innenstadt, werden abgerissen und neu bebaut. Die Forderung, die Stadt in der Stadt zu bauen, hat in Erfurt ihre besondere Berechtigung, da ein unnötiges räumliches Wachstum auf Kosten des traditionsreichen Erfurter Gartenbaus und seiner hohen Effektivität vermieden werden muß. Die Aufgabe der Umgestaltung der Innenstadt ist deshalb neben der richtigen funktionellen und räumlich-gestalterischen Gliederung der Gesamtstadt ein besonderer Schwerpunkt des Generalbebauungsplanes.

Innenstadtplanung

Im Zentrum der Bezirkshauptstadt wurden bisher nur in geringem Umfange neue Gebäude errichtet. Das begründet sich auf die besondere Eigenart und Struktur der im wesentlichen unzerstörten Stadt. In den beiden letzten Jahren wurde besonders intensiv an der Bestimmung des Leitbildes gearbeitet. Dabei kam es uns einerseits darauf an, die Auswirkungen der Lösungsmöglichkeiten und Grenzbedingungen zu erfassen, andererseits ist trotz der notwendigen Stabilität der Grundrichtung für die Umgestaltung der Stadt ein solch flexibles Stadtgerüst zu entwickeln, das der Dynamik der Entwicklung und den künftigen Erfordernissen noch Ansiedlungsraum im Zentrumsbereich eröffnet.

Zur Klärung dieses tiefgreifenden und umwälzenden Prozesses schrieb der Rat der Stadt im Jahre 1967 einen städtebaulichen Ideenwettbewerb aus, an dem sich namhafte Architektenkollektive aus unserer Republik beteiligten (1. Preis Kollektiv Dipl.-Ing. Stingl, Berlin; 2. Preis Kollektiv Professor Dipl.-Ing. Funk, Technische Universität Dresden – siehe „Deutsche Architektur", Heft 1/1968, S. 12 ff.).

Vielfältige und neue Ideen wurden an den Rat der Stadt herangetragen. Bei der Auswertung wurden von uns, ausgehend von einer klaren politisch-ideologischen Zielstellung, die Anregungen und Ideen aus den Entwürfen, aus den Beratungen mit dem Preisgericht und der Bevölkerung in die Erarbeitung der vorliegenden Konzeption einbezogen.

Unsere politisch-ideologische Konzeption beinhaltet die städtebaukünstlerische Dokumentation der verfassunggebenden Macht. Der Kristallisationsraum der stadtgestalterischen und bildkünstlerischen Auseinandersetzung ist die Gestaltung der Raumbeziehungen zentraler Platz – Peters-

2 Ideenentwurf für die Gestaltung des Petersberges (über die endgültige Fassung wird noch ein Wettbewerb ausgeschrieben)

3
Flächennutzungsplan der Innenstadt

Zentrale Funktionen

Wohnbebauung

Industriegebiete

Grün- und Erholungsflächen

berg und die Herausbildung einer neuen Stadtkrone. Mit inhaltlichen, bildkünstlerischen und entsprechenden baulichen Programmen wird hier eine stadttypische Aussage erstrebt, die die ruhmreichen Traditionen der Thüringer Arbeiterbewegung nicht nur in der historischen Rückbetrachtung, sondern auch zeitnah und zukunftsfroh manifestiert. Zur Klärung der Aussage über die Synthese zwischen Städtebau, Architektur, bildender Kunst und Landschaftsgestaltung wird noch im Jahre 1968 ein gesonderter Wettbewerb ausgeschrieben.

An dem zum Domplatz hin abfallenden Hang gestalten die Gartenbaubetriebe der Stadt im sozialistischen Wettbewerb bis zum 20. Jahrestag unserer Republik mit ihren Ausdrucksmitteln eine neue Visitenkarte der Blumenstadt – als einladende, werbende und farbenfrohe Überleitung zu dem als Volkspark umzugestaltenden Massiv des Petersberges mit dem Hochsitz der barocken Zitadelle.

In idealer Weise sind von diesen ehemals zur Unterwerfung der Stadt gebauten Bastionen alle Lebenssphären der gesellschaftlichen Kommunikation, wie sie sich besonders im neugestalteten Zentrum niederschlagen, die Beziehungen zwischen Arbeiten, Wohnen, Versorgung, Kultur, Bildung, Erholung und Verkehr in ihren vielfältigen, urbanen und lebendigen Raumstrukturen, die gesamte Fülle unseres gesellschaftlichen Wirkens erlebbar. Bei der Gestaltung der Innenstadt werden überlebte Arbeits- und Wohnbedingungen beseitigt und durch geschlossene, rationelle, funktionstüchtige und ästhetische Ensembles ersetzt, die der Schöpferkraft, dem Können und Wollen unserer Bürger entsprechen. Mit den Mitteln der Baukunst werden wir unseren verpflichtenden Beitrag leisten, dem Streben unserer Menschen nach einem kulturvolleren Leben zu entsprechen und den Stolz auf unsere sozialistische Heimat zu vertiefen.

Die zweckmäßige und organische Gestaltung des Verkehrs bedarf bei der in unserer Stadt vorliegenden besonderen Struktur und Eigenart einer ständigen Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen. Generalbebauungs- und Generalverkehrsplan wurden zeitgleich und in enger Abstimmung mit den Planungsorganen des Verkehrs erarbeitet. Die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen städtebaulich-gestalterischen und verkehrsplanerischen Vorstellungen zur Neuordnung ist gewährleistet. Die Abdeckung des ruhenden Verkehrs bedarf, wie auch andernorts, noch vertiefender verkehrlicher, städtebaulicher und bautechnischer Untersuchungen. Die Schaffung zusammenhängender Systeme von Fußgängerzonen ist besonders im Zusammenhang mit der Integration der historisch gewachsenen Substanz der wertvollen mittelalterlichen Stadtkernanlage unser besonderes Anliegen, um die Attraktivität und Intimität für die Stadtbevölkerung und die Touristen zu erhöhen.

Die Gesamtkomposition der Innenstadtbebauung integriert die Ensembles der Neubebauung mit den historischen Dominanten im Kernbereich und der neugestalteten Stadtkrone zu einer neuen sozialistischen Stadtgestalt. Die funktionelle und verkehrliche Neugliederung unterstreicht das gewählte Ordnungsprinzip. Die gesellschaftlichen Hauptfunktionen werden in den entscheidenden Verbindungszonen zwischen den derzeitigen Funktionsbereichen und dem historischen Stadtkern eingeordnet und finden ihre Standorte im neu herauszubildenden, durchgängigen Grün- und Erholungsraum entlang des Breitstroms der Gera. Geschlossene und funktionsreiche

4 Modell der Innenstadt







5 Krömerbrücke im Altstadtkern

6 Affenhaus im Thüringer Zoopark

Ensembles mit gesellschaftlichen Anziehungspunkten, in großzügiger, weiträumiger und differenzierter plastischer Gestaltung, werden entlang dem Juri-Gagarin-Ring in räumlicher und zeitlicher Konzentration gebaut. Dadurch werden die Beziehungen der Stadtteile außerhalb des Umflutgrabens durch wechselvolle Einleitungen zum Zentrum besonders betont. Die an diesen Standorten angeordnete vielgeschossige Bebauung und Hochhausgruppen treten untereinander und zur Stadtkrone in ein spannungsvolles Wechselverhältnis. Neue Erschließungs- und Passagensysteme verbinden die Umgestaltungsbereiche, weitestgehend vom Fahrverkehr ungestört, mit den traditionellen Fußgängerhauptachsen – der Bahnhofstraße, dem Anger, dem Gerabogen und dem Altstadtkern.

In dieser Skala, zwischen Harmonie, Angleichung und bewußt gestaltetem Kontrast, entwickeln sich die stadttypischen Wesensmerkmale in Originalität, Unverwechselbarkeit, Intimität, Urbanität und Landschaftsbezogenheit.

Aus der speziellen Aufgabe „Altstadt Erfurt" lassen sich folgende Verallgemeinerungen ableiten:

■ Die Begrenzung des historischen Altstadtkernes berücksichtigt das nationale Kulturerbe als Bestandteil unserer sozialistischen Nationalkultur. Im verbleibenden Kernbereich konzentriert sich die Vielzahl der erhaltungswürdigen Baudenkmale im städtebaulich und kulturgeschichtlich interessanten, systematischen Zusammenhang.

■ Unbedeutende Gebiete mit hohem physischen und moralischen Verschleiß der Bausubstanz werden abgerissen und durch geeignete rationelle Neubebauung ersetzt.

■ Bei Wahrung des charakteristischen und typischen Stadtbildes erfolgt im Bereich der verbleibenden Kernstadt entsprechend den heutigen und künftigen Erfordernissen eine bauliche und funktionelle Aufwertung.

■ Dieses Aufwertungsprogramm konzentriert sich auf die Gestaltung der vorhandenen Hauptachsen. In Übereinstimmung mit den prognostischen Erfordernissen des Handels und der Dienstleistungen entwikkelt sich hier ein differenziertes System von Spezialläden und -diensten sowie von Gaststätten gehobenen Sortiments. Größte Beachtung erfordert die Gestaltung der Erdgeschoßzonen. Besonders attraktive historische Objekte erfordern zwingend eine zeitgerechte und gesellschaftliche Nutzung (z. B. „Hohe Lilie" – Weinrestaurant).

■ Die Sanierung, Auskernung und der teilweise substantielle Ersatz erfolgen in Angleichung. Historisierende Auffassungen,

7 „Hohe Lilie" und „Grüne Apotheke" an der Südwand des Domplatzes

8 Sitzterrasse am Liliengarten der iga

Imitationen und Patinierung mindern den Wert echter Baudenkmale.

■ Es muß erreicht werden, daß kein zielfremder Verkehr die Altstadt durchfährt. Von leistungsfähigen Tangentialstraßen werden sekundäre Verkehrsschleifen und von diesen wiederum Stichstraßen zur Bedienung und Belieferung in die Altstadt eingeführt.

■ Erst diese Einteilung ermöglicht die Herausbildung zusammenhängender Systeme von Fußgängerbereichen und -wegen. Dabei kann im Zuge der Auskernung und Durchgrünung ein differenziertes Passagensystem zu reizvollen Raumlösungen führen.

■ Die Anziehungskraft der Altstadt auf die Bewohner und Touristen sowie die kulturpolitische Verpflichtung erhöhen die ökonomische Bedeutung der Aufwertung und rechtfertigen Investitionen im Kernbereich.

Insgesamt werden bei der Umgestaltung der Innenstadt entsprechend der vorliegenden Konzeption rund 5000 Wohnungseinheiten der Altbausubstanz abgerissen, dabei handelt es sich überwiegend um Gebäude, die älter als 150 Jahre sind. An diesen Standorten werden rund 10 000 Wohnungen bei entsprechend großzügiger Auflockerung gebaut.

Dieses Programm ist nur in Etappen lösbar. Dabei muß gewährleistet werden, daß die Stadt funktionsfähig bleibt und immer einen abgeschlossenen Eindruck vermittelt.

Als erste Etappe wird das Bebauungsgebiet „Östlicher Juri-Gagarin-Ring" realisiert. Auf Grund der hohen Zentrumswirksamkeit kommt diesem Bauvorhaben besondere Bedeutung zu. Erstmalig werden in der Stadt Anlagen des komplexen Wohnungsbaus und wichtige Gesellschaftsbauten (Interhotel) auf Verlagerungs- und Abrißflächen im Zentrum gebaut. Bis zum 20. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik werden sich die wesentlichen Konturen dieser Neubebauung in der Stadtsilhouette abzeichnen. In kürzester Bauzeit werden die elfgeschossigen Wohngebäude montiert und zu einem Teil bereits bezugsfähig der Bevölkerung übergeben. Von Stadtplanern, Architekten, bildenden Künstlern, den Bauschaffenden und den Landschaftsgestaltern werden größte Anstrengungen unternommen, um dieses bedeutsame Vorhaben in hoher Qualität zu einem weithin sichtbaren Höhepunkt zu gestalten. Die neuen Methoden der Zusammenarbeit werden bereits bei dieser Aufgabe wirksam. Ein leistungsfähiges Kollektiv aus Architekten, Bildhauern, Gartengestaltern, Malern und Kunsthandwerkern erarbeitet Vorschläge, um die Einheit zwischen inhaltlicher Aussage sowie künstlerischer und gebauter Form zu manifestieren.

7

8



Für das Anschlußgebiet „Südlicher Juri-Gagarin-Ring" werden in dieser verbesserten Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit Variantenuntersuchungen zur Erhöhung der städtebaulichen und architektonischen Qualität entscheidungsreif erarbeitet.

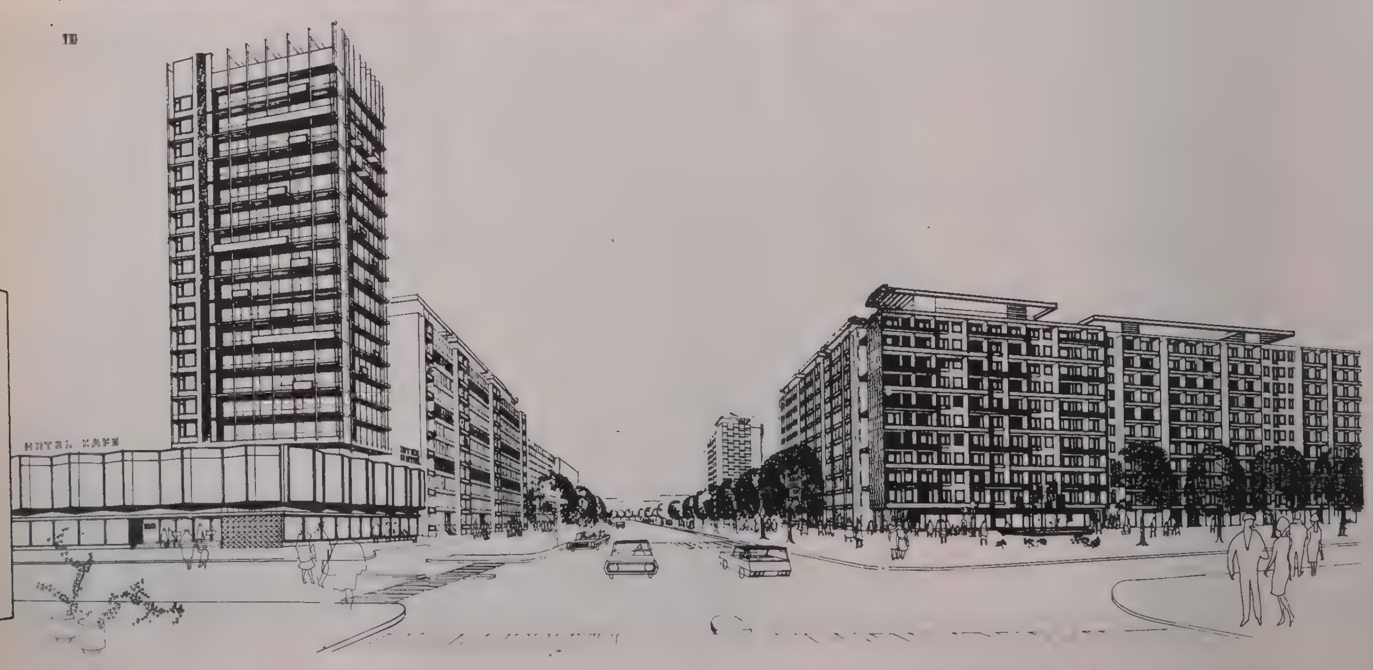
Zur Präzisierung der Umgestaltungskonzeption wird von uns gegenwärtig die gesamtkünstlerische Konzeption abgestimmt. Nur wenn in einem frühen Stadium eine Zielstellung vorliegt, ist eine gegenseitige Aufwertung möglich und die Einheit zwischen Städtebau, Architektur und bildender Kunst zu sichern. Ausgehend von den Hauptinhalten der politisch-ideologischen Konzeption, den Gestaltungsabsichten auf dem Petersberg und der Einbeziehung der vorhandenen Ansatzpunkte bildkünstlerischer Gestaltung, wird von uns ein System entwickelt, das den städtebaulichen Hauptachsen folgt und vom Fußgänger besonders wahrgenommen wird. In interessanter Wechselfolge werden in diesen Bereichen politisch-thematische, städtebauliche, architektonische, bildkünstlerische, landschaftsgestalterische und historische Eindrücke vermittelt. Leuchtwerbung, Lichtgestaltung, Freiflächengestaltung und Beflaggung ergänzen diese Vorstellungen. Für die Monumentalkunst werden besonders der Petersberg und die Umgestaltungsgebiete entlang dem Juri-Gagarin-Ring in Betracht gezogen. Dieses Programm wird mit den zuständigen Fachabteilungen und den bildenden Künstlern beraten und detailliert, mit der Zielstellung, bis zum 20. Jahrestag für die wesentlichen Teile konkrete Gestaltungsstudien vorzulegen.

Unsere Arbeit richtet sich in voller Konzentration auf die vertiefende gestalterische und ökonomische Durchdringung der Innenstadtplanung. Sie richtet sich auf die Erhöhung der baukünstlerischen Qualität, auf die in der Fertigstellungsphase befindlichen Wohnungsneubaugebiete außerhalb des Stadtzentrums und auf eine entscheidende Erhöhung der stadtgestalterischen Wirksamkeit des Altstadtbereiches, insbesondere der Nahtstellen zu den Umgestaltungsgebieten und den innerstädtischen Hauptachsen.

Der Brief des Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, an die Architekten ist für uns Aufruf, Ansporn und Verpflichtung, unser sozialistisches Vaterland noch schöner und anziehender zu gestalten.

9

10



11

9 Wohngebiet Johannesplatz

10 Schaubild des ersten innerstädtischen Rekonstruktionsgebietes „Östlicher Juri-Gagarin-Ring"

11 Internatshochhaus des Pädagogischen Instituts

12 Wohnhochhaus und Hotel „Tourist" als Auftakt der Innenstadtrekonstruktion am Juri-Gagarin-Ring

12

Ergebnisse, Methoden und Fortführung des Generalbebauungsplanes im Bezirk Erfurt

Dipl.-Ing. Ewald Henn
Bezirksarchitekt von Erfurt
Dipl.-Ing. Gerhard Stübler,
Stellvertretender Bezirksarchitekt von Erfurt

Die Generalbebauungsplanung der Bezirke hat sich inzwischen zu einem festen Bestandteil des Systems unserer Prognosetätigkeit und der Volkswirtschaftsplanung entwickelt.

Als Teilprognose ist sie eine entscheidende Voraussetzung für die Ausarbeitung des Perspektivplanes bis 1970. Darüber hinaus sind die Generalverkehrs- und Generalbebauungspläne der Bezirke und wichtiger Städte grundlegende Bestandteile der Prognosen zur Entwicklung der Bezirke, wie es im Beschluß des Ministerrates der DDR über die Weiterführung der prognostischen Arbeit vom 20. Oktober 1967 festgelegt ist.

Die Rolle und Bedeutung der Generalbebauungspläne als Leitungs- und Führungsinstrumente der örtlichen Räte sind zweifellos auf die Komplexität ihrer Aussage gegründet.

Ausgehend von der Profilierung der Volkswirtschaft, wurden über die entscheidenden Entwicklungsbedingungen und -faktoren unter Berücksichtigung der Anforderungen der technischen Revolution Leitbilder für die gebietliche und städtebauliche Entwicklung geschaffen, die in Verbindung mit der Entwicklung des Bauwesens zum wirksamsten Einsatz der Investitionen, ihrer Konzentration und hohen Effektivität beitragen.

Auf der Grundlage der Hauptrichtung der ökonomischen Entwicklung des Bezirkes, insbesondere der strukturbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft, der Konzeptionen zur komplexen sozialistischen Rationalisierung sowie der Bevölkerungs- und Arbeitskräfteentwicklung wurden die Prognosen bis 1980 in Übereinstimmung mit dem Plan zur Entwicklung des Bauwesens erarbeitet.

Hauptprobleme des Generalbebauungsplanes

Auf der Grundlage von umfangreichen Teilprognosen werden im Generalbebauungsplan des Bezirkes als Hauptprobleme

- die gebietlichen Schwerpunkte, die Entwicklungstendenzen im Siedlungsnetz sowie die städtischen Schwerpunkte des Bezirkes herausgearbeitet,
- die Konzentration der Investitionen in Rekonstruktions-, Rationalisierungs- und Investitionskomplexen der Industrie, im Landwirtschafts- und Meliorationsbau, im komplexen Wohnungsbau unter besonderer Berücksichtigung der Innenstadtrekonstruktion nachgewiesen,
- die Maßnahmen zur Entwicklung der überörtlichen gesellschaftlichen Funktionen der Bezirkshauptstadt und der wichtigsten Kreisstädte vorgeschlagen,
- die Grundfragen der Entwicklung von Städtebau und Architektur umrissen,
- die Zielstellungen zur Erarbeitung und Präzisierung der Generalbebauungspläne der Städte entwickelt,
- die Möglichkeiten in der Entwicklung der Nah- und Fernerholung ermittelt,
- die Bedingungen und der erforderliche Ausbau der ingenieurtechnischen Versorgung nach einer rationellen Reihenfolge untersucht,
- die Nutzung der natürlichen Ressourcen, die Erschließung der Baustoffe, die Konzentration der Baukapazitäten und die effektivste Verwendung der Flächen fixiert.

Die prognostische Entwicklung des ökonomischen Profils, insbesondere der Produktionsstruktur, und volkswirtschaftlicher Komplexe des Bezirkes stehen in Übereinstimmung mit der planmäßigen Entwicklung des Siedlungsnetzes und der Infrastruktur.

Die Leitlinie der gebietlichen Entwicklung verfolgt zugleich eine optimale Bodennutzungspolitik.

Die extensive Erweiterung wird nur dort zugelassen, wo sie von den Entwicklungsbedingungen her unumgänglich und notwendig ist.

Diese Zielstellung geht davon aus, daß die Bedingungen der städtischen Entwicklung mit dem Inhalt für die gebietliche Entwicklung übereinstimmen, das Siedlungssystem rationalisiert und die sozialökonomische Struktur bei der Herausbildung von Siedlungsschwerpunkten verbessert wird.

Entwicklungstendenzen des Siedlungssystems

Bei der Herausbildung der Entwicklungstendenzen des Siedlungssystems hat die Bezirkshauptstadt, die zum repräsentativen Zentrum des Bezirkes auszubauen und umzugestalten ist, besondere Eigenheiten großstädtischer Entwicklung. Die Kreisstädte werden schrittweise zu voll funktionsfähigen gesellschaftlichen Zentren der Kreise ausgebaut, wobei Disproportionen gerade in der Funktion einiger Kreisstädte durch die Stabilisierung und Entwicklung der Infrastruktur beseitigt werden müssen. Das betrifft vornehmlich die anzustrebende Übereinstimmung der Entwicklung und Verteilung der Produktivkräfte mit den Kapazitäten zur materiellen Versorgung und kulturellen Betreuung.

Für die ländlichen Siedlungsschwerpunkte und kleinen Landstädte ist die Konzentration aller Maßnahmen vorgesehen, um sie als Versorgungszentren der Bevölkerung in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen bei der Entwicklung einer modernen landwirtschaftlichen Großproduktion im Verband mit der Nahrungsgüterwirtschaft auszubauen.

Für die städtischen Schwerpunkte Erfurt und Weimar wurde eine ausführliche Darstellung der Entwicklungsbedingungen erarbeitet, während für die Kreisstädte kurzgefaßte Leitlinien die Entwicklungstendenzen aufzeigen.

Das Wachstum und die flächenmäßige Ausdehnung der Bezirkshauptstadt ist durch ihre natürlichen Bedingungen begrenzt. Erfurt wird sich durch komplexe Maßnahmen der Umgestaltung der Stadt auf ein Optimum von rund 250 000 bis 260 000 Einwohnern entwickeln können, ohne sich extensiv zu erweitern. In der Nachbarschaft liegt eine Reihe von entwicklungsfähigen Städten, wie Weimar, Gotha, Arnstadt, Sömmerda, Langensalza und andere, die zur Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur und zur Entlastung Erfurts von Industriezweigen, Betrieben und Einrichtungen beitragen können, die nicht profilbestimmend für den Charakter der Bezirkshauptstadt sind.

Dadurch wird das bedeutendste bezirkliche Industriezentrum Erfurt keine unvertretbare Ballung erhalten.

Auf der Grundlage der Bevölkerungsentwicklung und der Verteilung der Arbeitskräfte entsprechend den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen werden die Bezirkshauptstadt und die Kreisstädte des Bezirkes Erfurt in der Regel folgenden Zuwachs von 1965 bis 1980 erreichen:

Großstädte bis 10 Prozent
Mittelstädte bis 15 Prozent
Kleinstädte bis 112 Prozent

Etwa 70 Prozent der Industriebaumaßnahmen konzentrieren sich bis 1980 auf 28 Industriekomplexe, die in der Bezirksstadt, den Kreisstädten oder in Siedlungsschwerpunkten auszubauen oder zu rekonstruieren sind. Nach solchen Kriterien wurden die erforderliche Entwicklung der Produktionskomplexe und des Wohnungsbaus erarbeitet. Die Ermittlung des Wohnungsbedarfs baut auf der Abdeckung der Anforderungen aus dem biologischen Wachstum der Bevölkerung, der Ansiedlung von Facharbeitern und Fernpendlern, dem Nachholebedarf, dem Abbau des Wohnungsdefizits, dem natürlichen Abgang durch Überalterung der Bausubstanz und dem Ersatz für Maßnahmen der Innenstadtrekonstruktion auf.

Der Wohnungsbau im Bezirk Erfurt hat nach 1945 bisher einen Zuwachs von 18 Prozent erreicht. Unter Berücksichtigung eines Erneuerungsprozesses von 100 Jahren

wären bis 1967 aber 25 Prozent erforderlich gewesen. Nach dieser Voraussetzung müßte im komplexen Wohnungsbau bis 1980 ein Verhältnis des Neubaus zum gesamten Wohnungsbestand von 35 Prozent erreicht werden.
Ein besonderes Problem besteht darin, daß der rechnerische Wohnungsbedarf, nach den einzelnen Kreisen bilanziert, nicht identisch ist mit dem Wohnungsbedarf nach den einzelnen Städten und Siedlungsschwerpunkten.
Der Drang in die Stadt löst in den Städten einen höheren Wohnungsbedarf aus, als die Gesamtbilanz in der rechnerischen Ermittlung des Wohnungsbaus ausweist.
Deshalb kann bis 1980, auf Städte bezogen, nur der dringendste Bedarf in Übereinstimmung mit den Schwerpunkten der Rationalisierung befriedigt werden, um den Zwei- und Dreischichtenbetrieb zur höheren Ausnutzung der Grundfonds zu sichern.
Die Ermittlung zur Durchführung des Wohnungsbaus bis 1980 hat ergeben, daß nach den Möglichkeiten und Notwendigkeiten über 50 Prozent des Wohnungsneubaus auf die Rekonstruktion der Stadtzentren zu konzentrieren sind. Das heißt, ein bedeutender Anteil des komplexen Wohnungsbaus muß zur Erneuerung und Umgestaltung der Städte eingesetzt werden.
Die Rekonstruktion wird sich auf die Stadtzentren der Bezirkshauptstadt und der wichtigsten Kreisstädte konzentrieren. Die Rekonstruktion des Stadtzentrums von Erfurt hat mit dem Bau von 10 000 Wohnungen ab 1968 vorrangige Bedeutung. Einen wesentlichen Anteil an der Rekonstruktion werden solche Städte wie Weimar, Gotha, Arnstadt, Eisenach und der Wiederaufbau von Nordhausen haben.
Entscheidende Schlußfolgerungen erfordert im Zusammenhang mit dem Plan zur Entwicklung des Bauwesens die Tatsache, daß bei dem hohen Anteil der Rekonstruktion der Städte der Bau gesellschaftlicher Einrichtungen und der vielgeschossige Wohnungsbau einen größeren Umfang annehmen werden.
Daraus erwachsen selbstverständlich Probleme in der Entwicklung der Vorfertigungskapazität, der Baukapazitäten, die in der Prognose des Bauwesens berücksichtigt werden müssen und eine Steigerung der Leistungen in der Bauwirtschaft bis 1980 auf über das Dreifache erfordern.

Der volkswirtschaftliche Effekt der Generalbebauungsplanung

Auch im Bezirk Erfurt können Einsparungen an Investitionen, Baukapazitäten, Bauland und anderem nachgewiesen werden. Der Investitionsbedarf für die Zeit von 1968 bis 1970 konnte um rund 214 Millionen Mark und der für die Zeit von 1971 bis 1980 um rund 325 Millionen Mark reduziert werden.
Durch die Rekonstruktion der Stadtzentren und die konzentrierte und kompakte Bebauung von industriellen und landwirtschaftlichen Produktionskomplexen wurde für die Zeit von 1968 bis 1980 eine Senkung der Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche von über 380 ha nachgewiesen.
Für den Landwirtschaftsbau mußte die Sicherung einer sparsamsten Verwendung landwirtschaftlicher Nutzfläche am nachdrücklichsten gegenüber den Forderungen durchgesetzt werden. Dennoch beträgt der Anteil des Landwirtschaftsbaus an der vorgesehenen gesamten Flächeninanspruchnahme im Bezirk für die Zeit von 1968 bis 1970 rund 41 Prozent und für die Zeit von 1971 bis 1980 rund 39 Prozent. Dieser Anteil muß mit der Errichtung von kompakten Großanlagen noch radikaler gesenkt werden.
Die Flächennutzungsplanung des Bezirkes und der Produktionskomplexe baut auf den Grundsätzen auf, daß eine rationelle Inanspruchnahme der Baulandflächen erfolgt, Angebote einer künftigen Flächennutzung ermöglicht werden, die Komplexität zwischen Arbeitsstätten, Wohn- und Erholungsgebieten, die Zusammenhänge zwischen der baulichen Entwicklung der Siedlungen, der ingenieurtechnischen Versorgung, dem Generalverkehrsplan und die Nutzungsbeschränkungen zur Sicherung von Ansprüchen des Erholungswesens, der Erschließung von Bodenschätzen, zur Reinhaltung des Grundwassers, der Gewässer und der Luft sowie anderer natürlicher Faktoren eingehalten und miteinander koordiniert werden.
Die Aufdeckung der Ressourcen und ihre rationelle Erschließung sind entscheidende Voraussetzungen für die planmäßige und proportionale Entwicklung des Siedlungsnetzes, der Städte und Siedlungsschwerpunkte, das heißt für die bewußte Gestaltung der Umweltbedingungen unserer Menschen.

Der gesellschaftliche Nutzen der Generalbebauungsplanung

Durch die Erarbeitung der Generalbebauungspläne unter Leitung der Räte und der Mitwirkung der Volksvertretungen wurde die Lösung der Grundfragen des Städtebaus und der Architektur entsprechend ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung in breitem Umfang in Angriff genommen.

■ Durch die Mitarbeit an der Generalbebauungsplanung wurden viele Fachabteilungen der örtlichen Räte, Dienststellen und Betriebe veranlaßt, sich klare Vorstellungen über die Entwicklung ihrer Bereiche, insbesondere hinsichtlich der territorialen Wechselwirkung, im Prognosezeitraum zu machen.

■ Durch die weit verzweigte gegenseitige Abstimmung der zeitlichen und territorialen Abhängigkeiten zwischen den verschiedensten Planträgerbereichen, Dienststellen und Betrieben wurde auch ein Nutzen erreicht, der nicht unmittelbar und sofort in Mark nachweisbar ist. Die Planträger und insbesondere die ingenieurtechnischen Versorgungsbetriebe haben im Ergebnis der Generalbebauungspläne bereits Schlußfolgerungen gezogen, die zur Überwindung bedeutender Disproportionen und zur rechtzeitigen Sicherung der Bereitstellung von Investitionsmitteln beitragen.

■ Durch die politische Zielstellung zur Generalbebauungsplanung wurden breite Kreise der Bevölkerung, Wissenschaftler, Betriebe und Einrichtungen in die Lösung der Aufgaben einbezogen. Damit wurde der Gegenstand der gebietlichen und städtebaulichen Planung in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit einer öffentlichen Wirksamkeit und Popularität zugeführt.

■ Nicht zuletzt führte die Generalbebauungsplanung in allen städtebaulichen Planungseinrichtungen einschließlich der dafür zuständigen staatlichen Leitungen zu einer qualifizierten Gemeinschaftsarbeit, die gegenüber den bisherigen Leitungsmethoden inhaltlich aussagekräftigere Planungsunterlagen erbrachte und entscheidende Erkenntnisse über die Notwendigkeit der Anwendung moderner mathematischer Methoden in der Generalbebauungsplanung vermittelte.

Die Generalbebauungsplanungen stellen die bisher größten und komplexesten gebietlichen und städtebaulichen Untersuchungen im Territorium dar.
Der große Kreis der Beteiligten bei der unmittelbaren Ausarbeitung, bei der Beratung, Abstimmung und den verschiedensten Formen der Verteidigung verlangte hohe Anforderungen an die Formen der Zusammenarbeit.
Außer der Anwendung bereits bewährter Methoden mußten auch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Territorialplanung, des Städtebaus und der einzelnen Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft sowie den örtlichen Organen entwickelt werden. Das betraf besonders
die Bestimmung des Inhalts, des Umfanges

und der Methoden der Generalbebauungsplanung in einem geschlossenen und koordinierten Gesamtsystem,
die Kooperation und Zusammenarbeit verschiedener örtlicher Organe zur Sicherung der Übereinstimmung des Generalbebauungsplanes des Bezirkes mit der Generalbebauungsplanung der Städte und ihres Umlandes und der Planung von landwirtschaftlichen Siedlungsschwerpunkten,
die inhaltliche Übereinstimmung der Planungsaussage mit der Verantwortung der staatlichen Organe und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

Seit 1965 wurden vom Rat des Bezirkes umfangreiche Maßnahmen zur generellen Planung der Bezirksstadt und der Kreisstädte eingeleitet, so daß

- in enger Zusammenarbeit mit den Organen der Territorialplanung für die Generalbebauungsplanung des Bezirkes auf umfangreiches Analysenmaterial und auf gute methodische und praktische Erfahrungen aufgebaut werden konnte,
- die Darstellung der Zusammenhänge und die gegenseitige Durchdringung der Probleme aus der Planungsebene der Städte, Kreise und des Bezirkes zu einer höheren Qualität führte,
- eine gute Kontrollmöglichkeit über Planungsentscheidungen den Einfluß auf die anderen Planungsebenen gewährleistet,
- konkrete Planungsaussagen und Effektivitätsnachweise im Sinne von Flächen- und Kapazitätsbilanzen und Ressourcenermittlungen für den Generalbebauungsplan des Bezirkes ermöglicht wurden.

Die Ergebnisse der Generalbebauungsplanung wurden auch im größeren Umfange in unserer Bezirksgruppe des Bundes Deutscher Architekten diskutiert und mit den Projektanten des Bezirkes beraten. Daraus resultierte eine Reihe von Vorschlägen zur Vorbereitung und Durchführung der Rekonstruktion der Städte und zur prognostischen Entwicklung der Architektur im Zusammenhang mit den Anforderungen an die Profilierung der Kapazitäten der Bauwirtschaft.

Dennoch muß die Auseinandersetzung über die Prognose in Verbindung mit den baukünstlerischen Aufgaben in der BDA-Bezirksgruppe stärker entwickelt werden, um auch der erzieherischen Rolle des BDA gerecht werden zu können.

Zur weiteren Qualifizierung der Planungen

Die Koordinierung der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne für die Städte und Siedlungsschwerpunkte und ihre Fortschreibung auf der Grundlage des Generalbebauungsplanes des Bezirkes gewinnen gegenwärtig entscheidende Bedeutung im Gesamtsystem der in mehreren Stufen vorgesehenen generellen Planung des Territoriums des Bezirkes.

Aus den bisherigen Ergebnissen der generellen Planungen im Bezirk lassen sich zwei grundsätzliche Schlußfolgerungen zur inhaltlichen Abgrenzung ableiten:

- Berücksichtigung der verschiedenen Planungsebenen, wie Gemeinde, Gemeindeverband (Kooperationsbereich), Stadt, Kreis und Bezirk, bei den analytischen Untersuchungen und inhaltlichen Aussagen der Planwerke sowie Beachtung der Wechselwirkungen.
- Jede generelle Planung hat Aussagen zur Grundlinie der Entwicklung der untergeordneten Planungsebene im Sinne einer Direktive zu treffen.

Im Generalbebauungsplan des Bezirkes werden gegenüber den detaillierten Aussagen zu den Investitionsschwerpunkten über die Versorgungssysteme im Siedlungsnetz, die Begrenzung von Einzugsgebieten, die Darstellung der Umlandprobleme der Siedlungsschwerpunkte und die städtebaulichen und architektonischen Grundfragen unzureichende Aussagen getroffen, die sich aus methodischen Schwächen ergaben.

Das ist allerdings auf fehlende Voraussetzungen, die sich aus der Sicht der Republik ergeben, wie Standortverteilung der Produktivkräfte, Bevölkerungsentwicklung und -bewegung, Entwicklung der Struktur des Siedlungsnetzes und abgestimmte Prognosen über Städtebau und Architektur, zurückzuführen.

Wenn die Aufgabenstellung in der ersten Etappe der Erarbeitung der Generalbebauungspläne der Bezirke wegen der hohen Anforderungen hinsichtlich des Umfanges und der Komplexität Wissenschaft und Praxis gleichermaßen überraschte, so muß festgestellt werden, daß sich die Organe des Städtebaus und des Bezirkes mit großer Einsatzbereitschaft und schöpferischer Initiative auf die inhaltliche und methodische Lösung der Aufgabe konzentrierten. Dabei war uns der vom Ministerium für Bauwesen und der Deutschen Bauakademie organisierte regelmäßige Erfahrungsaustausch eine gute Hilfe.

Dennoch können wir mit den bisherigen Ergebnissen der wissenschaftlichen Vorbereitung der Fortschreibung der Generalbebauungsplanung nicht zufrieden sein. Die Ursachen liegen in der mangelhaften wissenschaftlichen Durchdringung des Systemcharakters der Generalbebauungsplanung und seiner Durchsetzung im Leitungsprozeß. Dabei sind die Regelbeziehungen der Generalbebauungsplanung in den verschiedensten Ebenen – Gemeinde, Stadt, Kreis, Bezirk und Republik – als Teilsysteme im Prozeß der prognostischen Arbeit und der Volkswirtschaftsplanung insgesamt zu erfassen.

Im Zusammenhang zwischen der prognostischen Tätigkeit der Bezirke im Rahmen der Gesellschaftsprognose und dem bisherigen Stand der Generalbebauungsplanung sind unseres Erachtens für die Fortschreibung der Generalbebauungsplanung folgende Schwerpunkte zu sehen:

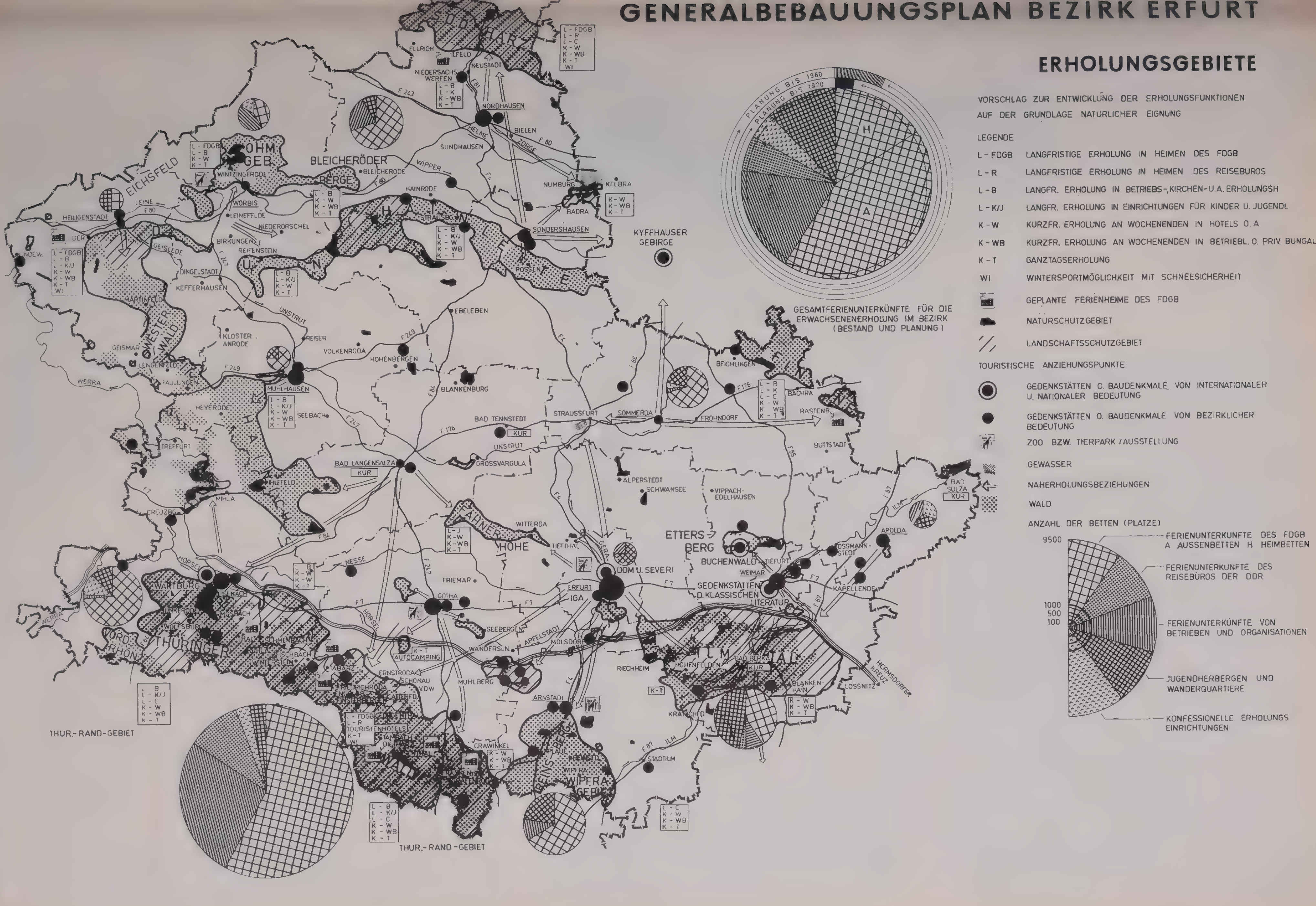
- Klare Abgrenzung des Inhalts einer bezirklichen Prognose mit Aussagen über die Entwicklung des Produktionsprofils, der Bevölkerung, des Siedlungsnetzes und der Infrastruktur des Bezirkes gegenüber dem Inhalt der Generalbebauungsplanung.
- Hauptaufgabe der Generalbebauungsplanung muß die Städtebau- und Architekturprognose werden, die als Teilsystem die funktionellen, künstlerischen und technischen Probleme stärker bei der Umgestaltung der Städte und Siedlungsschwerpunkte durchdringt und Leitbilder sowie Modelle zur gesellschaftlichen Strukturpolitik schöpferisch entwickelt.
- Weitere Ökonomisierung der städtebaulichen Planung zur exakteren Berechnung der Entwicklungsschwellen unserer Städte und Siedlungsschwerpunkte mit modernen Mitteln und Methoden.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnis haben wir die Fortschreibung des Generalbebauungsplanes eingeleitet und in Angriff genommen. Dabei bilden in Auswertung des Besuches des Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, beim Sekretariat der Bezirksleitung der SED am 30. Dezember 1967 die Überarbeitung der Konzeption zur Umgestaltung des Stadtzentrums von Erfurt und – auf der Grundlage seines Briefes an den Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten und der Materialien des 4. Plenums des ZK der SED – die Erarbeitung der Zielstellung zur gesamtkünstlerischen Gestaltung der Städte und Siedlungsschwerpunkte in Vorbereitung des 20. Jahrestages die unmittelbarsten Schwerpunkte.

Unter Leitung des Rates des Bezirkes wurden von den örtlichen Räten Programme erarbeitet, die sich auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- Erarbeitung von politisch-ideologischen Grundkonzeptionen für die baukünstlerische Gestaltung der Bezirkshauptstadt, der Kreisstädte und Siedlungsschwerpunkte, die in der Synthese zwischen Architektur und bildender Kunst den Ideengehalt unserer Epoche sowie die echten Traditionen und die Typik jeder Stadt widerspiegeln;
- Schaffung von Beispielen der Monumentalkunst in den gesellschaftlich wirksamsten Bereichen der Stadt;
- Festlegung der Maßnahmen zur Fertigstellung von Schwerpunktvorhaben des Neubaus, die für die Gestaltung der Stadt von entscheidender Bedeutung sind;
- Einsatz der Mittel und Kapazitäten der komplexen Werterhaltung in den Hauptzonen des gesellschaftlichen Lebens zur funktionellen und gestalterischen Aufwertung des Stadtkerns;
- Komplettierung bereits errichteter oder im Bau befindlicher neuer Wohngebiete und Investitionskomplexe, deren gestalterische Ausdruckskraft noch unbefriedigend ist;
- Erhöhung der Attraktivität städtebaulicher Räume durch die künstlerische Gestaltung der Außenanlagen mit Kleinarchitektur, Lichtwerbung, Beleuchtung und Grüngestaltung;
- Beseitigung von städtebaulich und architektonisch unvertretbaren baulichen Anlagen, Baulücken und anderen unerfreulichen Erscheinungen im Stadtbild.

Zur Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Städtebauern, bildenden Künstlern, Architekten und allen Bauschaffenden sowie zur Entfaltung einer großen Initiative aller Bürger bei der Erarbeitung und Realisierung der Vorschläge zur Verschönerung unserer Städte wird ein Wettbewerb zwischen den Kreisstädten und den kreisfreien Städten durchgeführt. Darüber hinaus hat der Bezirkstag Erfurt mit Beschluß vom 17. Juli 1967 über die Verleihung des Architekturpreises des Bezirkes einen Anreiz für die Städtebauer, Projektanten, bildenden Künstler und die Bauherren geschaffen, um hervorragende Leistungen auf dem Gebiete des Städtebaus, der Architektur auf dem Territorium des Bezirkes zu erreichen.


GENERALBEBAUUNGSPLAN BEZIRK ERFURT
ERHOLUNGSGEBIETE
VORSCHLAG ZUR ENTWICKLUNG DER ERHOLUNGSFUNKTIONEN AUF DER GRUNDLAGE NATURLICHER EIGNUNG
LEGENDE
L - FDGB LANGFRISTIGE ERHOLUNG IN HEIMEN DES FDGB
L - R LANGFRISTIGE ERHOLUNG IN HEIMEN DES REISEBUROS
L - B LANGFR. ERHOLUNG IN BETRIEBS-, KIRCHEN-U.A. ERHOLUNGSH
L - K/J LANGFR. ERHOLUNG IN EINRICHTUNGEN FÜR KINDER U. JUGENDL
K - W KURZFR. ERHOLUNG AN WOCHENENDEN IN HOTELS O. A
K - WB KURZFR. ERHOLUNG AN WOCHENENDEN IN BETRIEBL. O. PRIV. BUNGAL
K - T GANZTAGSERHOLUNG
WI WINTERSPORTMÖGLICHKEIT MIT SCHNEESICHERHEIT
GEPLANTE FERIENHEIME DES FDGB
NATURSCHUTZGEBIET
LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET
TOURISTISCHE ANZIEHUNGSPUNKTE
GEDENKSTÄTTEN O. BAUDENKMALE VON INTERNATIONALER U. NATIONALER BEDEUTUNG
GEDENKSTÄTTEN O. BAUDENKMALE VON BEZIRKLICHER BEDEUTUNG
ZOO BZW. TIERPARK / AUSSTELLUNG
GEWASSER
NAHERHOLUNGSBEZIEHUNGEN
WALD
ANZAHL DER BETTEN (PLATZE)
9500
1000
500
100
FERIENUNTERKUNFTE DES FDGB A AUSSENBETTEN H HEIMBETTEN
FERIENUNTERKUNFTE DES REISEBÜROS DER DDR
FERIENUNTERKÜNFTE VON BETRIEBEN UND ORGANISATIONEN
JUGENDHERBERGEN UND WANDERQUARTIERE
KONFESSIONELLE ERHOLUNGS EINRICHTUNGEN
GESAMTFERIENUNTERKÜNFTE FÜR DIE ERWACHSENENERHOLUNG IM BEZIRK (BESTAND UND PLANUNG)
PLANUNG BIS 1980
PLANUNG BIS 1970
H
A
EICHSFELD
OHM GEB.
BLEICHERÖDER BERGE
KYFFHAUSER GEBIRGE
ETTERS-BERG
BUCHENWALD
GEDENKSTÄTTEN D. KLASSISCHEN LITERATUR
DOM U. SEVERI
FAHNER HÖHE
THUR.-RAND-GEBIET
NORDHAUSEN
SONDERSHAUSEN
MÜHLHAUSEN
BAD LANGENSALZA
SÖMMERDA
ERFURT
IGA
WEIMAR
APOLDA
GOTHA
ARNSTADT
WARTBURG
BAD SULZA
KUR

Umschau



1

2

Hotel „Rossia“ in Moskau

Entwurf: Architektenkollektiv unter Leitung des Chefarchitekten D. N. Tschetschulin (Mosprojekt 1)
Konstruktion: H. D. Wischnewski

1 Außenansicht

2 Modellfoto

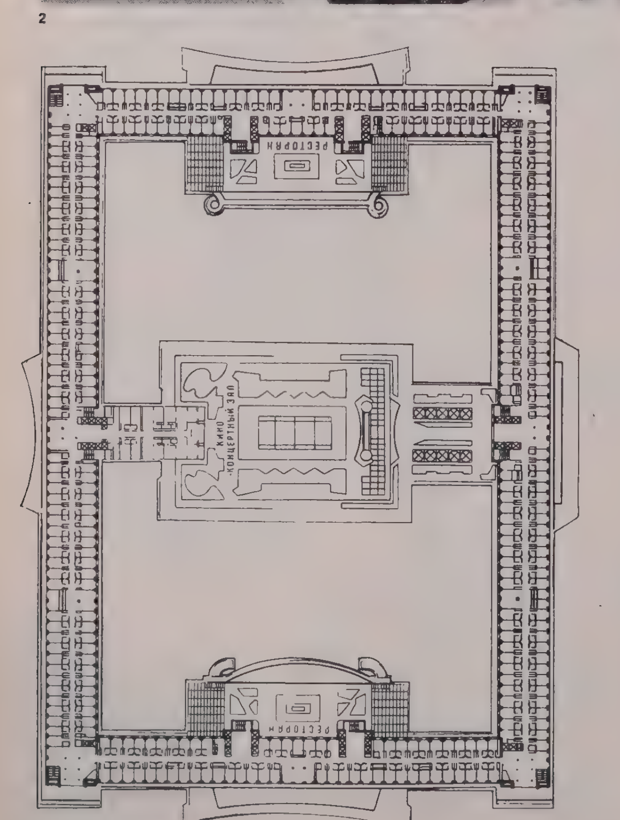
3 Haupteingang

4 Obergeschoß

5 | 6 Typen der Ein- und Zweibettzimmer



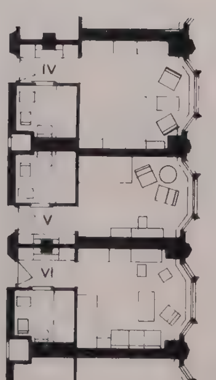
3



4



5



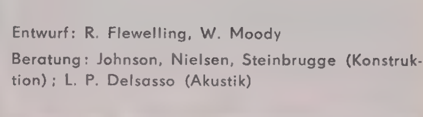
6

An der Stelle des alten Stadtteils Sariade an der Moskwa erhebt sich jetzt das größte europäische Hotel. Das Hotel in Form eines 13geschossigen, 256 m × 156 m großen Karrees mit einem 24geschossigen Hochhauskörper auf der Nordseite kann in 3182 Zimmern rund 6000 Personen aufnehmen. Das zum Fluß hin fallende Gelände wird durch ein hohes, vorspringendes Untergeschoß aufgenommen, in dem sich zwei Kinos, Garagen, Lager, Dienstleistungs- und technische Räume befinden.
Im Innenhof wurde ein Mehrzwecksaal mit 3000 Plätzen für Theater, Konzerte, Filmveranstaltungen, Bälle, Konferenzen und Sportveranstaltungen vorgesehen.
Rund 5000 Personen können im Hotel „Rossia“ gleichzeitig gastronomisch betreut werden: das ermöglichen vier Restaurants im Erd- und ersten Obergeschoß (je 920 Plätze), ein Turmrestaurant, ein Café, ein Imbißraum, eine Cafeteria und eine Konditorei.
Erd- und Untergeschoß wurden monolithisch ausgeführt; für die Obergeschosse kamen zweigeschoßhohe, H-förmige Rahmen zur Anwendung. Die durch vorspringende Erker vertikal gegliederte Leichtmetallfassade auf der Außenseite wurde in der DDR entwickelt und produziert. Mit Kacheln verkleidete Wandplatten bilden die Außenwand auf der Innenhofseite.
Geräumige Hallen mit Aluminium-Glas-Fassaden für ankommende Gäste befinden sich im Erdgeschoß des Ost- und Westflügels. Sie springen gegenüber der Hauptfassade um 16 m vor. Im Untergeschoß liegen die Hallen für abfahrende Gäste. Den vertikalen Verkehr sichern 93 Personen- und Lastenaufzüge sowie acht Rolltreppen.
Die etappenweise Ausführung wurde vom Baukombinat Mosstroi 4 als Generalauftragnehmer und einer Anzahl Spezialbetriebe übernommen. L. F.



1

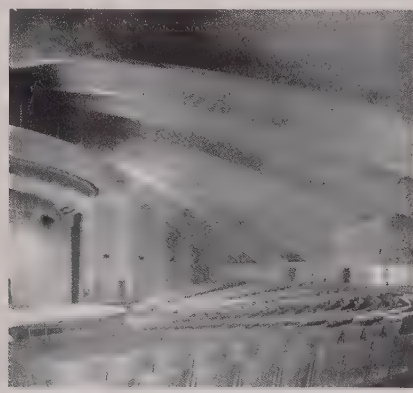
Konzertsaal in Culver City, USA



Entwurf: R. Flewelling, W. Moody

Beratung: Johnson, Nielsen, Steinbrugge (Konstruktion); L. P. Delsasso (Akustik)

2



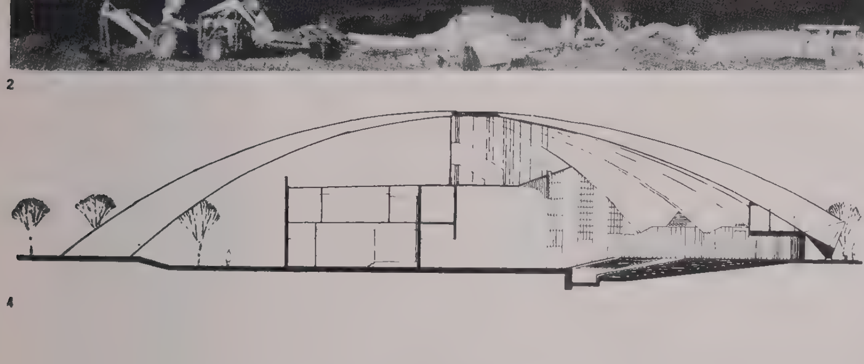
3

Auf einem 8000 m² großen, dreieckförmigen Baugelände sollte mit geringem finanziellem Aufwand ein akustisch einwandfreier Konzertsaal mit 1300 Sitzplätzen errichtet werden. Eine gewisse Bauhöhe – bedingt durch ein umliegendes Wohngebiet – durfte nicht überschritten werden.

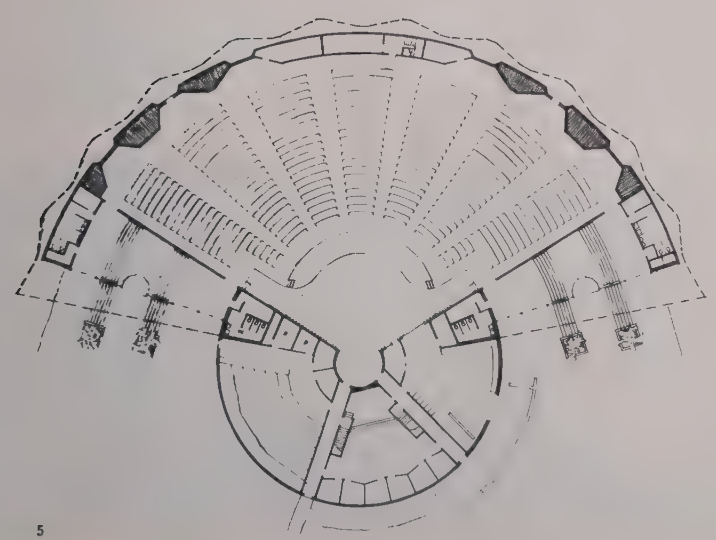
Die Konstruktion des ausgeführten Bauwerkes ist ebenso einfach wie originell: Gegen einen (zuerst errichteten) zentralen Strebebogen, der vertikale und horizontale Kräfte aufnimmt, wurden 11 konische Gewölbeschalen montiert. Die so entstandene Muschelform hat akustische Vorteile. Notwendige Nebenräume (Proberaum für Musik, Verwaltung, Kulisse) wurden in einem gesonderten Pavillon untergebracht. Durch dessen Einbau ging zwar die Harmonie der logischen Konstruktion verloren, innen behielt aber der Saal den Charakter einer Muschelform.

Die 10 cm starken konischen Gewölbeschalen wurden am Ort vorgefertigt, wobei eine Schale als Form der nächsten diente. Durch vorgespannte Zugstäbe sind die elf Fundamentblöcke mit dem Fundament des Strebebogens horizontal verbunden. L. F.

(Aus „Batir" Heft 154/1967)



4



5

1 Außenansicht des Konzertsaales

2 Aufnahme während der Fertigstellung

3 Innenraum

4 Schnitt

5 Erdgeschoß

1

Einkaufszentrum in Rodovre, Dänemark

Entwurf: Gunnar Krohn, E. Hartvig Rasmussen

2

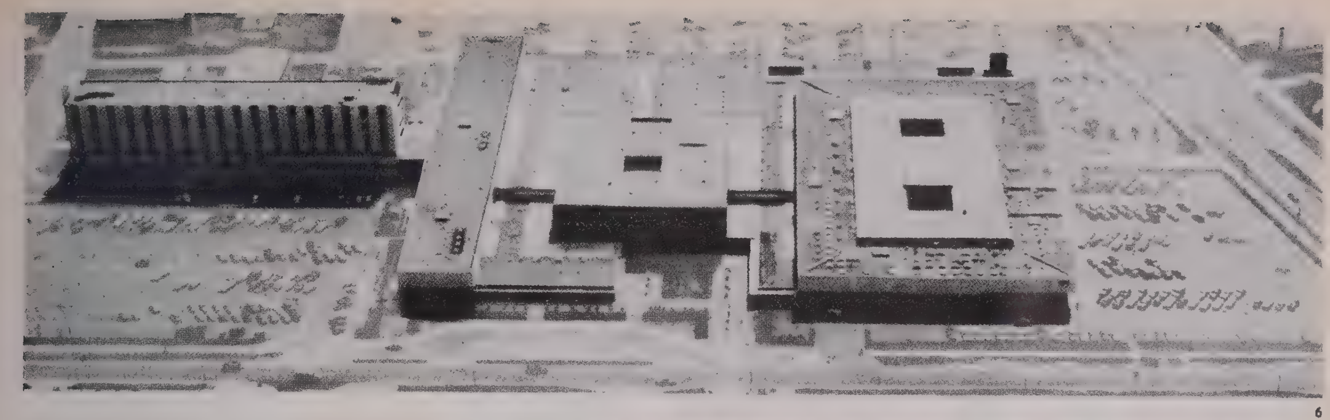
3

4

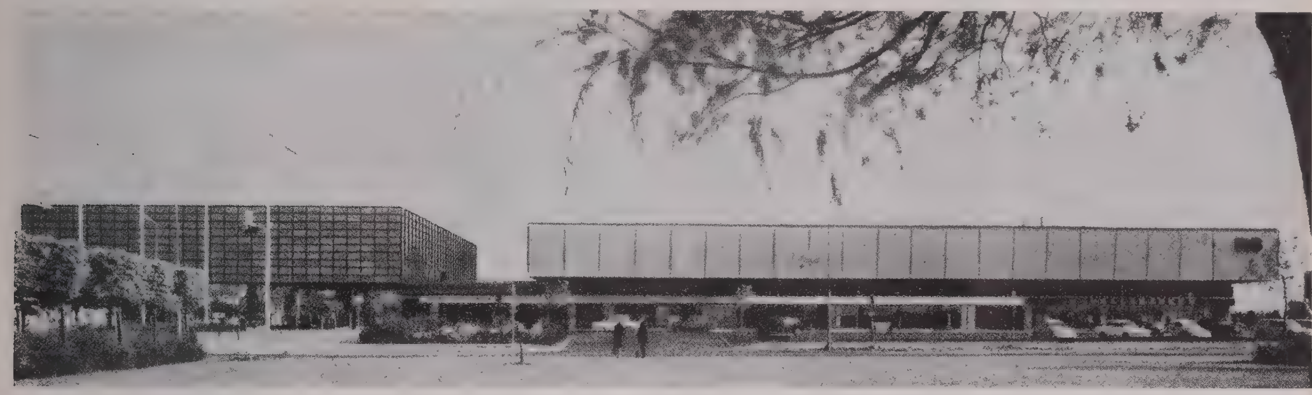
Rødovre Parkvej

Tårnvej

5



6



7

„Supermärkte" werden heute vielfach an der Peripherie der Städte errichtet. Das Einkaufszentrum von Rødovre aber liegt in der Nähe des Rathauses der Stadtgemeinde inmitten von Straßenanlagen, Parkplätzen und Grünanlagen. Die acht Eingänge stellen eine gute und unkomplizierte Verbindung zwischen den Parkplätzen (Gesamtkapazität 2000 Stellflächen) und dem internen Netz von Fußgängerstraßen her.

Um dieses Netz von gedeckten Fußgängerstraßen und -plätzen gruppieren sich die rund 70 Läden des Einkaufszentrums. 1 Warenhaus, 4 Selbstbedienungsläden und mehr als 60 Spezialgeschäfte und Dienstleistungseinrichtungen sichern dem Kunden eine allseitige Warenauswahl. Außerdem enthält das Zentrum sieben Restaurants (einschließlich Selbstbedienungsrestaurants), eine Kegelbahn, eine Spielautomatenhalle und eine Modellrennbahn. Spezialärzte, ein Postamt, ein beaufsichtigter Kinderspielplatz, geplante Jugendklubs und Hobbyräume für ältere Besucher sowie ein eingegliedertes Hotel vervollständigen das Bild eines allgemeinen Einkaufs- und Dienstleistungszentrums. Der potentielle Kundenkreis beträgt mehr als 120 000 Käufer.

L. F.

(Aus „Architektur" Heft 4/1967)

1 Blick vom großen Parkplatz auf das Einkaufszentrum und das Hotel (links)

2 Erdgeschoß 1 : 2000

3 1. Obergeschoß 1 : 2000

4 Lageplan 1 : 4000

5 Der größere der beiden Innenhöfe

6 Luftaufnahme
der Gesamtanlage einschließlich der Parkplätze

7 Ansicht von der Hauptverkehrsstraße

8 Schnitt 1 : 1200

9 Einer der Eingänge zu den Ladenpassagen

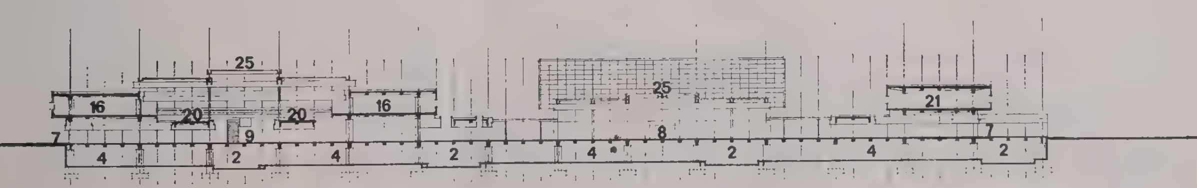
10 Ladenpassage

11 Der kleine Innenhof
wird von zweigeschossigen Läden begrenzt

Legende zu 2, 3 und 8

1 Rampe
2 Anlieferungsstraße
3 Lichthof
4 Lager
6 Haupteingang
7 Eingang zu den Ladenstraßen
8 Großer Innenhof
9 Kleiner Innenhof
10 Warenhaus mit Personalräumen im 3. Obergeschoß
11 Service, WC
12 Restaurant
13 Cafeteria
14 Teestube
15 Nahrungsmittel
16 Spezialläden
17 Restaurant mit Atriumterrasse
18 Bankettsaal
19 Küche
20 Atriumgarten
21 Büro
22 Kindertagesstätte
23 Entbindungsheim
24 Gymnastiksaal
25 Verschiebbares Glasdach

8



9

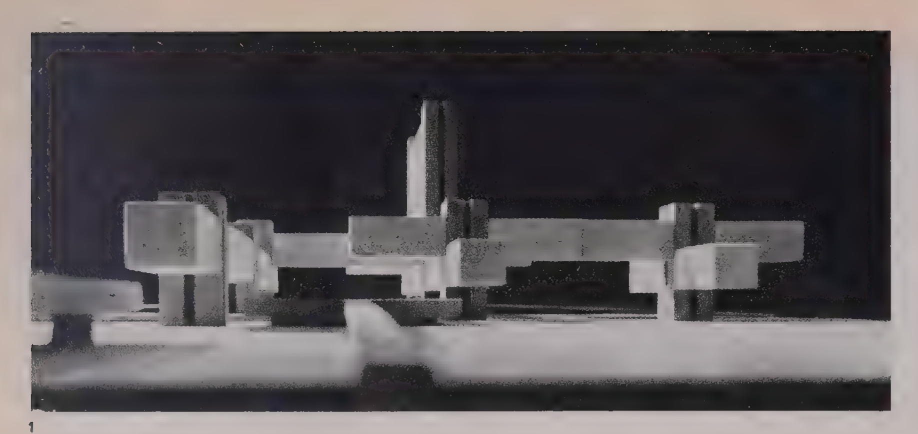


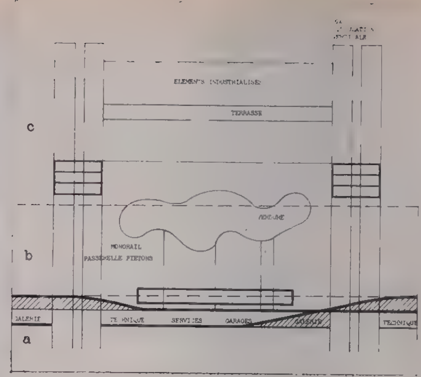
10



11







Verwaltungszentrum von L'Essone, Frankreich

Entwurf: Architektenbüro SETAP – BET
G. Lagneau, M. Weill, J. Dimitrijevic,
H. Coulomb und andere

Im Zentrum der neuen Stadt Evry soll auf einem 17 ha großen Gelände das Verwaltungszentrum des Bezirkes L'Essone gebaut werden. Die Architekten nahmen das Projekt zum Anlaß, allgemein die Probleme der Erweiterungsfähigkeit neuer Siedlungen mittels neuer räumlicher Strukturen zu klären.

Grundsätze und Ergebnisse dieser Untersuchung, die als Grundlage der weiteren technischen Bearbeitung dienen sollen, wurden nur schematisch und thesenhaft dargestellt.

Es werden drei Zonen unterschieden, denen bestimmte Funktionen und entsprechende geometrische Raster zugeordnet werden (siehe Abb. 1):

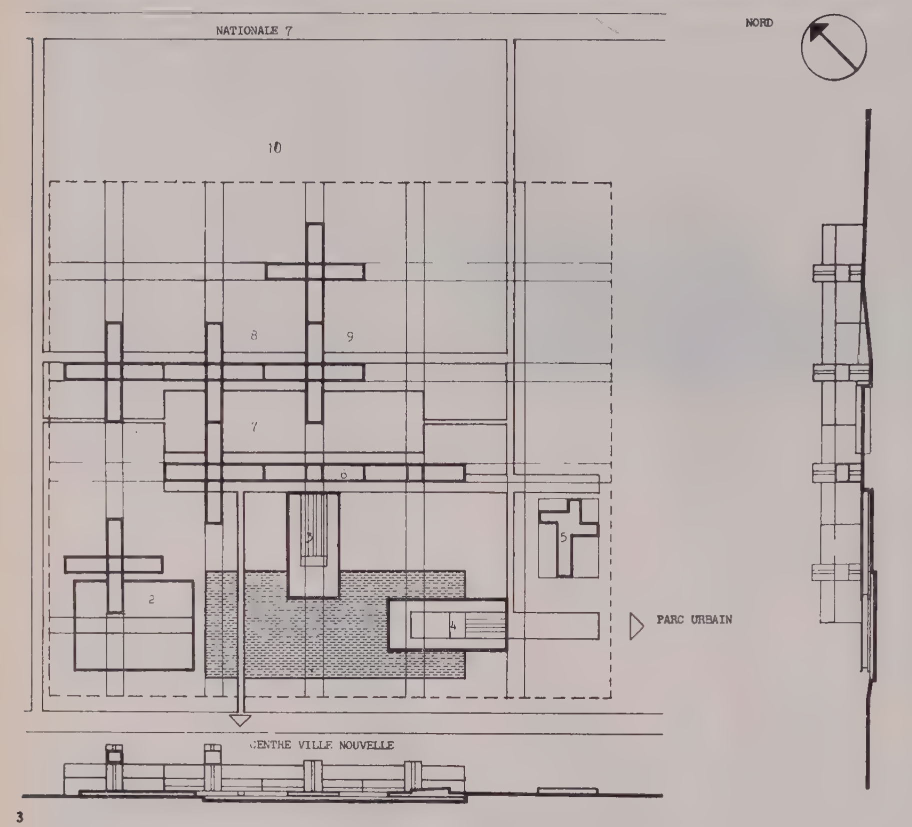
a Unterirdische Zone (technisch bestimmter Raster)

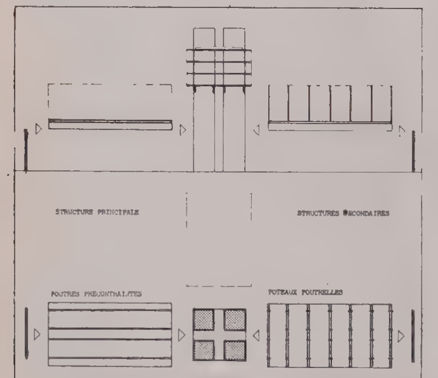
b Bodennahe Zone (Zone der Vegetation und des Verkehrs – integrierter Raster)

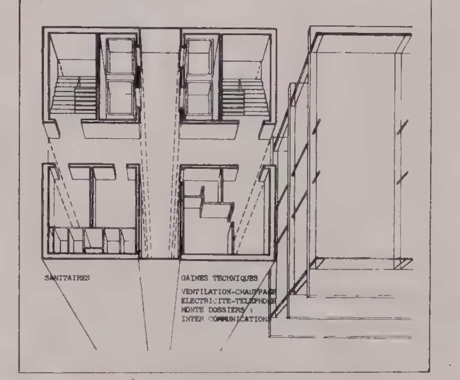
c Zone im Raum (künstlerisch gestaltete Umwelt, Zone des organisierten Lebens – räumlich orientierter Raster)

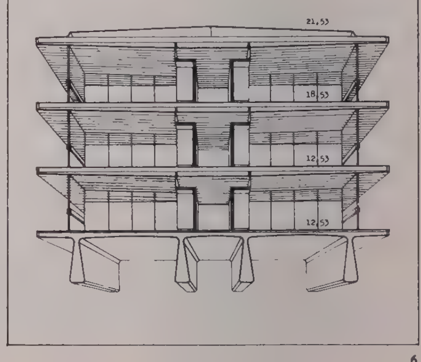
Grundelemente des konstruktiven Systems, das durchaus neue städtebaulich-räumliche Möglichkeiten erkennen läßt, sind vertikale Verkehrskerne und horizontale Raumelemente (Bürotrakte). Diese dreigeschossigen Bürotrakte werden prinzipiell oberhalb der Vegetationszone (ab + 12,0 m) angeordnet und können über eine eingeschossige Publikumshalle erreicht werden. Die niedrigen Bauten des Justizpalastes, der Präfektur und des Generalrates liegen an einem Wasserbassin. L. F.

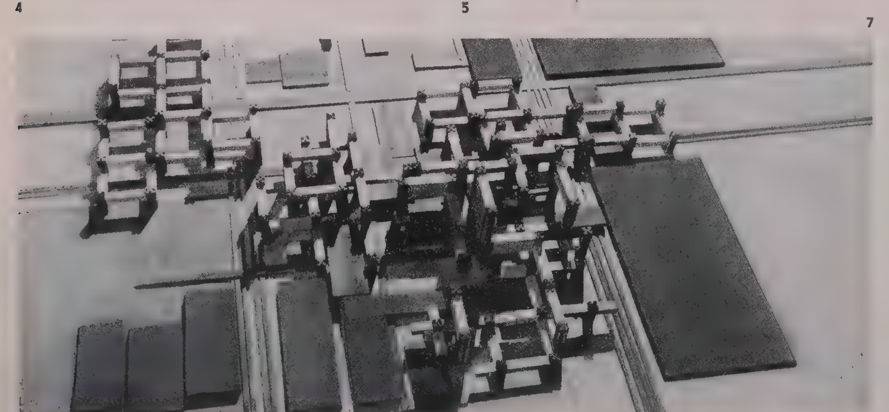
(Aus „technique et architecture" Heft 4/1967)











1 Modellfoto

2 Ausgangspunkt der Planung ist eine Zonenunterteilung

3 Lageplan 1 : 5000
1 Wasserbassin
2 Justizpalast
3 Kabinett
4 Generalrat
5 Residenz
6 Präfektur
7 Publikumshalle
8 Verwaltungsbereich
9 Dienstleistung
10 Parkplatz (2000 Pl.)

4 Grundelemente des konstruktiven Systems

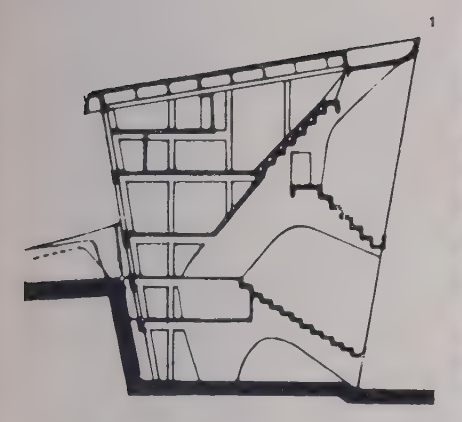
5 Vertikaler Kern mit Anschluß der horizontalen Elemente

6 Schnitt durch einen dreigeschossigen Bürotrakt

7 Die konstruktive Struktur des Verwaltungszentrums erlaubt eine allseitige Erweiterung

Kulturhaus der Jugend in Firminy, Frankreich

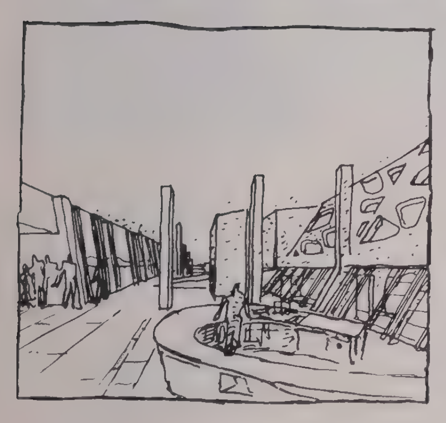
Entwurf: Le Corbusier



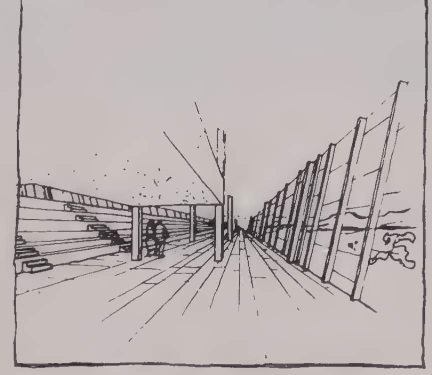
1



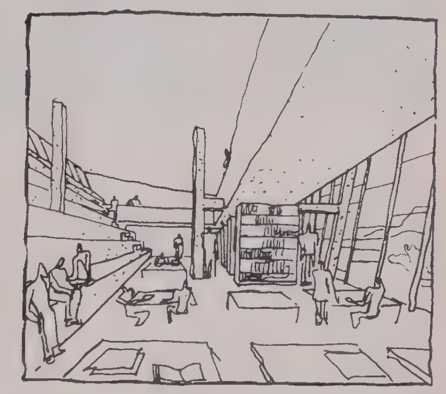
2



3



4



5

Ursprünglich war das Kulturhaus der Jugend als Teil eines Stadions für 10 000 Personen geplant. Le Corbusier hatte in seinem Projekt dafür die Rückseite der Tribünen vorgeschlagen. Um Bauland und Fundamente einzusparen, schlug Le Corbusier bei seinem ersten Projekt vor, die Rückseite der Tribünen als Kulturhaus auszubauen. Da aber der Bau des Kulturhauses einem anderen Ministerium unterstand als der des Stadions, wurde angewiesen, das Kulturhaus an einem anderen Platz des vorgesehenen Geländes zu bauen. Das erste Projekt bot überraschende räumliche Möglichkeiten für das Kulturhaus, und so behielt Le Corbusier wesentliche Elemente der ursprünglichen Lösung bei, auch die äußere Form des Gebäudes.
Die Bauarbeiten wurden 1961 begonnen. Aus dem nunmehr in Nutzung befindlichen Gebäude hat man eine gute Aussicht auf das Spielfeld. Angrenzend wurde außerdem ein Freilichttheater errichtet. Das Kulturhaus der Jugend in Firminy gehört zu den letzten Arbeiten Le Corbusiers L. F.

(Aus l'architecture d'aujourd'hui 129/1967)



6 7

1 Schnitt des ursprünglichen Projektes

2 Detail der Westfassade mit Treppenaufgang



Skizzen von Le Corbusier

3 Eingangshalle

4 Foyer

5 Bibliothek

6 Blick von Südosten

7 Blick von Südwesten

1

Wettbewerb Stadtzentrum Warna

Dipl.-Ing. Joachim Seifert
Dipl.-Ing. Helmut Stingl
VE Wohnungsbaukombinat Berlin
Betrieb Projektierung

Der Name Warna ist in den letzten Jahren zu einem Begriff für den internationalen Tourismus geworden. Ständig steigt die Anzahl der Feriengäste aus europäischen und außereuropäischen Ländern, die den nach der Befreiung Bulgariens angelegten und laufend erweiterten Kurort an der milden und sonnenreichen Schwarzmeerküste besuchen. Von geringerem Interesse hingegen dürfte für die Urlaubsreisenden die eigentliche Stadt Warna, die „Mutter" der in ihrer Nähe angesiedelten Badeorte „Druschba" und „Goldener Sand", sein.

Warna (das antike Odessos) hat in diesem Jahrhundert, besonders nach der Gründung der Volksrepublik, eine rasche Entwicklung durchgemacht und ist heute mit 180 000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Bulgariens. Bis 1980 soll die Stadt 320 000 Einwohner haben.

Zur Bedeutung der Stadt als Kurort kommt Warnas Rolle als Schwarzmeerhafen und Umschlagplatz, als wichtiges Industrie-, Verwaltungs- und Kulturzentrum des Bezirkes und des ganzen Landes.

Den daraus erwachsenden vielfältigen, ständig steigenden Anforderungen ist der im wesentlichen aus dem 19. Jahrhundert stammende Stadtkern nicht mehr gewachsen.

Dies veranlaßte den Rat der Stadt, am 1. Oktober 1965 einen internationalen Wettbewerb zur Erlangung von Ideenvorschlägen für die Rekonstruktion und großzügige Umgestaltung der Innenstadt nach modernsten stadtplanerischen Gesichtspunkten auszuschreiben.

Warna liegt in einer Bucht und an einem See gleichen Namens. Beide sind durch einen Kanal verbunden.

Fernverkehrsstraßen führen nach der 500 km entfernten Hauptstadt Sofia, nach Burgas und Nessebar im Süden sowie nach den Kurorten „Druschba", „Goldener Sand" und der Stadt Baltschik im Norden.

Direkte Eisenbahnverbindungen bestehen nach Sofia, Bukarest und anderen europäischen Hauptstädten.

Warna ist an das Inlandflugnetz angeschlossen und wird darüber hinaus während der Saison von zahlreichen europäischen Luftverkehrsgesellschaften angeflogen. Der Flughafen erhält in absehbarer Zeit ein neues Abfertigungsgebäude.

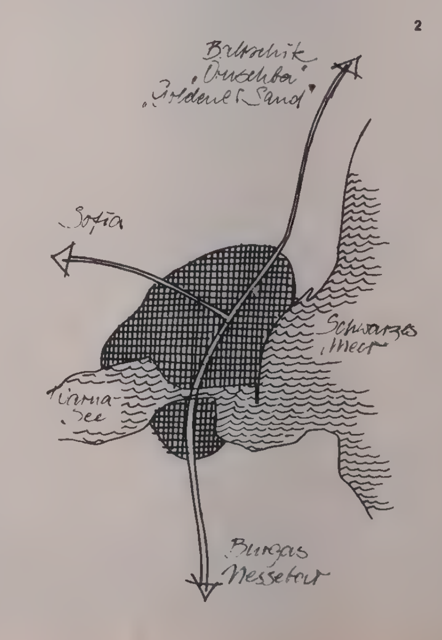
Der Hafen dient sowohl der bedeutenden Handels- als auch der Fahrgastschiffahrt. In den nächsten Jahren wird ein neuer „Meeresbahnhof", der ausschließlich der Personenbeförderung dient, errichtet.

1 Luftbild

2 Situationsskizze

3 Plan von Warna
(Die Konturen zeigen das Wettbewerbsgebiet)

2



Inhalt und Umfang der Wettbewerbsausschreibung

Von den Teilnehmern war eine Konzeption zur Umgestaltung des zentralen Teils der Stadt Warna nach folgenden Hauptgesichtspunkten zu erarbeiten:

- Neuordnung der Struktur der Kernstadt (Abgrenzung und räumliche Fassung der städtischen Hauptfunktionsbereiche)
- Einbeziehung kulturhistorisch und denkmalpflegerisch wertvoller Bauten oder Gebiete (z. B. archäologische Ausgrabungen)
- Stufenweise Realisierbarkeit der Baumaßnahmen unter Berücksichtigung der erhaltenswerten Substanz
- Umgestaltung des Verkehrsnetzes entsprechend der strukturellen Gliederung der Stadt
- Anlage großzügiger Grünflächen in Verbindung mit Wohngebieten und zentralen Einrichtungen

Im einzelnen waren im abgegrenzten Wettbewerbsgebiet (siehe Stadtplan) folgende Objekte zu konzipieren:

40 000 Wohnungen mit Wohngebietszentren und allen erforderlichen Folgeeinrichtungen

Bauten der Gesellschaft: Haus der Kommunistischen Partei mit Festsaal, Haus des Stadtsowjets (Rathaus), Haus der Gewerkschaften, Haus der Lehrer, Haus der Jugend und verschiedene Bauten der Verwaltung und Bildung

Bauten der Kultur: Opernhaus, Konzertsaal, Bibliothek, Museum, Filmtheater, Puppentheater, Kabarett

Bauten des Handels und der Versorgung: zentrales Warenhaus, Läden und Dienstleistungseinrichtungen aller Art

Hotels verschiedener Größen, Restaurants, Bars

Bauten des ruhenden Verkehrs

Jury, Teilnehmer, Preisträger

Zur Bewertung der eingegangenen Arbeiten hatte sich eine Jury aus namhaften bulgarischen und ausländischen Fachleuten sowie örtlichen Vertretern des gesellschaftlichen Lebens konstituiert.

Mitglieder waren unter anderen:

Jean Baladur, Frankreich, Repräsentant der UIA
Sergei Speranski, UdSSR,
Sekretär des Sowjetischen Architektenverbandes
Professor Jakob Bakema, Niederlande
Tadeusz Ptaszycki, Volksrepublik Polen,
Präsident des Polnischen Architektenverbandes
Professor Peter Taschew, Volksrepublik Bulgarien,
Chefarchitekt von Sofia

Als Ersatzpreisrichter fungierte unter anderen Dipl.-Ing. Hans Gericke aus der DDR.

Von etwa 400 gemeldeten Teilnehmern sendeten schließlich 65 Kollektive aus allen sozialistischen und zahlreichen westeuropäischen Ländern, aus Japan und den USA ihre Arbeiten ein. Die verhältnismäßig geringe Anzahl der Einsendungen dürfte vor allem auf die Schwierigkeiten der örtlichen Situation zurückzuführen sein.

Die Jury entschied im Dezember 1966 über den Ausgang des Wettbewerbes und verlieh folgende Auszeichnungen:

Drei 1. Preise an

Kollektiv Professor Indrich Krisé,
Technische Hochschule Prag
Kollektiv Helmut Stingl, VEB Berlin-Projekt
Kollektiv Dimiter Ganew, Glawprojekt Sofia

Drei 1. Ankäufe an

Kollektiv Gladstein, Leningrad
Kollektiv Pouet, Frankreich
Kollektiv Charuet, Frankreich

Sechs weitere Ankäufe wurden an bulgarische, tschechoslowakische und westdeutsche Architekten vergeben.

Zusammenfassende Einschätzung des Gesamtergebnisses

Im wesentlichen wurden zwei Linien der Bebauung vorgeschlagen:

- Verwirklichung neuer städtebaulicher Vorstellungen unter völliger oder weitgehender Ignorierung der vorhandenen Substanz im Stadtkern
- Städtebauliche Erneuerung und Rekonstruktion bei Erhaltung großer Teile des Bestandes

In der Realisierung wird die zweite Richtung bevorzugt werden, da sie den einzig möglichen Weg zeigt, eine lebendige Stadt in jeder Phase der Umgestaltung funktionstüchtig zu erhalten.

Vorhandene einzubindende Bebauung wird bei durchdachter Planung nicht Hemmnis, sondern vielmehr Anreiz für den Architekten sein.

Die Vorstellungen über die funktionelle Struktur der Stadt teilten sich ebenfalls.

Einerseits wurde eine Aufteilung in Hauptbereiche vorgeschlagen (Zonen für Bauten der Gesellschaft und Verwaltung, des Handels und der Versorgung, der Kultur und Bildung), zum anderen eine Konzentration aller wesentlichen städtischen Funktionen in einem kompakten Zentrum angestrebt.

Gesichtspunkte der modernen Verkehrsplanung, auch hinsichtlich der Spezifik der Stadt Warna, wurden von vielen Teilnehmern beachtet (Trennung von Fußgänger- und Fahrverkehr im Zentrum, Klassifizierung des Straßennetzes, Touristenverkehr als Ziel- oder Durchgangsverkehr nach den Kurorten).

Gegenwärtig wird vom Auslober unter Verwendung von Teillösungen der prämiierten Arbeiten ein Bebauungsplan ausgearbeitet, in den die vielfältigen Ideen zur funktionellen, städtebaulichen und räumlichen Neuordnung der Stadt einfließen sollen.

3





Ein 1. Preis

Verfasser: Dipl.-Ing. Helmut Stingl
Dipl.-Arch. Herbert Jünger
Dipl.-Ing. Joachim Seifert
Gartenarchitekt Eberhard Horn
Dipl.-Ing. Herbert Schulze
unter Mitarbeit von Teilkonstrukteur Dorit Jaeger
VEB Berlin Projekt

4 Modellaufnahme

5 Lageplan

6 | 7 Perspektiven

Die Autoren hatten sich nach gründlichem Studium der Gegebenheiten an Ort und Stelle folgende Aufgaben für die Bearbeitung gestellt:

- Räumliche und funktionelle Neuordnung des Stadtzentrums unter Berücksichtigung der historischen Stadtstruktur – Gliederung in Funktionsbereiche und überschaubare städtebauliche Einheiten
- Umgestaltung des Zentrums in einzelnen Bauphasen entsprechend den jeweiligen Anforderungen
- Bildung einer markanten Stadtsilhouette zum Meer – Akzentuierung der gesellschaftlichen Schwerpunkte
- Integration von Grünflächen und öffentlichem Raum
- Umgestaltung und zweckmäßige Klassifizierung des Verkehrsnetzes
- Wirtschaftlichkeit der Bebauung

Die Verfasser waren bestrebt, sich exakt an die vorgegebenen Kubaturen und Richtwerte zu halten und in hohem Maße vorhandene Substanz einzubeziehen, da dies ihren Vorstellungen von der weitgehenden Realisierbarkeit eines Planvorschlages entspricht.
Aus diesem Grunde wurde auch zusätzlich ein Bauphasenplan erarbeitet und abgeliefert.

Erläuterungen zum Entwurf

Städtebauliche Planung

Die vorhandenen, historisch gewachsenen Schwerpunkte werden prinzipiell als für die weitere Entwicklung gültig anerkannt. Die Gliederung der Kernstadt in Hauptfunktionsbereiche wird deshalb darauf aufgebaut.
Die repräsentativen Bauten der Gesellschaft und Verwaltung konzentrieren sich um bereits vorhandene Einrichtungen dieses Charakters (z. B. Rathaus) am Platz des 9. September und am Platz Kommune von Warna (dem Standort der Kathedrale) und beziehen diese in die neuen Erlebnisräume ein.
Das Haus der Kommunistischen Partei Bulgariens mit Kongreßsaal, das Haus der Gewerkschaften und das neue Gebäude des Rates der Stadt bilden ein zusammenhängendes Ensemble. Diese markante Gruppe akzentuiert den Zugang zum zentralen Bezirk aus Richtung Sofia und Burgas.
Die neugeschaffene, städtebaulich besonders betonte Verbindung vom Bahnhof mündet ebenfalls im Bereich dieser Gebäude auf dem Vorplatz des neuen Rathauses. Dieser Punkt ist zugleich Gelenk

4

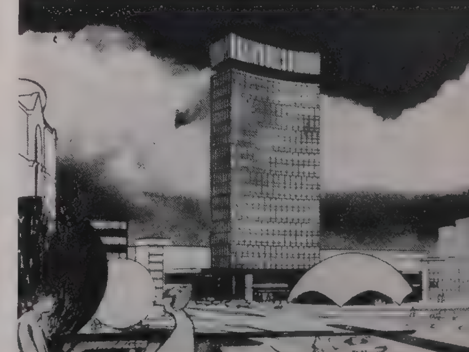
5



6



7



8 Skizze der städtebaulichen Raumfolge (Haupterlebnisbereich)

Der historisch gewachsene Weg im Zentrum, der Boulevard Lenin, wird durch das Einfügen von neuen Funktionen und die Herausnahme des Verkehrs zum Haupterlebnisbereich. Eine dem Fußgänger gemäße räumliche Vielfalt nimmt die städtebaulichen Gegebenheiten auf und erweitert sie sinnvoll durch neue Beziehungen untereinander und zu den angrenzenden Wohngebieten

A Bereich der Verwaltung (mit den vorhandenen Plätzen „9. September" und „Warnenska Kommuna")

B Neuer Rathausplatz und Zugang zum Geschäftszentrum am Boulevard Lenin und zur neuen Fußgängerverbindung zum Bahnhof im Süden

C Bereich der Kultur und Erholung (mit Theaterplatz und Zugang zum Meer)

9 Plan des Verkehrsnetzes

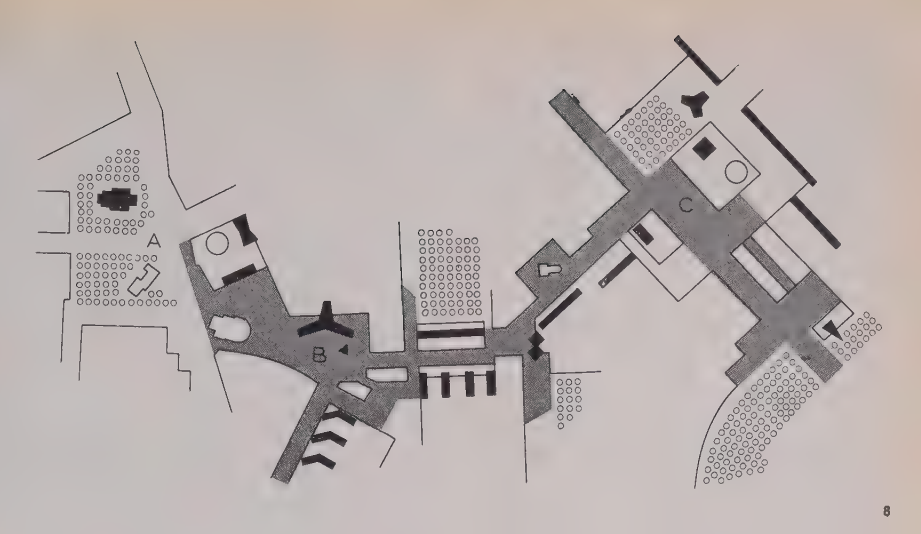
10 Plan der Funktionen

Wohngebietszentren

Verwaltung

Kultur und Erholung

Handel und Versorgung



8

zum anschließenden Geschäfts- und Einkaufszentrum.
Die historisch gewachsene Geschäftsstraße, der Boulevard Lenin, wird als Kern der Zone des Handels und der Versorgung ausgebaut.
Im gesamten Gebiet wird ein verkehrsfreier Fußgängerbereich gebildet. Der ruhende und der Fahrverkehr tangieren (Parkplätze, Parkgaragen).
Ein zentrales Warenhaus, Kaufhäuser, Läden aller Größen, Gaststätten, ein Kino, Hotels, Büro- und Wohngebäude machen den Boulevard zum Hauptanziehungspunkt der Einwohner und Besucher Warnas. Der gegenwärtig vorhandene Erlebnisbereich wird durch vielfältige Gliederung der Bebauung, Erweiterungen des Straßenraumes, organische Verbindungen zu den angrenzenden Wohngebieten, Passagen, Innenhöfen und Fußgängerbrücken wesentlich aufgewertet.
Ein etappenweiser Ausbau verhindert größere Beeinträchtigungen des Geschäftslebens.
Die kulturellen Einrichtungen werden im Bereich des Boulevard G. Dimitroff konzentriert. Er verläuft rechtwinklig zum Boulevard Lenin und bildet den Zugang von der Innenstadt zum Meer.
Ein Ensemble für Oper und Konzert bildet den wichtigen Raumabschluß des Boulevard Lenin. Eine Bibliothek mit turmförmigem Bücherspeicher und das Museum der Bildenden Kunst (in Verbindung mit einem kleinen Park) gehören zu den Bauten mit repräsentativem Charakter. Der südliche Teil der Promenade zum Strand ist Einrichtungen der Gastronomie und des Vergnügens vorbehalten (Marionettentheater, Kabarett, Tanz, Kino, Bars u. ä.). Fußgängerbrücken führen über die Uferstraße zum Haus der Jugend als wichtigstem städtebaulichem Akzent in diesem Bereich entsprechend der bevorzugten Lage am Meer.
Die Wohngebiete im Wettbewerbsgebiet bilden zusammenhängende Flächen um den Stadtkern.
Durch entsprechende Einordnung der Bebauung soll die topographische Situation der Stadt betont und gesteigert werden.
Es werden abgeschlossene Bereiche des Wohnens in Verbindung mit zentralen Grünzügen und gesellschaftlichen Einrichtungen gebildet.
Die Zentren der Wohngebiete setzen städtebauliche Akzente in entsprechender Relation zum Massenaufbau des Zentrums.

Flächen mit vorwiegend guter Substanz wurden aus der Bearbeitung ausgeschlos-

9



10



sen und ihre Neubebauung als Perspektivmaßnahmen bilanziert.
Gegenüber den in der Ausschreibung geforderten 40 000 Einwohnern im Wettbewerbsgebiet wurde unter Beibehaltung der geforderten 22 m^2 Bruttogeschoßfläche/Einwohner eine Bruttoeinwohnerdichte von 315 EW/ha, das sind rund 47 000 Einwohner, erreicht.

Verkehrsplanung

Das innerstädtische Verkehrsnetz wird neu geordnet und unter Berücksichtigung der drei Komponenten fließender Verkehr, ruhender Verkehr und öffentlicher Massenverkehr klassifiziert.
Der Boulevard D. Blagoew im Norden des Zentrums und die Uferstraße werden wichtigste innerstädtische Hauptstraßen mit Anbindungen nach Burgas und nach Baltschik und den Kurorten „Druschba" und „Goldener Sand". Gleichen Rang erhält die Karl-Marx-Straße als Ausfallstraße nach Sofia (und zum Flughafen), die als neuzuschaffender Straßendurchbruch im Süden auf den Bahnhofsvorplatz und die Uferstraße mündet.
Das so geschaffene System dient einer raschen Orientierung der Ankommenden und Durchreisenden in der Stadt. Die vorgeschlagene Lösung fügt sich der Absicht der örtlichen Behörden ein, im Norden Warnas eine Umgehungsstraße für den Fernverkehr anzulegen. Das innerstädtische Netz der Hauptstraßen soll vor allem dem Ziel- und Quellverkehr dienen.
Das konsequent vom Fahrverkehr befreite Einkaufs- und Vergnügungszentrum wird durch Tangenten erschlossen.
Parkplätze und Großgaragen konzentrieren sich vor allem in der Nähe des Zentrums, im Zuge der genannten Tangenten und an den Nahtstellen zu den Wohngebieten. Dadurch ist eine wechselseitige Auslastung möglich. Die geforderten Stellflächen in den Wohngebieten werden voll ausgewiesen.
Auch das Straßennetz ist stufenweise auszubauen.
Der öffentliche Nahverkehr (Bus) tangiert das Zentrum und erschließt die gesamte Kernstadt. Der zentrale Busbahnhof an der Kathedrale ist Haltepunkt der Fernbuslinien. Er liegt zentrumsnah und ist in das Netz der Hauptverkehrsstraßen gut eingeordnet.

Grünplanung

Die Grüngestaltung trägt im Zentrumsbereich repräsentativen Charakter.
Grünverbindungen mit Fußgängerbereichen und gesellschaftlichen Einrichtungen gliedern die Wohngebiete.
Wichtiger Bestandteil des Grünnetzes sind breite Baumstreifen entlang den Verkehrsstraßen.
Die bedeutendste Grünfläche bilden die vorhandenen Parkanlagen an der Küste mit ihren zahlreichen Einrichtungen der Erholung und Kultur.

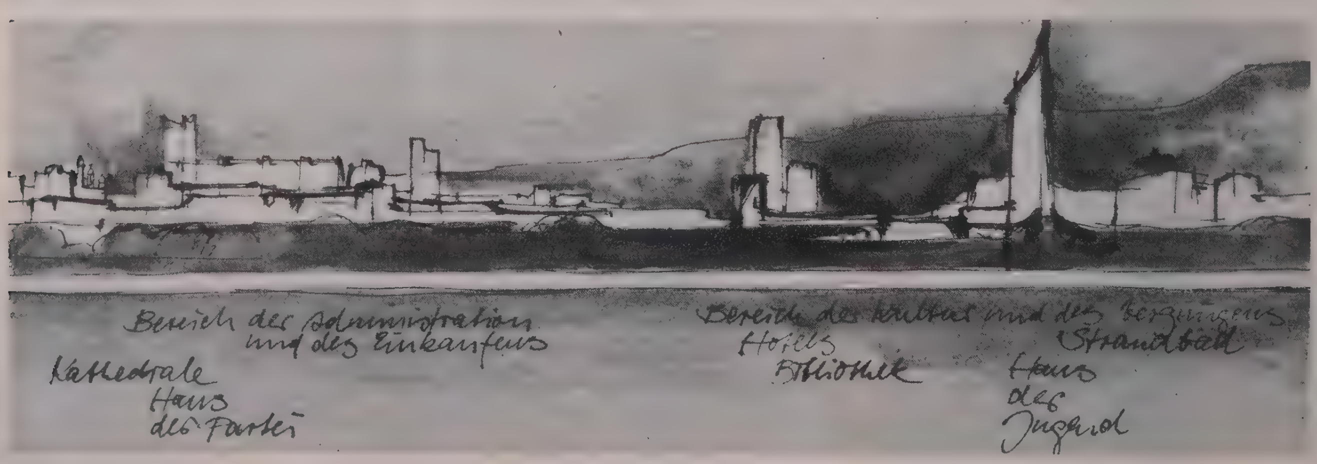


11 Modellaufnahme des Haupterlebnisbereiches

Begründung des Preisgerichtes

Die Verfasser haben es verstanden, unter Wahrung der historisch gewachsenen Struktur der Stadt eine moderne Konzeption für die Umgestaltung des Stadtzentrums zu entwickeln, wobei das Verkehrssystem gut differenziert ist und die Hauptfunktionen in Zonen aufgegliedert sind.
Das gesellschaftliche Zentrum hat jedoch keine Beziehung zum Hafen, während seine Beziehungen zur Touristen- und Industriezone wie auch zum Bahnhof gut sind.
Die Hauptfunktionsbereiche sind richtig und übersichtlich angelegt: Das Verwaltungszentrum um den Platz 9. September und die Kathedrale, das Handelszentrum um den Boulevard Lenin und das kulturelle Zentrum am Boulevard G. Dimitroff, der den Zugang zum Meer bildet. Auf diese Weise wird die Tradition der Stadt gewahrt. Die Mikrostruktur berücksichtigt die vorhandene Bebauung, wobei alle erforderlichen Verbesserungen zur Versorgung der Bevölkerung vorgesehen sind. Die Wechselbeziehungen zwischen der Struktur der Wohngebiete und der allgemeinen Struktur des Stadtzentrums sind gut.
Die Karl-Marx-Straße teilt das Verwaltungszentrum ungünstig, was ernsthafte Störungen des Fußgängerverkehrs mit sich bringt. Ihre Weiterführung als Durchbruch zur besseren Verbindung mit dem Bahnhof ist zwar ein annehmbarer Vorschlag, würde aber eine ungünstige Straßenkreuzung des Boulevard D. Blagoew mit der Eingangsmagistrale nach sich ziehen.
Als wichtigste Magistrale für den Verkehr nach Burgas – „Goldener Sand" wird der Boulevard D. Blagoew vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird nicht als günstig angesehen. Die Parkmöglichkeiten sind sehr gut organisiert und von ausreichender Kapazität.
Die Verfasser haben alle interessanten Gegebenheiten genutzt, die entweder als Grundlage benutzt oder als Elemente zu einem einheitlichen Ganzen verbunden wurden. Der Entwurf bietet eine reale Grundlage für einen etappenweisen Aufbau des Zentrums, wobei jede realisierte Etappe voll funktionstüchtig ist. Trotz seiner großen Qualitäten weist der Entwurf jedoch an einer Reihe von Stellen eine übermäßige Verdichtung auf.

12 Stadtsilhouette





Ein 1. Preis

Entwurf Kollektiv Professor Indrich Krise, ČSSR

Begründung des Preisgerichtes

Die Verfasser haben es verstanden, die Hauptverkehrsadern, die das Zentrum Warnas auf die Touristen- und Geschäftszonen und den Hafen orientieren, für eine neue Stadtstruktur zu nutzen. Es ist ihnen gelungen, die Dualität der Funktionen im Zentrum aufzuheben und die Funktionen an der Hauptradiale zu konzentrieren, die den Hafen mit dem Geschäftsbereich verbindet. An diese Radiale wurde auch das Zentrum der Stadt gelegt.

Die Verfasser sehen eine zügige Verkehrserschließung des Versorgungs- und Verwaltungsbereiches vor. Die Kultur- und Wohnfunktionen sind eindeutig vom pulsierenden Leben im Zentrum getrennt und mit den ruhigen Zonen (Parks und Grünanlagen) verbunden. Die Zonen mit großer Versorgungs- und Wohndichte haben eine gute Verbindung mit dem Hauptstraßennetz und den Parkplätzen. Die Führung der Trasse, die das Zentrum tangiert, ist gerade und zügig. Die weiträumigen Grünflächen sind durch Blicköffnungen einbezogen. Der plastische Charakter des Verwaltungszentrums entspricht jedoch nicht der Bedeutung, die die öffentlichen Gebäude bei ihrem Standort in der Stadt haben.

Im Entwurf werden die theoretischen Prinzipien bei der Lösung der besonderen Schwierigkeiten und bei der Konzentrierung der Hauptfunktionen entsprechend der Ortslage Warnas richtig angewandt und Möglichkeiten aufgezeigt, wie die bestehende Stadtstruktur entsprechend den künftigen Bedürfnissen etappenweise umgestaltet werden kann.





Ein 1. Preis

Entwurf Kollektiv Dimiter Ganew, Volksrepublik Bulgarien

Begründung des Preisgerichtes

Das von den Verfassern vorgeschlagene Kommunikationsschema löst zwar Probleme, die mit den verschiedensten Aspekten der Versorgung der Stadt verbunden sind, ist jedoch wegen der Problematik, die die Trassenführung entlang der Küste der Bucht an den Kurortkomplexen vorbei in Richtung Burgas mit sich bringt, wie auch wegen der Schwierigkeiten der technischen Durchführung zu diskutieren.

Die Verfasser bieten in ihrem Entwurf eine reiche Komposition von Komplexen öffentlicher Gebäude, ein Handelsnetz, Grünflächen und einen zum Meer geöffneten Freiraum. Die Topographie ist besonders im südwestlichen Teil des Zentrums gut ausgenutzt. Die Grünanlagen sind in das allgemeine Grünanlagensystem der Stadt eingebunden. Die Fußgängerverbindungen zwischen den einzelnen Teilen des Zentrums sind mit Plätzen, Geschäften und Grün bereichert.

Für die Rekonstruktion des nordöstlichen Teiles der Stadt wird ein guter Vorschlag unterbreitet, der jedoch einen zu umfangreichen Abriß gut erhaltener Gebäude vorsieht.

Das klar gegliederte Hauptstraßennetz bildet die Grundlage der Struktur des Zentrums, das unter Vornahme plastischer Veränderungen die Touristik-, Hotel-, Handels- und Verwaltungszone zu einem Ganzen verbindet und dabei auch Wohngebiete einbezieht.

Für die Hauptgebäude, die den Charakter der Stadt prägen, sind etwas ungewöhnliche Formen vorgeschlagen, ihr plastischer Aufbau ist jedoch interessant und drückt eine erwünschte Dynamik aus. Es müssen Möglichkeiten zur Realisierung gefunden werden.

Das Geschäftszentrum erfordert mit dem nicht vorgesehenen Umfang der öffentlichen Einrichtungen, die den Platz des „Meeresbahnhofs" einnehmen, eine zusätzliche Untersuchung hinsichtlich der Möglichkeiten seiner Realisierung.

Die Gesamtkomposition bietet vom Meer her gesehen eine eindrucksvolle Silhouette.



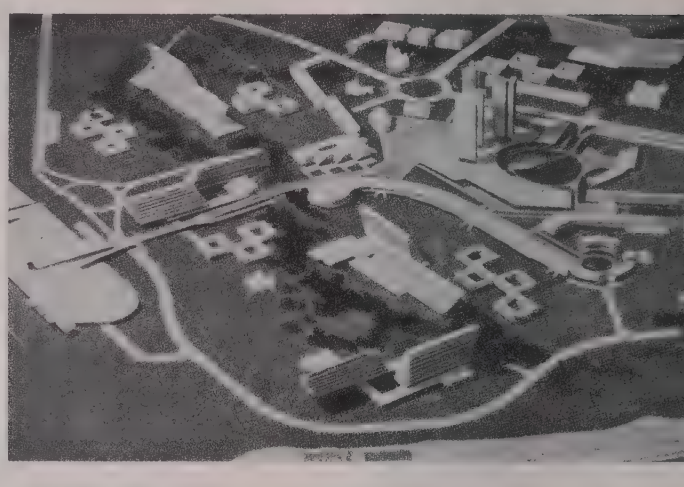
Ein 1. Ankauf

Entwurf Kollektiv Grigori Gladstein, Sowjetunion



Ein Ankauf

Entwurf Kollektiv Kostadin Jaramow, Volksrepublik Bulgarien



Ein 1. Ankauf

Entwurf Kollektiv Henri Pouet, Frankreich



Ein Ankauf

Entwurf Kollektiv Wichler Wlastimil, ČSSR



Ein 1. Ankauf

Entwurf Kollektiv Jean Charuet, Frankreich



Nicht prämiiert

Entwurf Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur



Kleine Bibliographie zum Thema „Stadtplanung"

...
Instrukcija po sostavleniju proektov planirovki i zastrojki gorodov
(Instruktionen zur Ausarbeitung von Projekten für die Planung und Bebauung von Städten)
SN 345–66 (Bau-Norm), Moskva 1966, 37 S.

...
Gorod i prigorodnaja zona
(Stadt und Stadtrandzone)
Izdatel'stvo „Budivel'nik", Kiev 1967, 86 Seiten

...
Matematičeskie metody v gradostroitel'stve
(Mathematische Methoden im Städtebau)
Izdatel'stvo „Budivel'nik", Kiev 1966, 94 Seiten

...
Voprosy planirovki gorodov
(Fragen der Stadtplanung)
Izdatel'stvo „Budivel'nik", Kiev 1967, 79 Seiten

Faragó, K.
A társadalmi fejlödeŝ hatása városszerkezetre
(Der Einfluß der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Stadtstruktur)
Településtudomanyi közlemények, Budapest **o. Jg.** (1966) Nov., S. 47 bis 52

Zaremba, P.
Problemy przyszlošci miast dužych
(Entwicklungsprobleme der Gebiete großer Städte)
Praca Wydana z zasilku Polskiej Akademii Nauk, Poznan 1967

Dziewonski, K.
Baza ekonomiczna struktura funkcjonalna miast
(Ökonomische Grundlagen und Funktionsstruktur der Stadt)
Panstwowe wydawnictwo naukowe, Warszawa 1967

Mikos, J.; Stobiecki, J.
Próba zastosowania metody sieciowej do miejscowego planowania szczegótowego miast i osiedli
(Versuch einer Anwendung der Netzwerkmethode auf die ausführliche örtliche Planung von Städten und Siedlungen)
miasto, Warszawa **18** (1967) 10, S. 11 bis 15

Zalčik, T.
Problémy štrukturálneho charaktera niektorých miest na Slovensku
(Probleme des Strukturcharakters einiger Städte in der Slowakei)
Architektúra a urbanizmus, Bratislava **1** (1967) 1/2, S. 53 bis 74

Meier, C.
Ein Modell für die Vorbereitung der Bauleitplanung
Bauwelt, Westberlin **59** (1968) 12/13, S. 1298 bis 1304
= Stadtbauwelt 17

Iosif, A.
Orasul – reprezentant al ...
(Die Stadt – Repräsentant der Gesellschaft und der Zivilisation)
arhitectura, Bucuresti **15** (1967) 4, S. 26 bis 28

Rouge, M. F.
Specificité de l'urbanisme
(Die Besonderheit des Städtebaus)
Urbanisme, Paris **36** (1967) 98, S. 8 bis 14

...
Planirovocnaja struktura i centry gorodov
(Planungsstruktur und Stadtzentren)
Izdatel'stvo „Budivel'nik", Kiev 1967, 61 Seiten

McGovern, P. D.
Social Facilities in New and Expanded Towns
(Gesellschaftliche Einrichtungen in neuen und erweiterten Städten)
Town and Country Planning, London **35** (1967) 8/9, S. 395 bis 397

Wittick, A.
The Plan for Irvine
(Der Plan für Irvine)
Town and Country Planning, London **35** (1967) 10, S. 449 bis 456

Piela, T.
Planowanie ṡródmiesé
(Zentrumsplanung)
miasto, Warszawa **18** (1967) 8/9, S. 10 bis 16

...
Les fonctions du centre urbain. Paris. Le quartier des Halles
(Die Funktionen des Stadtzentrums. Paris. Das Stadtviertel Halles)
La vie urbaine, Paris **o. Jg.** (1967) 2, S. 151 und 152

Breit, R.
Die Vielfalt städtebaulicher Gestaltungsmöglichkeiten. Der internationale städtebauliche Ideenwettbewerb Bratislava–Petržalka
der aufbau, Wien **22** (1967) 9/10, S. 388 bis 399

Dheus, E.
Städtestatistik – Stadtgestaltung – Stadtentwicklung
Der Städtetag, Stuttgart **20** (1967) 12, S. 660 bis 663

Holley, M.
Technologie des hautes densités
(Technologie der hohen Dichten)
Urbanisme, Paris **36** (1967) 98, S. 21 bis 31

Lewiński, S.
Przetwarzanie danych w zastosowanin ...
(Datenverarbeitung, angewendet auf die Stadtplanung)
miasto, Warszawa **18** (1967) 8/9, S. 21 bis 27

Isotov, A.
Organizacija žilych zon ...
(Die Organisation von Wohnzonen kleiner und mittlerer Städte)
Architektura SSSR **35** (1967) 10, S. 48 bis 52

Skalski, K.
Modele miast. Kryteria i hipotezy wyjściowe
(Stadtmodelle. Ausgangskriterien und -hypothesen)
Architektura, Warszawa **21** (1968) 1, S. 28 bis 30

Colombo, G.
Il dimensionamento delle zone industriali
(Dimensionierung der Industriezone)
Plan, Solothurn **24** (1967) 6, S. 199 bis 211

...
Gradoustrojstveno planirane na promyšleni zony ...
(Städtebauliche Planung der stadtnahen Industriezonen Bulgariens)
Bulletin, Sofia **o. Jg.** (1967) Heft 20, 245 Seiten

Sokól, A.
Perspektywiczne prognosy potrzeb ludnošci miejskiej w zakresie wypoczynku świątecznego
(Perspektivprognosen des Bedarfs der Stadtbevölkerung auf dem Gebiet der Kurzzeiterholung)
miasto, Warszawa **18** (1967) 10, S. 7 bis 10

Duminy, J.
Espaces de loisire
(Freizeiträume)
Urbanisme, Paris **36** (1967) 3, S. 26 bis 31

Plšek
Potreba prostorn a zařczeni ...
(Der Raumbedarf sowie Einrichtungen für die Erholung und Entfaltung der geistigen und physischen Fähigkeiten außerhalb der Wohnungen des Menschen in den verschiedenen Zeitabschnitten seines Lebens)
Vystavba a architektura, Praha **13** (1967) 5, S. 39 bis 45

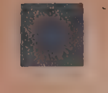
Ledworowski, B.
Wartość miejskiej infrastruktury techniczneij a wielkość miasta
(Der Wert der städtischen technischen Infrastruktur und die Größe der Stadt)
miasto, Warszawa **18** (1967) 10, S. 9 bis 13

Robicek, M.
Schwellenwertgestaltung und Stadtentwicklung aus der Sicht der Planung und Gestaltung technischer Versorgungseinrichtungen und Anlagen
Urbanizmus a.p., Brno **o. Jg.** (1968) 1, S. 1 bis 5

...
Stadt und Verkehr; Planungsgrundlagen – die städtischen Verkehrsmittel
Deutsche Bauzeitschrift, Gütersloh **16** (1968) 1, S. 69 bis 80

Afheldt, H.
Infrastrukturbedarf bis 1980. Eine Bedarfs- und Kostenschätzung notwendiger Verkehrs-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen
Kohlhammer, Stuttgart 1967, 129 Seiten

...
The comprehensive Plan of Chicago
(Der umfassende Plan von Chicago)
Journal of the American Institute of Planners, Washington **33** (1967) Sept., S. 353 bis 358



Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Fritz Sauer, Erfurt, 1. Juli 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Martin Scharf, Leipzig, 1. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Martin Schwertfeger, Köthen, 3. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Otto Richter, Berlin, 5. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Karl Kroll, Berlin, 7. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Willi Neumann, Bergholz, 8. Juli 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Ruth Heute, Kleinmachnow, 9. Juli 1918, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Willy Müller, Erfurt, 13. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Georg Prinz, Erfurt, 14. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Alfred Kase, Brandenburg, 16. Juli 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Dr.-Ing. Walther Stein, Karl-Marx-Stadt, 18. Juli 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Johannes Kramer, Magdeburg, 19. Juli 1893, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Alexander Künzer, Dresden, 19. Juli 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Robert Röder, Berlin, 22. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Arch. Alfred Weber, Potsdam, 22. Juli 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Helmut Fischer, Dresden, 23. Juli 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Prof. Dr. Kurt Hemmerling, Auerbach, 24. Juli 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Baumeister Hellmut Sprung, Karl-Marx-Stadt, 27. Juli 1913, zum 55. Geburtstag

Komplettierung von Wohnkomplexen

Die Komplettierung von Wohnkomplexen ist eine wichtige Frage für eine lebendige architektonische Wirkung.

Der Bau von Wohnungen in unserer Republik erfolgt vornehmlich in größeren, geschlossenen Einheiten. Nach sozialistischer Methodik zwar komplex geplant, sind diese „Wohnkomplexe" jedoch im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Einrichtungen in vielen Fällen noch nicht abgeschlossen und deshalb in ihrer Wirkung unvollkommen. Wir bauen Schulen, Kindertagesstätten und Kaufhallen, manche andere Einrichtungen aber sind oft noch provisorisch in Wohnungen untergebracht oder fehlen gänzlich, zum Beispiel in den Fällen, in denen die Nähe einer bestehenden Stadt noch als zumutbar betrachtet wird. So gibt es in den Wohnkomplexen eine Reihe leerer Flächen, die – insbesondere an den Zentren – entsprechend alten Konzeptionen meist noch zu groß bemessen sind und eine Komplettierung erschweren. Durch Wohnungsbau oder den Bau geeigneter Arbeitsstätten in Verbindung mit den fehlenden Einrichtungen sollten diese Flächen nachträglich verdichtet werden. Hierdurch können sich sogar kompositionelle Vorteile ergeben, wie die Schaffung zusätzlicher Höhenakzente oder besonders intimer Freiräume durch die Konzentration mehrerer Einrichtungen auf engstem Raum.

Wenn wir über das Wohnen im Prognosezeitraum schlechthin sprechen, wird es erforderlich, in diesem Zusammenhang etwas zu tun, bilden doch gerade die Zentren das Herz des Komplexes und tragen wesentlich zur Gestaltung des Wohnmilieus und damit zur Entwicklung der sozialistischen Lebensweise bei.

Zur Verwirklichung dieser Aufgabe ist es erforderlich, die Anwendung neuer, ökonomischer Baumethoden und -konstruktionen, wie zum Beispiel Stahl- und Stahlleichtbau oder Schalen, voranzutreiben. Diese Konstruktionen bieten neben anderen Vorzügen infolge ihrer Flexibilität die Möglichkeit, auch künftigen Ansprüchen gerecht werden zu können.

Bei der nachträglichen Komplettierung unserer Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen (z. B. beim Bau der 2. Ausstattungsstufe) ist es in einigen Wohnkomplexen zu einer regelrechten Anhäufung verschiedenartigster Typen und Wiederverwendungsprojekte gekommen. Besser würde es jedoch sein, selbst bei Vorliegen eines neuen Projektes, ein einmal begonnenes Ensemble abzuschließen, um ein abgerundetes Bild zu erhalten.

In Lütten Klein-Süd zum Beispiel sollte im Wohnkomplex 1 nach dem Bau zweier 20-Klassen-Schulen in der Streifenbauweise das Ensemble mit dem Bau einer neuen verbesserten 40-Klassen-Schule in Plattenbauweise abgeschlossen werden. Schließlich wurde zugunsten weiterer zwei 20-Klassen-Schulen in der Streifenbauweise entschieden.

Zu den Möglichkeiten, unsere Wohnungsgebiete durch eine nachträgliche Komplettierung erlebnisreicher zu gestalten, gehören nicht nur Gebäude, sondern auch Grün und Kleinarchitektur wie Spielwände, Stützmauern und anderes. So kann zum Beispiel durch das nachträgliche Pflanzen von Alleen durchaus noch ein städtischer Charakter erreicht werden. Bei der Auswahl der Bäume allerdings sollte man sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß es Jahre bedarf, ehe ein Baum im Stadtbild voll wirksam wird. Sicherlich ein Hauptgrund, weshalb uns ältere Wohnviertel so angenehm und wohnlich erscheinen.

Im Zusammenhang mit der Begrünung sollten auch die Sichtwerbung sowie das Aufstellen von Fahnen an geeigneten und dafür vorgesehenen Standorten erfolgen und nicht in bestehende Rasenflächen eingreifen.

In diesem Zusammenhang erscheint es auch notwendig, das öffentliche Fußwegenetz entsprechend den Bedürfnissen der Bürger durch Eckabrundungen, Kurzverbindungen zu gesellschaftlichen Einrichtungen und zum Nahverkehr, Zufahrten zu den Wohnblocks und dergleichen zu vervollständigen.

Ein Problem für sich ist der ruhende Verkehr. Dem steigenden Kfz.-Bestand sind schon heute unsere Stellflächen in den bestehenden Wohnkomplexen nicht mehr gewachsen. Es erscheint deshalb notwendig, die 2. Ausbaustufe bereits heute zu verwirklichen. Vielfach täuschen Planungen durch die Ausweisung mehrstöckiger Großgaragen am Rande der Komplexe über die fehlende Kapazität hinweg. Daher wäre es zweckmäßig, innerhalb des bebauten Gebietes konzentrierte Parkflächen mit Doppelfunktion zu schaffen, das heißt, sie zu gegebener Zeit mit leichten Konstruktionen zu überdachen und auch als Garagen zu nutzen.

Schließlich sei noch auf das Verdichten zu dünn besiedelter Wohnkomplexe mit Wohnungsbau eingegangen. Hierbei ist weniger an das nachträgliche Dazwischensetzen von fünfgeschossigen Wohnblocks gedacht als vielmehr an die Nutzung funktionsloser Freiflächen durch Teppich-, Reihen- oder Würfelhäuser in industrieller Bauweise, die auf Grund ihrer geringen Grundrißausdehnung peinliche Lücken zu füllen vermögen, aber auch eine willkommene Differenzierung der Bebauungshöhen gewährleisten. Mit Hilfe dieser Wohnungen könnte ein spezielles und großes Sortiment nachträglich entstehen, und ungünstige Wohnungsverteilerschlüssel würden aufgebessert werden.

Die hier geäußerten Gedanken sollen dazu beitragen, unsere bestehenden Wohnkomplexe für unsere Menschen funktionstüchtiger und wohnlicher zu machen, wobei letzten Endes bei allen Überlegungen um die Abrundung eines Komplexes die beste Lösung bleibt, künftig von vornherein durch zyklogrammgerechtes Bauen Wohnungen und gesellschaftliche Bauten in funktionstüchtigen Einheiten zu errichten.

Die Diskussionen, die gegenwärtig in der Zentralen Fachgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" des BDA über die Entwicklung des Wohnens im Prognosezeitraum geführt werden, betonen die Bedeutung der Komplettierung der Wohnkomplexe mit Anlagen und Einrichtungen für die Schaffung eines lebendigen Wohnmilieus.

Rudolf Lasch

Aus der Arbeit der Zentralen Fachgruppe „Innengestaltung"

Der Zentralen Fachgruppe „Innengestaltung" fallen, entsprechend der Zielsetzung unseres Fachverbandes, bedeutende und verantwortungsvolle Aufgaben zu. Wir wissen, daß insbesondere die nähere Umgebung des Menschen – das sind sein Arbeitsplatz, seine Wohnung, die einzelnen Möbelstücke, die er sich mit großer Liebe ausgesucht und gekauft hat – für ihn nicht nur die Rolle des Nutzens zu erfüllen hat, sondern in der Hauptsache, ob bewußt oder unbewußt, auf ihn erzieherisch einwirkt. Es ist nicht immer einfach, die richtigen Beziehungen zwischen der äußeren Schale des Bauwerkes und seinem Inneren zu finden.

Im zurückliegenden Jahr konzentrierten sich die Aufgaben der Zentralen Fachgruppe „Innengestaltung" auf die Schaffung von Voraussetzungen, damit eine wissenschaftlich begründete Arbeit sowohl im Vorstand als auch in seinen Arbeitsgruppen entsteht und entsprechende Schlußfolgerungen für die perspektivische Arbeit im Sinne des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes gezogen werden können.

Es ging uns also um die Klärung der Aufgaben des Architekten für Innengestaltung, der unbedingt von Anfang an zum Entwurfskollektiv gehört, und um Festigung seiner Stellung in der sozialistischen Gesellschaft. Da wir uns im Prozeß der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit befinden, ergeben sich naturgemäß hier viele Fragen, die bewußt und zielstrebig geklärt werden müssen.

In diesem Zusammenhang sei hier auf eine der vielfältigen Aufgaben des Architekten für Innengestaltung hingewiesen: Ende des Jahres 1967 haben wir nach gründlicher Vorbereitung eine Tagung der Zentralen Fachgruppe „Innengestaltung" mit verschiedenen Vertretern der zentralen Organe in Karl-Marx-Stadt durchgeführt. Es ging in diesem besonderen Falle um die gesellschaftliche Bedeutung der Wohnberatungsstellen des Handels, um eine Verbesserung der Beratung der Bevölkerung und den weiteren Ausbau des Kundendienstes. Es ist interessant festzustellen,

daß auf dieser Tagung eine ausgezeichnete Übereinstimmung mit den anwesenden Vertretern des Handels und der zentralen Stellen erreicht wurde. Man hat begriffen, daß die im Handel tätigen Architekten ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen wollen, indem sie durch ihre fachliche Beratung in den Wohnberatungsstellen der Bevölkerung helfen. Sie sind auch bereit, die leitenden Handelsorgane bei den zu treffenden Entscheidungen im Sinne der Bevölkerung zu beraten. Als Ergebnis der vielen Beratungen, die sich daran anschlossen, wurde in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Gestaltung des DAMW eine brauchbare Konzeption für die Neuordnung der Wohnberatungsstellen ausgearbeitet, die sich von den heute noch praktizierten Methoden löst und, prognostisch gesehen, eine weitere Verbesserung der Wohnberatungen der Bevölkerung ermöglicht.
Zu unseren Aufgaben gehört selbstverständlich auch die Diskussion über „die Wohnung der Zukunft". Ausgehend von den gesammelten Erfahrungen im komplexen Wohnungsbau, haben wir die Verbindung zu der Zentralen Fachgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" gesucht und wollen nunmehr gemeinsam bestimmte Fragen lösen.
Nur einige Beispiele sollen hier genannt werden:

Mitberatung bei der Festlegung der Wohnfunktionen, insbesondere in bezug auf die Erleichterung der Hausarbeit
Unterstützung von Neuentwicklungen im Zusammenhang mit der Ausstattung der Wohnung
Mitspracherecht bei der Bestimmung der Wohnqualität, zum Beispiel durch qualitativ ausgereifte, industriell vorgefertigte Einbauteile und -einheiten, aus der Sicht der Bevölkerung

Nach sorgfältiger Vorbereitung wird die Zentrale Fachgruppe „Innengestaltung" ab 1969 an die Öffentlichkeit treten und Fachtagungen sowie Foren mit der Bevölkerung durchführen.
Zur weiteren Festigung unserer ehrenamtlichen Arbeit geht es uns hier auch um eine andere sehr wichtige Frage, die wir gerade in der Fachzeitschrift unseres Bundes behandeln wollen:
Die Zentrale Fachgruppe „Innengestaltung" hat in erster Linie die Aufgabe, den Bund fachlich zu unterstützen. Eine zweite Aufgabe, die keinesfalls als geringer eingeschätzt werden darf, ist die Ausstrahlung der Ergebnisse unserer Arbeit in die bezirklichen Fachgruppen „Innengestaltung". In der Zentralen Fachgruppe arbeiten zwar viele Kollegen aus den Bezirken mit, leider ist es aber nicht immer möglich, sie alle zu vereinen. Es ist bekannt, daß die Fachgruppen „Innengestaltung" entsprechend dem Statut des Bundes den Bezirksvorständen des BDA unterstellt sind. Wir möchten durch eine enge Verbindung zu den Fachgruppen in den Bezirken und entsprechende Veröffentlichungen die Arbeit der Bezirksfachgruppen befruchten und ihnen aus unserer Gesamtübersicht entsprechende Empfehlungen vermitteln. Es gibt aber nun Bezirke, in denen eine Fachgruppe „Innengestaltung" trotz eines regen Zuspruchs der Kollegen bis heute nicht gebildet wurde. Hier sollten einige Bezirksvorstände diese Frage überprüfen und sich nicht von vornherein auf den Standpunkt stellen, daß eine solche Fachgruppe heute keinen Sinn mehr hat.
Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, daß wir jede Gelegenheit nutzen sollten, Fachkollegen zusammenzuführen, um ihnen die Möglichkeit der Behandlung der eigenen Probleme und Sorgen zu geben. Daher möchte ich im Rahmen dieses Artikels einen Appell an alle Bezirksvorstände richten, überall dort, wo eine Fachgruppe „Innengestaltung" noch nicht gebildet werden konnte, eine entsprechende Unterstützung zu geben.
Daß unsere Arbeit sowohl für die Kollegen als auch für ihre Arbeit sehr lohnend sein kann, beweisen die bisher erreichten guten Beispiele aus den Bezirken Gera, Karl-Marx-Stadt, Erfurt und Suhl. Unter der Leitung der Fachgruppe „Innengestaltung" Gera haben sich diese vier Fachgruppen zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit gefunden. Sie besichtigen gemeinsam Objekte und unterstützen mit ihrer Diskussion, die im Beisein der Projektanten und auch der Nutzer stattfindet, die weitere Entwicklung der Innengestaltung. Bei den zuletzt durchgeführten Objektbesichtigungen handelte es sich um das Interhotel „Stadt Gera" und das Fichtelberghaus. Vielfach kann eine solche Objektbesichtigung und kameradschaftliche Diskussion ein Beginn der Arbeit einer Fachgruppe im Maßstab des Bezirkes sein. Über die gesammelten Erfahrungen in dieser Hinsicht wollen wir natürlich, als Zentrale Fachgruppe, informiert sein. Wir wären bereit, im Interesse der Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiete der Innengestaltung unsere Vorstandssitzungen gemeinsam mit den Fachgruppen in den Bezirken durchzuführen.

Hans Lewitzky

Architektur und Lebensmilieu

Die erste Veranstaltung der Fachgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der BDA-Bezirksgruppe Erfurt in diesem Jahr beschäftigte sich mit dem Thema „Architektur und Lebensmilieu des Menschen". In einem Bericht über den IX. UIA-Kongreß in Prag 1967 erläuterte Frau Dr.-Ing. habil. Bach, Mitglied des Präsidiums des BDA, das Modell für einen Satelliten der Stadt Prag sowie die Ergebnisse des internationalen Studentenwettbewerbes zur städtebaulichen Gestaltung einer Wohngruppe.

Die Referentin bemühte sich, in ihren Darlegungen den internationalen Trend in der Entwicklung des Wohnungs- und Städtebaus, wie er sich in den obengenannten Arbeiten zeigt, mit dem Stand der Verhältnisse in unserer Republik zu vergleichen. Interessant für die Besucher der Veranstaltung waren insbesondere die in den Modellen und Plänen gezeigten Formen eines künftigen Wohnens, wobei zu bemerken ist, daß die Ausschreibung der UIA der Gestaltungsfreude, insbesondere der Studentenarbeiten, freien Raum ließ. International gesehen, zeichnet sich ein Sprung zu neuen Formen im Wohnungsbau ab, der durch den Bau von hohen Häusern mit terrassenförmiger Ausbildung charakterisiert wird. Die Verbindung von Wohnung – angeordnet auf dem Äußeren dieser Gebäude – und Betriebsstätten sowie Versorgungseinrichtungen im Innern der Baukörper wurde in der Idee als originell betrachtet, da auch die damit verbundene maximale Nutzung der Baulandflächen in unserer Republik von großer Bedeutung ist. Sicherlich lassen sich die demonstrierten Pläne nicht unmittelbar in die städtebauliche Praxis der Bezirke umsetzen, doch dieser „Blick nach vorn" ist für unsere Architekten unerläßlich.
In der Diskussion, die zur weiteren Klärung der von der Fachgruppe seit Monaten gestellten Fragen über künftige Wohnformen, über die städtebaulich zu gestaltenden Milieubedingungen der Städte sowie die Entwicklung einer orts- und landschaftstypischen Architektur dienen sollte, kam – wie in vorhergegangenen Veranstaltungen – die Sorge zum Ausdruck, daß der wissenschaftliche Vorlauf im Städtebau noch ungenügend sei. Bei der zu erwartenden langen Lebensdauer der in diesen Jahren errichteten Gebäude und Ensembles muß durch eine weite Vorausschau über die Grundrißgestaltung und die Gebäudeformen dem moralischen Verschleiß entgegengewirkt werden. Man darf erwarten, daß seitens der Architekturwissenschaft diese Probleme mit aller Konsequenz behandelt werden.
Die Fortschreibung und erforderliche Detaillierung der Generalbebauungspläne der Bezirke und Städte müssen von diesem zu erwartenden wissenschaftlichen Rüstzeug ausgehen und den Architekten wie auch Bauschaffenden die erforderliche Sicherheit in der Vorbereitung der zu lösenden Aufgaben vermitteln.
In diesem Jahr wird auch die Fachgruppe in den kommenden Veranstaltungen die Diskussionen fortsetzen.

Kurt Weinrich

Probleme der Dorfplanung

Zum Thema „Entwicklung der Kooperationsgemeinschaften in der Landwirtschaft mit Schlußfolgerungen für das ländliche Bauwesen" referierte Dr. Hans Grünberg, Deutsche Bauakademie, in der März-Veranstaltung der Fachgruppe „Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung" der BDA-Bezirksgruppe Erfurt. Dr. Grünberg, der selbst seit vielen Jahren in der Dorfplanung tätig ist und über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt, legte eingangs die historische Entwicklung der Tendenzen wie auch die offiziellen Richtlinien des Dorfbaus – beginnend beim Befehl 209 der damaligen SMAD bis zu den Beschlüssen des VII. Parteitages und des 4. Plenums des ZK der SED – dar und betonte, daß die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse auf dem Lande die Dorfplaner vor immer neue Aufgaben stellt. Folglich ist die Dorfplanung ein Prozeß, der die Entwicklung der Landwirtschaft begleitet.
Gegenüber der Stagnation der Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern mit ihren Folgen einer weiteren Differenzierung der landwirtschaftlichen Produzenten, verbunden mit dem Bauernlegen, wurden in der Landwirtschaft der DDR gewaltige gesellschaftliche Kräfte ausgelöst. Im Rahmen der Bündnispolitik als der gesellschaftlichen Grundlage für die Entwicklung auf dem Lande besteht der politische Auftrag der Dorfplaner darin, bei der Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land einen wichtigen Beitrag zu leisten. Es geht insbesondere darum, die Lebensverhältnisse auf dem Lande ständig zu verbessern. Hierzu gehören

– das Niveau der Befriedigung von materiellen und kulturellen Bedürfnissen wie Wohnung, Konsumtion, Dienstleistungen;

– die Entwicklung der Volksgesundheit;

– die Intensität wie auch Extensität der Arbeit, das heißt der Grad der Mechanisierung der Produktion, aber auch das Verhältnis der Menschen untereinander;

– die Möglichkeiten der Schul- und Weiterbildung sowie

– die Entwicklung der Persönlichkeit des Menschen auf dem Lande, befreit von jeglicher Existenzangst.

Die Definition der Lebensverhältnisse – die hier nur unvollständig wiedergegeben werden kann – ist es wert, von Ökonomen, Staatsrechtlern wie auch Architekten eingehender diskutiert zu werden, als dies in der Fachgruppenveranstaltung möglich war. Es wurde festgestellt, daß sie auch Gültigkeit für die Bevölkerung in den Städten hat und damit eine der politischen Grundlagen für die Stadt- und Dorfplanung ist.
Als besonderes Problem legte Dr. Grünberg die Sicherung des Arbeitskräftebedarfs für die Landwirtschaft dar. Wenn auch mit zunehmender Mechanisierung und Kooperation der Arbeitskräftebedarf weiter sinken wird, so wird es nur durch eine ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Dörfern gelingen, junge Menschen für die Landwirtschaft zu gewinnen.
Mit diesem Problem verbunden ist eine weitere Differenzierung im Siedlungssystem. Die Tendenz zur Vergrößerung der zentralen Gemeinden – in denen sich stadtähnliche Lebensverhältnisse schneller und wirtschaftlicher schaffen lassen – geht einher mit dem Rückgang der Einwohnerzahlen in den kleinen Orten. Während es zu dem Symptom des Wachstums der zentralen Orte keine Unklarheiten unter den Anwe-

senden gab, bereitet die Zukunft der übrigen Dörfer doch einige Sorgen. Man muß zwar die Meinung des Referenten – sie deckt sich mit dem Inhalt des Generalbebauungsplanes des Bezirkes Erfurt – voll unterstützen, wenn er meint, daß diese Gemeinden nicht erweitert werden sollen, sondern durch Werterhaltung, Um- und Ausbau in den Produktionsanlagen sowie Wohn- und Gesellschaftsbauten eine gute Grundlage des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses bieten müssen, dennoch blieb auch in der Diskussion offen, wie der politische Auftrag in der Dorfplanung ohne wesentliches Gefälle zwischen Stadt, Siedlungsschwerpunkt und den sich ständig verkleinernden übrigen Gemeinden erfüllt werden kann. Auch dieses Problem ist wert, daß sich Ökonomen, Staatsrechtler, Soziologen, Agrarwissenschaftler und Dorfplaner noch eingehender damit beschäftigen.

Von den Anwesenden wurde in der Diskussion ergänzend zu diesen Fragen eindeutig festgestellt, daß jede Gemeinde, unabhängig von ihrer Größenordnung, eine grundsätzliche Aufgabe zu erfüllen hat: territoriale Unterstützung des erweiterten Reproduktionsprozesses, insbesondere der auf ihrem Territorium befindlichen Produktivkräfte. Für die ländlichen Gemeinden bedeutet dies

■ die materielle Unterstützung der Landwirtschaftsbetriebe
durch Bereitstellung von Boden (Baulandflächen),
Mithilfe bei der hydrologischen und biologischen Melioration einschließlich des Wegebaus,
Bereitstellung anderer territorialer Ressourcen, wie zum Beispiel Trinkwasser;

■ die Verbesserung elementarer Lebensbedingungen wie
Gehwegbefestigung und Straßenbau,
Straßenbeleuchtung,
Um- und Ausbau von Altgebäuden für örtlich notwendige gesellschaftliche Einrichtungen wie zum Beispiel Verkaufsstelle, Kindergarten, Kinderkrippe, Feuerwehrgerätehaus,
bakteriologisch einwandfreie Trinkwasserversorgung,
Gestaltung des Ortsbildes.

Nicht angesprochen wurden solche Faktoren, die ebenfalls einer Landflucht entgegenwirken: Es erscheint notwendig, die Pendelbewegung zwischen Stadt und Land, begründet im persönlichen Eigentum der Pendler an Wohnraum auf dem Lande und auch in bestimmten Vorzügen des Wohnens in den Dörfern, bei weiteren Planungsüberlegungen zu beachten. Gleiches gilt für die Veränderung der Produktionsstruktur auf dem Lande, ausgelöst durch die Verlagerung von Verarbeitungsgängen landwirtschaftlicher Produkte in die ländlichen Gebiete.

Eingehend auf die Entwicklung der Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft, erläuterte der Referent, daß die bisherigen, auch die Dorfplanung bestimmenden Maßstäbe durchbrochen sind. Während man in der vergangenen Zeit in der Landwirtschaftsplanung für ein Dorf einen Betrieb sah, muß heute festgestellt werden, daß die kooperativen Bindungen längst die bisherigen Vorstellungen des Siedlungsnetzes gesprengt haben und nach Meinung der Agrarwissenschaft zur Zeit als gleitend und sich entwickelnd anzusehen sind. „Die landwirtschaftlichen Produktionsmaßstäbe dekken sich nicht mehr mit der Siedlungsstruktur." Diese Feststellung des Referenten ist sicherlich richtig; in der Diskussion wurde jedoch festgestellt, daß sich in der territorialen Organisation landwirtschaftlicher Gemeinschaftseinrichtungen ebenfalls ein Systemcharakter herausbildet. Es sei daraus zu schließen, daß bei der Auswahl der Siedlungszentren und bei der Festlegung ihrer künftigen Funktionen recht bald eine relative Sicherheit erreicht wird. Der Untersuchung dieser Zusammenhänge müsse ebenfalls größerer Raum gewidmet werden. Schließlich lassen sich hieraus die für die Dorfplanung und den Dorfbau so wichtigen ökonomischen Grundlagen (Programme zur Entwicklung der Siedlungsschwerpunkte) ableiten und für einen langen Zeitraum prognostizieren. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn den Fragen der Kooperation mit ihren direkten Auswirkungen auf die Dorfentwicklung im Referat wie auch in der Diskussion mehr Zeit gewidmet worden wäre. Nach Meinung des Referenten wird die Entwicklung der Gemeindeverbände eine weitere Klärung für die Entwicklung der Gemeinden bringen.

An Hand des 1. Preises im Wettbewerb „Gemeindezentrum Ferdinandshof" wurden mögliche Formen von Zentren künftiger Agrostädte vom Referenten erläutert. Offen blieben hierbei Fragen der gesamten baulichen Entwicklung des Einzugsbereiches dieses Siedlungsschwerpunktes. Die Forderung des Referenten, daß in der Dorfplanung die „Einsicht in die örtlichen Zusammenhänge zu konkreten Lösungen führen muß", ist voll zu unterstreichen. Akademische Lösungen dienen den Menschen auf dem Lande nicht, nur die enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, ihren gewählten Organen und den Landwirtschaftsbetrieben wird zu optimalen Dorfplanungen führen.

Kurt Weinrich

Zum Brief Walter Ulbrichts an den Präsidenten des BDA

Neue Erfolge bis zum 20. Jahrestag

In der gegenwärtigen Etappe im Bauwesen der DDR sichtbare Höhepunkte zu schaffen, gilt nicht nur für den allgemeinen Städtebau, für den Bau gesellschaftlicher Einrichtungen und für den Wohnungsbau, sondern auch für den Industriebau. Rekonstruktion und Neuplanung von wirtschaftlichen Industrieanlagen sind für die ökonomische Stärkung unserer Republik und den Wettstreit auf dem Weltmarkt von entscheidender Bedeutung.

Industrie-Architektur ist von größter politischer Bedeutung für die Stärkung der DDR

Hauptaufgabe des Architekten ist die Stärkung unserer DDR auf ökonomischem und politischem Gebiet. Gute architektonische Leistungen fördern das Ansehen unseres Staates und werden somit zum unmittelbaren politischen Faktor.

Jeder schöpferische Architekt hat das berechtigte Bedürfnis nach Erfolgserlebnis. Das allein reicht jedoch nicht mehr aus. Höchste Leistungen in Städtebau und Architektur sind dann zu erreichen, wenn über das eigene Erfolgserlebnis hinaus das bewußte gesellschaftliche Handeln tritt, das heißt, mit allen an einer Bauaufgabe Beteiligten optimale Ergebnisse im Interesse unserer Gesellschaftsordnung zu erringen.

Mit einer solchen Einstellung wird es dem Architekten auch leichter möglich sein, progressiven Einfluß auf die Entwicklung des Bauwesens zu nehmen.

In diesem Zusammenhang ist die Zielstellung – bis zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR neue sichtbare Erfolge zu erringen – für den Industriebau von gleicher Bedeutung wie für den Städtebau und die Architektur.

Industrie-Architektur verlangt hohes fachliches Können und künstlerische Meisterschaft

Was für den allgemeinen Städtebau gilt, ist für den Industriebau gleichermaßen wichtig. Industriebau als städtebildender Faktor und Industrie-Architektur als Einflußfaktor auf die Arbeitsatmosphäre des werktätigen Menschen spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle im Leben der Werktätigen und für die gesamte Volkswirtschaft. Die vor uns liegenden Aufgaben verlangen vom Architekten ein Umdenken. Es geht künftig nicht mehr nur darum, das optimale Segment aus dem Baukasten zu wählen, sondern um die Erarbeitung der optimalen funktionellen, konstruktiven und wirtschaftlichen Lösung für eine bestimmte Aufgabe.

Der Blickwinkel des Architekten muß sich weiten, indem die Problematik der Industrieplanung und Optimierung sowie der Prognose erfaßt werden. Alle geistigen Möglichkeiten sind auszuschöpfen und städtebaulich-architektonisch wertvolle Industrieanlagen zu schaffen. Die von uns heute projektierten Werke müssen den Arbeits- und Lebensbedingungen des Menschen im Sozialismus Rechnung tragen.

Das neue Investitionsgesetz darf hinsichtlich der Verantwortlichkeit des Investträgers auch nicht so verstanden werden, den Architekten von der Verantwortung zu entlasten. Für die fertige Anlage zeichnet der Architekt letztendlich verantwortlich. Das muß man sich im Schaffensprozeß stets vor Augen halten. Diese Verantwortung trägt der Architekt zu Recht und sollte sie auch behalten, denn sonst ist es um den Architektenberuf schlecht bestellt.

Industrie-Architektur benötigt Architekten

Es entspricht nicht mehr den Bedingungen, den Architekten als Gestalter im Sinne des Fassadenkosmetikers oder im Industriebau als Befehlsempfänger des Technologen zu betrachten. Soll die Rolle des Industriebau-Architekten nicht völlig aufgehoben werden, sind umgehend Bedingungen zu schaffen, die ihm einen rechtzeitigen Einfluß auf Planung und Technologie ermöglichen. Es ist völlig absurd, wenn der Architekt in eine technologisch-funktionell konzipierte Projektierungsphase einsteigen muß. Er kann zwar noch eine optimale Hülle schaffen, aber eine optimale Industrieanlage ist nicht mehr in jedem Fall zu entwickeln. Es sind deshalb Voraussetzungen für eine optimale Planung in der ersten Projektierungsphase durchzusetzen. Das betrifft nicht nur die Preisanordnungen und die Art der Beauflagung, sondern auch organisatorische Voraussetzungen in den Projektierungsbetrieben.

Das sind nicht zuletzt Fragen der Qualifizierung und der Einsicht in die Notwendigkeit der rechtzeitigen Einflußnahme des Architekten. Es muß deshalb vom Ministerium für Bauwesen verlangt werden, entsprechende Voraussetzungen in der Preisanordnung zu schaffen. Es wird nicht zu umgehen sein, daß eine Reihe von Architekten sich ausschließlich mit planerischen Fragen der Rekonstruktion oder Neuplanung beschäftigt. Die Erfahrungen zeigen, daß die größten Reserven zur Einsparung von Investmitteln in der Standort- und Lageplanoptimierung liegen.

Der Architekt muß es verstehen, sein Projekt mit dem künftigen Nutzer zu diskutieren. Die Projektvorstellung ist ein wichtiger Faktor der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, ist eine Qualifizierungsmaßnahme, festigt das Selbstvertrauen und das Ansehen des Architekten.

Industrie-Architektur heißt Entfaltung aller künstlerischen Talente und sozialistische Gemeinschaftsarbeit

Künftig ist es nicht mehr zu vertreten, daß ein Projekt aus Zeitmangel nur über einen Tisch läuft und auf den Tisch des Entwurfsrates erst kurz vor Projektierungsabschluß gelangt. Soll es optimale Wirtschaftlichkeit und künstlerische Leistung enthalten, kann es nur im Kollektiv aller in einem Betrieb vorhandenen geistigen Potenzen entwickelt werden. Im Kollektiv arbeiten soll nicht heißen, die Anonymität des Architekten fördern, sondern durch fachlichen Meinungsstreit die beste Lösung zu finden. Ein wesentliches Mittel der Qualitätserhöhung und der Baukostensenkung sind Formen der Optimalprojektierung, wie Varianten und Ideenwettbewerbe. Es sind Voraussetzun-

gen zu schaffen, die es dem Architekten zur optimalen Lösung ermöglichen, seine Gedanken in der darauf folgenden Projektierungsphase zu verwirklichen. Erst dann haben wir eine echte Synthese von kollektiver Leistung und persönlicher Anerkennung und somit ein Optimum an Arbeitsatmosphäre erreicht.

Industrie-Architektur und bildende Kunst

Die Mitwirkung des bildenden Künstlers im Schaffensprozeß des Architekten ist heute ebenso notwendig wie die eines jeden Spezialisten. Er gehört in das Kollektiv der Bauschaffenden. Auch hier heißt die Devise: Was im Städtebau und in der Architektur notwendig ist, gilt auch für den Industriebau.

Die Industrieräume, insbesondere die Funktionsbereiche Eingang und Pausenerholung, bedürfen in ihrem Kulminationspunkt einer bildkünstlerischen Steigerung. Dafür kann keine allgemeingültige Regel aufgestellt werden. Voraussetzung für positive Ergebnisse ist die rechtzeitige und richtige Einbeziehung der bildenden Künstler in den Schaffensprozeß des Architekten.

Industrie-Architektur ist ein volkswirtschaftlicher Faktor

Bei der Beurteilung von Industrieprojekten ist es falsch, den Investitionsaufwand und die Nutzungskosten ohne die Industrie-Architektur zu bewerten. Gute Industrie-Architektur steigert die Arbeitsfreude, hat also einen psychologischen Einfluß auf den Werktätigen. Reziprok ist Arbeitsproduktivität durch gute und zweckmäßige Architektur zu steigern.

Schlußfolgernd für unsere Arbeit ist eine Synthese zwischen diesen drei Faktoren (Architektur, Investkosten und Nutzungsaufwand) herzustellen.

Im Brief des Staatsratsvorsitzenden werden die Aufgaben und die Rolle des Architekten umrissen. Nutzen wir diese Chance und festigen wir unsere Stellung als Architekten im Interesse unseres Berufes und zum Wohle unseres Staates. Helmut Rüpprich

Gemeinschaftsarbeit mit neuer Qualität

Im Bereich Bauwesen des Rates des Bezirkes Gera wurde mit 45 führenden Wirtschaftskadern der bezirksgeleiteten Bauindustrie am 14. März 1968 in Gera ein ganztägiges Seminar über Grundfragen des sozialistischen Städtebaus und der Architektur in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der DDR durchgeführt.

Ziele des Seminares waren die Auswertung des Briefes des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten des BDA und die Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Architektur und des Städtebaus im besonderen für die Gebiete des Stadtzentrums von Gera und der Wohnstadt Jena-Lobeda.

In einem Grundsatzreferat wurden vom Ratsmitglied und Bezirksbaudirektor Heinz Schumann die politische Bedeutung der Gestaltung unserer Städte und Dörfer und die Verantwortung der Städtebauer und Architekten sowie der Bauindustrie behandelt.

Über die Kriterien des sozialistischen Städtebaus und die Hauptaufgaben im Bezirk Gera zur Verwirklichung des sozialistischen Städtebaus sprach der Direktor des Büros für Städtebau Gera, Dipl.-Ing. Architekt BDA Lothar Bortenreuter.

Die Aspekte, die sich im Bereich der Projektierung zur Erlangung einer neuen Qualität der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung und der Herausbildung einer sozialistischen Architektur unter der Voraussetzung der Vereinigung von Projektierung und Bauausführung ergeben, behandelte der Betriebsleiter des Betriebes Projektierung im VE Wohnungsbaukombinat Gera, Architekt BDA Günter Lempe.

Die Schlußfolgerungen, die sich im Bereich Forschung und Entwicklung der Bauindustrie des Bezirkes Gera aus der baukünstlerischen Meisterung des industriellen Bauens ergeben, wurden vom Direktor für Technik des VE Wohnungsbaukombinates Gera, Dipl.-Ing. KDT Harald Schäfer, vorgetragen.

In zwei Arbeitsgruppen wurden die Grundsatzfragen zur Diskussion gestellt und eingehend beraten. Alle Teilnehmer wurden sich darüber einig, daß die großen Vorteile des industrialisierten Bauens bei der Erreichung einer höheren Qualität und der Entwicklung neuer künstlerischer Kompositionen genutzt werden müssen. Dabei ist zu beachten, daß unter industriellem Bauen nicht nur die Montage vorgefertigter Betonelemente zu verstehen ist, sondern daß auch der Gleitbauweise oder dem Bauen mit leichten Stahlkonstruktionen und anderen leichten Konstruktionen in Zukunft mehr Bedeutung beigemessen werden muß.

Die rechtzeitige Perspektivplanung und die Erarbeitung von Generalbebauungs- und Generalverkehrsplänen wurden von den Teilnehmern als Voraussetzung für eine termingerechte Bereitstellung der Bebauungskonzeptionen gefordert. Ausgehend von dieser langfristigen Planung, hat das Wohnungsbaukombinat unter Beachtung der Standardisierung in der Vorfertigung Elemente mit wirtschaftlichen Losgrößen zu entwickeln.

Geeignete und zielgerichtete Fachexkursionen zur weiteren Qualifizierung sind zu organisieren. Hierbei sollten vor allem Probleme der Erlebnisbereiche in den Wohngebieten, Variationsmöglichkeiten unter Beachtung der Industrialisierung, die Wirkungsweise der bildenden Kunst und die sinnvolle Nutzung von Frei- und Grünflächen untersucht werden.

Die Bebauungs- und Verkehrspläne sind durch die jeweiligen örtlichen Organe der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Desgleichen sind Bebauungskonzeptionen zu einem Zeitpunkt zu beraten, der die Gewähr gibt, daß gute Hinweise ohne zeitlichen Mehraufwand noch eingearbeitet werden können. Der Projektant hat sinngemäß die Variationsmöglichkeiten, welche die in wirtschaftlichen Losgrößen produzierten Bauelemente bieten, mit der Bevölkerung und den künftigen Benutzern zu beraten. Hierbei ist die Presse als Mittel der Meinungsforschung weitestgehend mit einzuschalten.

Durch eine höhere Qualität im Städtebau und in der Architektur ergeben sich neue Momente bei der Planbeauflagung der Projektierungsbetriebe in den Kombinaten, und in diesem Zusammenhang wird es notwendig werden, das Kennziffernsystem zu modifizieren.

Den Fragen der Architekturtheorie und der Architekturkritik ist in dem Arbeitsprogramm mehr Aufmerksamkeit zu schenken, und es sind Schlußfolgerungen zu ziehen, die in unsere praktische Arbeit einfließen müssen.

Mit den Mitteln der Kleinarchitektur, durch die geschickte Ausnutzung der topographischen Gegebenheiten und des charakteristischen Landschaftsraumes, durch baugebundene Kunst, Grüngestaltung und so weiter bieten sich viele Möglichkeiten, die Erlebnisbereiche der Bewohner in unseren sozialistischen Städten und Gemeinden schöner zu machen. Ein geeignetes Mittel zur Realisierung dieser Möglichkeiten dürfte die sozialistische Gemeinschaftsarbeit sein, um schnell zu guten Ergebnissen zu gelangen.

BDA und KDT sollten gemeinsam mit den Betriebsakademien kurzfristig Vortragsreihen organisieren, in denen die aufgeworfenen Fragen im Detail behandelt werden. Diese Veranstaltungen sollten für einen Teil des ingenieurtechnischen Personals als Pflichtveranstaltungen durchgeführt werden. Werner Lonitz

Hochschulnachrichten

Weiterbildungslehrgang Industriebau

Das Institut für Industriebau und Entwerfen an der Technischen Universität Dresden, Direktor Prof. Dipl.-Ing. Schaarschmidt, führte vom 20. bis 23. Februar 1968 einen weiteren Lehrgang für 35 im Industriebau tätige Architekten und Projektanten durch. Für die thematisch aufeinander bezogenen Vorträge konnten als Referenten außer den Institutsangehörigen namhafte Vertreter anderer Institute der Technischen Universität Dresden, der Deutschen Bauakademie und anderer Institutionen gewonnen werden. Im Vordergrund standen methodische Fragen der Industrieprojektierung, um für die in der ersten Phase der Investitionsvorbereitung wichtigen Grundsatzentscheidungen und vielfältig wirkenden Einflußgrößen zu wissenschaftlich begründeten Aussagen zu kommen (Optimalprojektierung).

Nach der Eröffnung des Lehrgangs durch Prof. Schaarschmidt sprach Dr.-Ing. Waag über die arbeitshygienisch-technisch richtige Gestaltung von Rekonstruktionen bestehender Betriebsanlagen. Zur Ausarbeitung des arbeitshygienischen Forderungsprogrammes wurde eine stufenweise Analyse des Werkes (Beziehung zum Wohngebiet, Erstversorgung usw.) und der Arbeitsräume (Lärm, Klima usw.) unter Beachtung der künftigen Produktionsbedingungen (neue Verfahren, erhöhtes Wärmeaufkommen usw.) empfohlen. Die Einflüsse auf die Arbeitsumwelt werden in Raumpässen zusammengestellt. An zahlreichen Beispielen wurden Schwerpunkte erläutert, wie Lärm (Sprachverständlichkeit, vegetatives Nervensystem), Klima (Raumtemperatur und Arbeitsverrichtung, klimabeeinflussende Maßnahmen) und Beleuchtung (Blendung, Aufhängungsart, Farbgebung). Neben der technischen Lösung steht in vielen Fällen sehr wesentlich die betriebsorganisatorische Aufgabe (Fluktuation, Leistungsbereitschaft).

Prof. Dipl.-Ing. Petzold behandelte Lüftungsverfahren in Industriebauten nach den hygienischen und technologischen Normativen sowie nach den Einflüssen aus Umwelt (meteorologische Faktoren usw.), Produktion (Toleranzen der Luftzustände, Wärmeaufkommen) und Bauwerk (Abmessungen, Speicherwirkung). Für die freie Lüftung wurden ein überschläglicher Berechnungsgang und Rückwirkungen auf die Baukörperbildung erläutert. An ökonomischen Kennziffern wurde der Einfluß der lufttechnischen Anlage auf Investitionskosten und laufenden Betrieb dargelegt, daraus wurden Empfehlungen zum klimagerechten Bauen abgeleitet.

Prof. Dr.-Ing. habil. Scheffler untersuchte den Begriff der Flexibilität in der Ausrüstung nach Lebensdauer und Industriezweigprofil. Da vorläufig noch große Reserven in der Mechanisierung der Materialbewegung liegen, ist vor fördertechnisch unzureichend ausgelegten Gebäuden zu warnen (Hängelasten, Deckentragfähigkeit, Förderweglängen). An Beispielen wurden Tendenzen in der Lagertechnik und im Einsatz von Kranen und Stetigförderern dargelegt.

Dipl.-Ing. Karl Schmidt (Institut für Industriebau der DBA) berichtete über Erfahrungen bei der Rekonstruktion von Alt-Industriewerken für die allgemeine Methodik der Werkplanung, mögliche Programmierung und perspektivischen Einsatz der Rechentechnik. Die untersuchten Beispiele in der keramischen, der metallverarbeitenden und der Textilindustrie zeigten beengte Bauflächen mit notwendiger Verdichtung der Fertigungsstruktur, Ablösung der Altsubstanz nach Restnutzungsdauer und stufenweisen Neubau auf einen konzipier-

ten Endzustand hin. Ingenieur Hartmann stellte ergänzend die Funktion bauökonomischer Betrachtungen für die Netzeffektermittlung funktionell-technischer Projektvarianten und deren Entscheide dar, zum Beispiel Aufwandsintensität, bezogen auf den Zuwachs an Eigenleistungen des Betriebes. Ausgangsgrößen wie Warenproduktion, Flächenintensität und Tendenz der Flächennutzung ermöglichen die Abschätzung und zeitliche Steuerung der Investitionen bei Eigenerwirtschaftung durch den Betrieb.

Dipl.-Ing. Steinmetz und Dipl.-Ing. Seidel berichteten aus der Arbeit des veranstaltenden Instituts zur Neuordnung von Alt-Industriegebieten. Es werden für Variantenangebote Netzstrukturen mit variabler Flächenteilung empfohlen, die aus den zeitlich unveränderlichen Bindungen des Gebietes entwickelt sind (Topographie, Versorgungsträger, Verkehr, Nachbarschaft, erhaltenswerte Bausubstanz). Die nach Sozial- und Produktionsbereichen geordneten möglichen Bauflächen, ein- oder mehrgeschossig überbaubar, werden als Richtplanung den zeitlich wechselnden Anforderungen der Betriebe gegenübergestellt. Die notwendige Beweglichkeit bleibt erhalten. Zwängungen des Nutzers durch einmalig vorgefaßte Bauformen werden vermieden.

Dr.-Ing. Papke erläuterte Untersuchungsergebnisse zur Bewertung von Beleuchtungssystemen für Flachbauten. An Hand überschläglicher Bemessungsverfahren und der beleuchtungsseitig beeinflußten Auslegung der Lüftungsanlage (Kühllast) wurden ökonomische und energetische Kriterien abgeleitet. Abgesehen von außergewöhnlichen Anforderungen an die Beleuchtungsgüte zeigen Sheds mit 6 und 9 m Fensterabstand günstigere Werte als vergleichbare künstliche Beleuchtung, vor allem bei Ein- und Zweischichtbetrieb. Horizontale Oberlichter sind selbst mit Sonnenschutzverglasung nur für mittlere bis geringe Ansprüche geeignet.

Dr.-Ing. Müller entwickelte an zahlreichen Grafiken und Tabellen Bemessungsgrundlagen für den Sonnenschutz an Industriebauten und zeigte mögliche Maßnahmen und ihre Eignung für den jeweiligen Fall an zahlreichen Projektierungsbeispielen.

Dipl.-Ing. Meyer-Doberenz berichtete über neuere Tendenzen bei der Überdeckung von Industrieräumen mit großen Spannweiten. Auf den konstruktiven Entwurf wirken funktionelle Ansprüche stark ein. Mit zunehmender Stützweite in beiden Richtungen sind neue Konstruktionen (Flächen- und Raumtragwerke) den herkömmlichen Bindersystemen überlegen.

Dipl.-Ing. Kühl leitete Beziehungen zwischen den Rohbaukosten und der Gebäudeform ab (Stützen- und Fundamentanteil, Überdeckung, Geschoßzahl, Gebäudetiefe, Höhen, Spannweite, Stützenabstand, Außenwandanteil). Für überschlägliche Variantenvergleiche zwischen unterschiedlichen Baukörperformen wird die geschoßweise Addition von Systemzellen nach katalogmäßig erfaßten Festpreisen empfohlen.

Wie bereits bei dem ersten Lehrgang des Instituts ist die Veröffentlichung der Mehrzahl der Beiträge in einem Sonderheft der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Technischen Universität Dresden (4/1968) vorgesehen.

Hans-Joachim Papke

Kolloquium „Arbeitsumweltgestaltung im Industriebau"

Am 18. und 19. März 1968 fand in Weimar unter der verantwortlichen Leitung des Dekans der Fakultät Architektur, Prof. Dr.-Ing. habil. H. Lahnert, Inhaber des Lehrstuhls für Industriebau und Entwerfen, ein Kolloquium über „Arbeitsumweltgestaltung im Industriebau" statt.

Unter dem Aspekt der Koordinierung ergonomischer Forderungen im bautechnischen Projektierungsprozeß waren verschiedene arbeitswissenschaftliche Disziplinen vertreten. Durch Fachvorträge von Professoren aus der ČSSR und der Volksrepublik Polen wurde auch aus internationaler Sicht ein breites Bild der Aufgaben und Probleme dargestellt.

Die hohe Beteiligung von Chefarchitekten, Mitgliedern der Zentralen Fachgruppe „Industriebau" des BDA, Architekten aus Entwurfs- und Ingenieurbüros sowie Aspiranten und Studenten unterstrich die Aktualität dieser Thematik und dokumentierte zugleich die dringende Notwendigkeit, spezielle wissenschaftliche Arbeitsgrundlagen für diese Phase im Projektierungsprozeß zu erarbeiten.

Mit zahlreichen Referaten und Diskussionsbeiträgen erfolgten Einschätzungen und Analysen zum Stand der Arbeitsumweltgestaltung im Industriebau, Erörterungen notwendiger Maßnahmen sowie Stellungnahmen zur Entwicklungstendenz.

Die Darlegungen auf dem VII. Parteitag der SED im Zusammenhang mit „Umweltgestaltung und Kultur", der Beschluß des Staatsrates der DDR über „Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft" sowie die in gesetzlichen Bestimmungen festgelegten Maßnahmen bildeten die Grundlage und den Rahmen der wissenschaftlichen Unterredungen.

In einleitenden Vorträgen wurden die Wechselbeziehungen von Gestaltungsfaktoren im Projektierungsprozeß dargelegt, wobei im besonderen die Probleme der Koordinierung arbeitswissenschaftlicher Forderungen gründlichen Erörterungen unterzogen wurden. Die hieraus resultierende Thematik „Schutzgüte im bautechnischen Projekt" nahm daher in Vorträgen und Diskussionen einen breiten Rahmen ein und führte zu interessanten Auseinandersetzungen, zumal die inhaltliche Fixierung dieses Begriffes durch verschiedene Fachexperten erörtert wurde.

Aus der Sicht des bautechnischen Projektanten wurde deutlich, daß zur Verwirklichung des Begriffes „Schutzgüte im bautechnischen Projekt" noch wesentliche Arbeitsgrundlagen im systematischen Aufbau und in der Darstellung der Wertigkeit untereinander zu schaffen sind. Wertvolle Ergänzungen fanden diese Überlegungen durch das Aufzeigen von kultur-soziologischen Problemen bei der Arbeitsmilieugestaltung, indem besonders auf das Ansteigen des kritischen Verhaltens der Werktätigen zur Arbeitsatmosphäre hingewiesen wurde.

Mit den Darlegungen der Anforderungen der Industrie an das Industriebauwerk unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution wurden unter anderem die engen Wechselbeziehungen zur Lüftungstechnik, zu Möglichkeiten optimaler Beleuchtung und zur Einhaltung arbeitshygienischer Normen bei der Gestaltung von Industriebauten verdeutlicht.

Die Forderungen an den Architekten, das „klimagerechte Bauen" weit mehr als bisher zu berücksichtigen, fanden durch Gegenüberstellung typischer bauliche Lösungen eingehende Begründung.

Probleme der künstlichen Beleuchtung und natürlichen Belichtung in Produktionsstätten wurden durch eine Analyse der Standards und deren Möglichkeiten zur optimalen Umweltgestaltung real eingeschätzt, wobei vor allem die noch offenen Fragen kritisch untersucht wurden.

Die Einheit von Licht und Farbe in der Raumgestaltung wurde durch Vorträge über die Systematik in der Festlegung von Beleuchtung und Farbe sowie deren hygienische Forderungen bei der Farbgebung in Industriegebäuden und am Arbeitsplatz aufgezeigt. Hier kam zum Ausdruck, daß das Farbprojekt immer mehr an Bedeutung gewinnt und zum Bestandteil von Projektierungsunterlagen werden muß.

In ausführlichen arbeitshygienischen Darlegungen wurde zu offenen Fragen Stellung genommen und zugleich dem bautechnischen Projektanten die ganze Breite des Aufgabengebietes der Arbeitshygiene im Bauwesen begründet.

Diskussionsbeiträge wiesen auf die Notwendigkeit hin, daß bei künftigen Veranstaltungen dieser Art auch Direktoren und Werkleiter von Produktionsbetrieben zu dieser Thematik Stellung nehmen. Veröffentlichungen hierzu sollten nicht nur in der Fachpresse, sondern auch in Publikationen der sozialistischen Wirtschaft erscheinen, um somit engere Beziehungen zwischen Projektanten und künftigen Investträgern herzustellen.

Als besonderes Ergebnis dieses Kolloquiums kann herausgestellt werden, daß unter Einbeziehung unterschiedlicher Disziplinen, wie Arbeitshygiene, Arbeitsmedizin, Kultursoziologie, Psychologie, Ökonomie, Lüftungstechnik, Akustik, Beleuchtungstechnik und Farbgestaltung, ein Wechselgespräch mit Architekten entstanden ist, das viele neue Erkenntnisse brachte und zugleich Wege für gemeinsame Untersuchungen aufzeigte, um somit den Forderungen nach ständiger Verbesserung der Arbeitsumwelt in den Produktionsstätten unserer Werktätigen gerecht zu werden.

Die Veranstaltung kann als ein gutes Beispiel der Beziehungen von Wissenschaft und Praxis gewertet werden und bringt das Streben der Weimarer Hochschule nach Verwirklichung der sozialistischen Hochschulreform zum Ausdruck.

Weitere Kolloquien mit speziellen Themen der Arbeitsumweltgestaltung sind vom Lehrstuhl für Industriebau und Entwerfen in Weimar vorgesehen.

Gerhard Baumgärtel

Technische Universität Dresden Fakultät für Bauwesen

Ernennungen und Berufungen

Prof. Dipl.-Ing. Walter Hoyer wurde als Leiter der Hauptfachrichtung Bauingenieurwesen bestätigt.

Prof. Dr.-Ing. Johannes Schuster wurde mit Wirkung vom 1. September 1967 zum Direktor des Instituts für Technische Gebäudeausrüstung und Bauhygiene ernannt.

Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel wurde mit Wirkung vom 1. September 1967 als Professor mit vollem Lehrauftrag umberufen für das Gebiet Bauten der Erziehung und Bildung.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1968 wurden ernannt

Dr.-Ing. habil. Joachim Friedrich Gruhler zum Dozenten für Ausgewählte Gebiete der Abwassertechnik,

Dr.-Ing. Harry Kittner zum Dozenten für Ausgewählte Gebiete der Wasserversorgung.

Todesfälle

Am 11. Januar 1968 verstarb im Alter von 69 Jahren der emeritierte Professor mit Lehrstuhl für Raumkunst Ernst Alfred Mühler.

Habilitationen

Dr.-Ing. Günter Preißler 29. 2. 1968

Habilitationsschrift:

Der plastische Stoß als Grundlage einer einheitlichen Theorie der hydraulischen Verluste

Habilitationsvortrag:

Möglichkeiten und Grenzen hydraulischer Berechnungen mit Hilfe der Potentialtheorie

Gutachter:

Prof. Dipl.-Ing. Hoffmann
Prof. (em.) Dipl.-Ing. Wobus

Dissertationen

Dipl.-Ing. Wilfried Kliemand 16. 10. 1967

„Beitrag zur Theorie der Dauer- und Zeitfestigkeit"

Referenten:

Prof. Dr.-Ing. habil. Bürgermeister

Prof. Dr.-Ing. habil. Neumann, Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. K. R. Murthy 19. 10. 1967
„Beitrag zur Analyse der Spannungen in doppelt gekrümmten Schalen"
Referenten:
Prof. (em.) Dr.-Ing. Rabich
Prof. Dr.-Ing. habil. Zumpe

Dipl.-Ing. Manfred Koch 30. 10. 1967
„Ein Beitrag zur Zuverlässigkeitsanalyse der Tragwerke"
Referenten:
Prof. Dr.-Ing. habil. Bürgermeister
Prof. Dr.-Ing. Hütter

Dipl.-Ing. Dieter Brandes 8. 11. 1967
„Beiträge zur Bemessung und Berechnung von Lüftungssystemen für Wohnungsküchen und -bäder"
Referenten:
Prof. (em.) Dipl.-Ing. Kussmann
Prof. Dr.-Ing. Becher, Freiberg

Dipl.-Ing. Gerhard Forberg 1. 12. 1967
„Beziehungen zwischen Strukturmerkmalen und Verkehrsbedürfnissen auf Landstraßen als Grundlage für Verkehrsprognosen"
Referenten:
Prof. Dr.-Ing. habil. Christfreund
Dr.-Ing. Schmidt, Weimar

Dipl.-Ing. Karl-Heinrich Benkert 11. 12. 1967
„Erfassung einer Systemreserve für die Stabilitätsuntersuchung von Hallenstützen aus Stahlbeton"
Referenten:
Prof. Dr.-Ing. Hütter
Prof. (em.) Dr.-Ing. Rabich

Dipl.-Ing. Achim Natzschka 19. 12. 1967
„Untersuchungen zur Ermittlung der tatsächlichen Steifigkeit von Großtafelbauten bei horizontaler Belastung — Theorie und Versuch"
Referenten:
Prof. Dr.-Ing. Schröder
Prof. Dr.-Ing. habil. Rickenstorf

Dipl.-Ing. Ernst Schöppe 16. 2. 1968
„Analytische Verbrauchswertermittlung für Kraftfahrzeugfahrten auf Straßen unterschiedlicher Längsneigung"
Referenten:
Prof. Dr.-Ing. habil. Christfreund
Dr.-Ing. Schmidt, Weimar

Dipl.-Ing. Walter Kunze 29. 2. 1968
„Untersuchung über die Standardisierbarkeit der Wärmedämmung der Außenkonstruktionen von Gebäuden hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit durch Erfassung des Gesamtaufwandes"
Referenten:
Prof. (em.) Dipl.-Ing. Kussmann
Prof. Dr.-Ing. Schuster

Dipl.-Ing. Eberhard Katzschner 1. 3. 1968
„Ein Beitrag zum Verformungs- und Kipp-Problem des kreisförmig gekrümmten Stabes"
Referenten:
Prof. Dr.-Ing. habil. Bürgermeister
Prof. Dipl.-Ing. Hoyer

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar Fakultät Architektur

Habilitation

Dr.-Ing. Christian Schädlich 17. 3. 1967
„Das Eisen in der Architektur des 19. Jahrhunderts, Beitrag zur Geschichte eines neuen Baustoffes"
Gutachter:
Prof. (em.) Dr. phil. Schulze
Prof. Dr.-Ing. Junghanns
Prof. (em.) Dr.-Ing. E.h. Rettig

Dissertationen

Dipl.-Ing. Fred Horst 26. 6. 1967
„Untersuchungen zur Planung und Projektierung von Lackfabriken"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Lahnert
Prof. Dipl.-Ing. Speer

Dipl.-Ing. Karl-Heinz Paepke 22. 9. 1967
„Ein Beitrag zum Baukastensystem. Methoden der Unifizierung von Gesellschaftsbauten"
Gutachter:
Prof. Englberger
Prof. Dr.-Ing. habil. Lahnert

Dipl.-Ing. Hans-Hartmut Schauer 22. 9. 1967
„Merseburg — Untersuchungen des Baubestandes, namentlich der Keller- und Gewölbeanlagen, zur städtebaulichen Entwicklung und zur Umgestaltung der Altstadt"
Gutachter:
Prof. Dr. phil. habil. Dr.-Ing. Weidhaas
Prof. Dr. habil. Mrusek

Dipl.-Ing. Gerhard Starke 30. 10. 1967
„Zur Wohn- und Pflegebedarfsdeckung für das Alter"
Gutachter:
Prof. Dipl.-Ing. E. Schmidt
Prof. Dr. med. habil. Eitner, Berlin

Dipl.-Ing. Martin Pietz 1. 12. 1967
„Der kulturelle Wert unserer Altstädte und sein Einfluß auf die sozialistische Rekonstruktion, aufgezeigt an den Mittelstädten östlich der Elbe"
Gutachter:
Prof. Dipl.-Arch. Räder
Prof. Dr. phil. habil. Dr.-Ing. Weidhaas

Dipl.-Ing. Helmut Rautengarten 1. 12. 1967
„Die geburthilfliche Abteilung im Allgemeinen Krankenhaus — funktionelle und bauliche Untersuchungen"
Gutachter:
Prof. Englberger
Prof. Dr. W. Helbing, Halle

Dipl.-Ing. Erwin Ludwig 21. 12. 1967
„Einordnung, Lage, Ausbildung und Bemessung von Funktionen der Pausenerholung in der Industrie"
Gutachter:
Prof. Dipl.-Ing. E. Schmidt
Med.-Rat Dr. Wolf, Erfurt

Dipl.-Ing. Gerhard Siegesmund 22. 12. 1967
„Zu Fragen der Beleuchtung von Industriebauwerken, erläutert am Beispiel einer Rotationshalle"
Gutachter:
Prof. Dipl.-Ing. Speer
Prof. Dr.-Ing. habil. Lahnert

Dipl.-Ing. Walter Günzel 5. 5. 1967
„Untersuchungen zur bautechnischen Projektierung von Tierkörperbeseitigungsanstalten in der Deutschen Demokratischen Republik"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Hutschenreuther
Prof. Dr.-Ing. habil. Lahnert

Dipl.-phil. Gisela Rommeiß 2. 12. 1967
„Die Rolle der Hypothese und ihre Verifizierung bei der wissenschaftlichen Voraussicht — dargestellt am Problem künftiger Wohnformen in der Deutschen Demokratischen Republik"
Gutachter:
Prof. Dr. phil. habil. Klohr
Prof. Englberger

Berichtigung

In dem Beitrag „Die Erhöhung des Baupreises von Wohnhochhäusern und vielgeschossigen Wohnbauten in Abhängigkeit von Grundrißlösung und Geschoßanzahl" im Heft 3/1968 lautet der Nenner des Bruches hinter dem Gleichheitszeichen der Formel (12) auf S. 194 richtig: $\left(\frac{M}{m^2\ WF}\right)$ m

In der Abbildungsunterschrift 8 auf S. 177 lautet der Schluß wie folgt: ... (Aufzugsanzahl z: ——— = 2, – – – = 3).

Für Abbildung 7 und 8 gilt der Zusatz: Aufzugsgeschwindigkeit v = 2 m/s.

Standardisierung

Am 1. November 1968 wird die TGL 190–192 Blatt 1 Elektroenergie-Verteilung; **Anschluß von Wohngebäuden, mehrgeschossige Wohnblocks,** in der Ausgabe Februar 1967 verbindlich. Zunächst werden einige Begriffe erklärt, an die sich die technischen Forderungen anschließen. In 19 Bildern werden Anwendungsbeispiele für den Anschluß an das 380/220-V-Kabelnetz erläutert.

Am 1. November 1967 wurde die TGL 190–199 Elektroenergie-Übertragung und -Verteilung; **Netzpläne,** mit Blatt 2 Ausführungen für Netze bis 1000 V und Blatt 3 Ausführung für Netze über 1 kV in der Ausgabe Juni 1967 verbindlich. Der Standard gilt für Anlagen der öffentlichen Energieversorgung. Einzelheiten in beiden Standardblättern betreffen die Begriffe, in Blatt 2 allgemeine Forderungen und die Anordnung der Einzelheiten im Netzplan sowie im Blatt 3 Ausführungsbeispiele.

Der Fachbereichstandard TGL 190–200 **Trassierung von Starkstrom-Freileitungen** in der Ausgabe November 1966 wurde bereits am 1. April 1967 verbindlich. Im Standard wurden die Deutsche Bauordnung und die Anordnung über die Erteilung von Standortgenehmigungen berücksichtigt. Neben allgemeinen Forderungen enthält der Standard Festlegungen zum Festlegen, Vermarken und Aufmessen der Trasse, zur Übersichtskarte, zum Längsprofil und Kreuzungsprofil mit Lageplan, Teillageplan vom Umspannwerk mit Ansprung der Trasse. Weitere Einzelheiten betreffen die Flurkarte, Eigentümerliste, Kreuzungsliste, Mastausteilung, Durchhangsberechnung, den Abstandsnachweis, die Mastliste, Kreuzungen und Näherungen.

Die TGL 190–360 **Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; Gasdruck-Regleranlagen,** Blatt 1 Technische Forderungen und Blatt 2 Betrieb und Wartung in der Ausgabe Januar 1967 ist ab 1. August 1967, für die Projektierung ab 1. April 1967 verbindlich. Großen Raum nehmen die Ausführungsarten, der Standort für Neuanlagen, die bauliche Ausführung und Festlegungen zu bestehenden Anlagen in Blatt 1 ein. Weitere Regelungen betreffen die technische Ausrüstung, die Prüfung der Regleranlage, Kennzeichnung der Gasleitung und Begriffe.

Für den Tiefbau interessant ist die TGL 190–365 Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; **Rohrgräben,** Blatt 1 Allgemeine Forderungen, Blatt 2 innerhalb und Blatt 3 außerhalb von Ortschaften, die in den Ausgaben Februar 1967 ab 1. Juli 1967 verbindlich sind. In sämtlichen Standardblättern sind Festlegungen zu Rohrgrabenabmessungen, zum Herstellen des Rohrgrabens, der Kopflöcher und zum Verfüllen des Rohrgrabens enthalten. In Blatt 3 befinden sich noch Festlegungen zur Trassenbreite, in Blatt 1 zum Bautagebuch. Außerdem werden vier Begriffe in Blatt 1 geklärt.

In diesen Komplex fallen auch die folgenden Standards: TGL 190–390 Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; **Gasleitungen,** Stahlauswahl, in der Ausgabe Juni 1966 ab 1. Januar 1967 verbindlich. Der Standard gilt für Gasleitungen aus geschweißten und nahtlosen Stahlrohren mit Betriebsdrücken bis 64 kp/cm² Überdruck der öffentlichen Gasversorgung. Die Einzelheiten dieses Fachbereichstandards betreffen die Anwendung, geschweißte und nahtlose Stahlrohre, Düker, Brücken- und Freileitungen, Gasleitungen an Untergrundspeichern und in Reglern und Verdichterstationen, Streckgrenzen und Kennfarben sowie Schweißzusatzwerkstoffe.

Die TGL 190–395 Blatt 2 Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; **Grundplatten** mit Schraubbügel, für Ausblaseleitungen NW 80 und NW 150 gilt in der Ausgabe März 1967 ab 1. August 1967 für Ausblaseleitungen in Schiebergruppen bis zu einer zulässigen Bodenpressung über 0,5 kp/cm².

Die TGL 190–396 Blatt 1 Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; **Fernwirkanlagen,** Signalisierung von Grenzwerten, gilt in der Ausgabe November 1966 ab 1. Mai 1967. Einzelheiten betreffen die Signalnahme, Signalweiterleitung, Stromversorgung, Signalwiedergabe und Überprüfung.

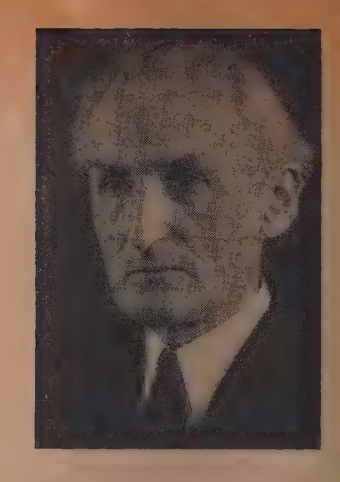
In den Ausgaben März 1967 wurden am 1. August 1967 die TGL 190 Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; 403 **Riechrohr,** Hauptforderungen, und 404 **Hausmerktafel** verbindlich.

Der Entwurf April 1967 der TGL 118–0329 **Bolzenschußgeräte,** Anwendung im Bauwesen, enthält Einzelheiten zu den Bolzenschußgeräten, Bolzenschußkartuschen, Dübelbolzen und Muttern sowie dem Verfahren. —er.

Rechtsnormen

Nach § 195 des **Strafgesetzbuches** der Deutschen Demokratischen Republik – StGB – vom 12. Januar 1968 (GBl. I Nr. 1 S. 1) kann mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder auf Bewährung verurteilt werden, wer als Projektant, Bauauftragnehmer sowie als Verantwortlicher für die Fertigung von Baustoffen und Bauelementen oder von diesen mit der Leitung oder Beaufsichtigung derartiger Arbeiten beauftragte Personen unter Verletzung seiner Rechtspflichten gegen baurechtliche oder bautechnische Bestimmungen verstößt und dadurch fahrlässig eine Gemeingefahr verursacht. Eine Verurteilung wegen vorsätzlicher (§ 163) oder verbrecherischer (§ 164) Beschädigung sozialistischen Eigentums erfolgt beispielsweise nicht, wenn im Rahmen staatlich angeordneter, bestätigter oder sonst im Verantwortungsbereich des Handelnden liegender Forschungs- und Entwicklungsarbeiten oder technisch-ökonomischer Experimente, die unter Beachtung des Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie verantwortungsbewußter Prüfung aller die Handlung betreffenden Umstände vorgenommen wurden, wirtschaftliche Nachteile i. S. des § 169 Ziff. 2 (Forschungs- und Entwicklungsrisiko) eingetreten sind. – Das StGB trat durch ein Einführungsgesetz hierzu vom 12. Januar 1968 (GBl. I Nr. 3 S. 97) mit Wirkung vom 1. Juli 1968 in Kraft. Das bisherige Strafgesetzbuch aus dem Jahre 1871 und alle einschlägigen Vorschriften traten gleichzeitig außer Kraft. Am 8. Dezember 1967 wurde der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin Nr. 20/67 – **Perspektivplan der Hauptstadt der DDR – Berlin – bis 1970** (VOBl. 1968 I Nr. 6 S. 57) gefaßt. Zu den wichtigsten Zielen der perspektivischen Entwicklung der Hauptstadt gehört der weitere konzentrierte Aufbau des Stadtzentrums einschließlich der komplexen Verkehrslösung mit der Neugestaltung des Alexanderplatzes, des Komplexes Rathaus-/Liebknechtstraße und der Hans-Beimler-Straße bis zum Königstor. Dabei wird durch eine abwechslungsreiche städtebauliche und architektonische Gestaltung, durch die zweckmäßigste Einordnung von Einrichtungen zentraler Organe, der Kultur, des Handels, des Gaststätten- und Hotelwesens und des komplexen Wohnungsbaus ein mit Leben erfülltes Zentrum der Hauptstadt geschaffen. – Die weiteren Aufgaben aus dem Generalbebauungsplan liegen in der baulichen Sicherung der Rationalisierung in der Industrie, im Beginn des Aufbaus des Industriegebietes Lichtenberg-Nordost, im komplexen Wohnungsbau, bei dem der Anteil der Hochhäuser 59 Prozent im Jahre 1970 betragen wird, und in der Erhaltung der Bausubstanz. Weitere Aufgaben des Planes zur Entwicklung des Berliner Bauwesens bis 1970 sind die Durchsetzung des ökonomischen Systems der Planung und Leitung im Bauwesen, die Entwicklung der Bau- und Baumaterialienindustrie, die wissenschaftlich-technische Entwicklung und komplexe sozialistische Rationalisierung sowie die Entwicklung der Berufsausbildung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. – Bei der Entwicklung der Bevölkerungsversorgung nimmt die Wohnungswirtschaft einen wichtigen Platz ein. – Beim Aufbau des Stadtzentrums hat die bildende Kunst in enger Zusammenarbeit mit Städtebauern und Auftraggebern durch Werke der Malerei und Plastik den ideellen und emotionalen Gehalt unserer sozialistischen Kultur in hoher künstlerischer Qualität zum Ausdruck zu bringen. – Durch Verbesserung des Naherholungswesens ergeben sich zahlreiche weitere Aufgaben für Architekten und Landschaftsgestalter. – Die Räte der Stadtbezirke konzentrieren sich unter anderem auf folgende Hauptaufgaben: Entwicklung der stadtbezirksgeleiteten Baukapazitäten aller Eigentumsformen zur strukturgerechten Deckung des Baubedarfs besonders auf dem Gebiet der Instandhaltung und der Baureparaturen, Verbesserung der Wohnraumsituation durch effektiven Einsatz der Fonds Wohnraumerhaltung, vorrangig für laufende Instandhaltung und Einzelinstandsetzung. Unterstützung der Verlagerungsmaßnahmen zur Schaffung der Baufreiheit für den Aufbau des Stadtzentrums und den komplexen Wohnungsbau.

Die Anordnung Nr. 2 über **Stundenverrechnungssätze für Baumaschinen** vom 2. Februar 1968 (GBl. II Nr. 20 S. 88) trat am 1. Januar 1968 in Kraft und bedingte einige Änderungen. —er.



Professor (em.) Dr.-Ing. Otto Schubert Ehrenmitglied des BDA

Am 23. Februar 1968 vollendete Professor (em.) Dr.-Ing. Otto Schubert sein 90. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß und in besonderer Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste auf dem Gebiet der Geschichte und Theorie der Architektur sowie als Erzieher einer jungen Architektengeneration in der Deutschen Demokratischen Republik hat ihm der Bundesvorstand des Bundes Deutscher Architekten die Ehrenmitgliedschaft des Bundes verliehen.

1878 in Dresden geboren, wuchs Otto Schubert in der Atmosphäre eines künstlerisch und geistig aufgeschlossenen Elternhauses auf. Nach dem Besuch des ehemaligen Vitzthumschen Gymnasiums in Dresden studierte er an der Technischen Hochschule seiner Heimatstadt Architektur. An den städtebaulichen und baukünstlerischen Höhepunkten Dresdens wie auch durch ausgedehnte Reisen schulte sich sein Blick für die Gesetze der Schönheit und der Architektur, prägte sich seine Architektenpersönlichkeit. Seine Lehrer Weißbach, Wallot und Gurlitt vermittelten ihm das für sein gesamtes späteres Wirken entscheidende Wissen. Es führte zu der eigenen Erkenntnis, im eigenen Schaffen das Erbe der Vergangenheit kritisch entsprechend den neuen Lebensbedingungen umzuwerten. Dies zeigen seine ersten Bauten, die noch vor dem ersten Weltkrieg entstanden.

Im Bauen selbst studierte Professor Dr. Schubert den Unterschied zwischen der zweidimensionalen Zeichnung und dem dreidimensionalen Werk mit seiner Vielfalt der Blick- und Lichtrichtungen und rang unermüdlich entsprechend dem Ausspruch Rodins „Baukunst ist die Kunst der dritten Dimension“ um die dynamische Erfassung des gebauten Raumes. Die neuen Bauaufgaben des genossenschaftlichen Wohnungsbaus nach dem ersten Weltkrieg löste Professor Dr. Schubert aus der Erkenntnis heraus, daß unter Verzicht auf allen unwahren Schein in der Wiederholung gleichartiger Elemente, im Übergang vom Einzelhaus zum städtebaulichen Raum neue künstlerische Aufgaben zu lösen sind. Mit dem Bau des Siedlungskomplexes in Dresden-Trachenberge greift er in Anlage und Ausführung bereits gestalterische Probleme neuer Wohnkomplexe auf. Die zahlreichen Wettbewerbserfolge spiegelten Professor Dr. Schuberts Ringen um die künstlerische Bewältigung der geforderten Bauaufgabe wider.

Nach siebenjähriger Tätigkeit in der staatlichen Leitung des Bauwesens von 1902 bis 1909 in Dresden, Meißen und Bautzen entschloß sich Otto Schubert zur freischaffenden Tätigkeit. 1910 übernahm er gleichzeitig eine Assistentenstelle an der Technischen Hochschule Dresden. 1919 begann an gleicher Stelle seine Lehrtätigkeit als Privatdozent, 1924 als außerordentlicher Professor, die 1940 durch die Entlassung durch die Nationalsozialisten ihr vorläufiges Ende fand.

Die zweifache Begabung, zum Bauen und zum Forschen und Lehren, ist typisch für den Architekten, Wissenschaftler und Hochschullehrer Professor Dr. Otto Schubert. Seine Betrachtungen und seine Werke über die Architektur als Baukunst wie auch seine Entwurfs- und Gebäudelehre waren stets aus der praktischen Tätigkeit des Architekten entwickelt. Die Schönheit eines Bauwerkes ist für ihn untrennbar mit der Konstruktion verbunden. Die Forschungsergebnisse über die Gesetze der Baukunst fußen immer auf gründlicher konstruktiver Erkenntnis und auf dem Menschen als Maßstab für das Erfassen seiner Umwelt und für die Befriedigung seiner allseitigen Bedürfnisse.

Seine wissenschaftlich-schriftstellerische Tätigkeit begann Otto Schubert mit dem bedeutenden Werk über die Barockbaukunst Spaniens. Die 1926 bis 1930 gehaltenen Vorträge erschienen 1931 unter dem Titel „Architektur und Weltanschauung“. Seine praktischen und theoretischen Erkenntnisse über Formprobleme der Baukunst faßte er in dem 1955 erschienenen Monumentalwerk „Gesetz der Baukunst“ und dem 1965 herausgegebenen Band „Optik in Architektur und Städtebau“ zusammen. Noch heute ist Professor Dr. Schubert rastlos bemüht um neue Probleme und neue Erkenntnisse, verfolgt er mit wachem Interesse die Entwicklung einer neuen Architektur, den Aufbau seiner Heimatstadt.

Die große Bedeutung Otto Schuberts liegt aber vor allem in den Ergebnissen seiner 1946 neu aufgenommenen Lehrtätigkeit als Direktor des Instituts für Bauformenlehre und Entwerfen an der Technischen Hochschule Dresden. Als leidenschaftlicher Redner und hervorragender Zeichner verstand er es bis zu seiner Emeritierung im Alter von 78 Jahren, der heranwachsenden Architektengeneration die geistigen und technischen Voraussetzungen der verschiedenen Gipfelleistungen städtebaulichen und architektonischen Schaffens der Menschheit zu erschließen und ihre Schlußfolgerungen zu vermitteln, die in ihrer Grundsätzlichkeit und Allgemeingültigkeit ihre eigene schöpferische Tätigkeit befruchten. Otto Schubert hat damit wesentlich dazu beigetragen, die durch seine Schule gegangene Architektengeneration zu befähigen, Städtebau und Architektur in unserer Republik zu einem neuen Höhepunkt zu führen und mit den Mitteln der Baukunst dazu beizutragen, das Streben der Bürger unseres Staates nach einem kulturvollen Leben in schönen Städten und Dörfern zu fördern.

Dr.-Ing. H.-D. Karsch

Kurzfassung	Содержание

KB 323.1 621.26+625.31 DK 711.4–122(430.2–2.77) 728.51+725.13(430.2–2.77)

Weißer, R.

Bebauung Zentraler Platz in Karl-Marx-Stadt

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, S. 396 bis 399, 2 Perspektiven

Das Ensemble „Stadthalle und Interhotel" wird den Zentrumskern und die Silhouette der Stadt wesentlich bestimmen; es bildet den Schwerpunkt eines städtebaulichen Raumes, der von der – zum Teil bereits fertiggestellten – Bebauung an vier sich nahezu rechtwinklig kreuzenden Straßen umschlossen wird. Die Abmessungen dieses Raumes betragen 390 m × 360 m, die des eigentlichen Zentralen Platzes, der ausschließlich dem Fußgängerverkehr vorbehalten ist, 220 m × 140 m. Der Autor erörtert die Gesichtspunkte, von denen die Projektanten bei der Einordnung des Ensembles in den städtebaulichen Raum und bei der Zuordnung der Baumassen ausgingen. Des weiteren wird dargelegt, aus welchen Gründen für das Karl-Marx-Monument ein Standort an der Brückenstraße gewählt wurde, die den Zentralen Platz an seiner Nordseite tangiert.

УДК 711.4—122(430.2—2.77) 728.51+725.13(430.2—2.77)

Weißer, R.

396 **Застройка центральной площади в г. Карл-Маркс-Штадт**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 7, стр. 396 до 399, 2 перспективы

Ансамбль «Штадтхалле и Интерхотель» существенно определит характер ядра центра и силуэт города; он намечен образовать центр тяжести градостроительного пространства, окружаемого застройкой четырех, приблизительно прямоугольно пересекающихся улиц. Застройка улиц частично уже окончена. Размеры данного пространства составляют 390 × 360 м, размеры собственно центральной площади, предусмотренной исключительно для пешеходов, 220 м × 140 м. Автор обсуждает точки зрения, из которых изошли проектанты при применении ансамбля к градостроительному пространству и при распределении общей кубатуры зданий. Дальше объясняются причины выбора места памятника Карла Маркса на улице Брюккенштрассе, на северной стороне центральной площади.

KB 322.2.06 DK 711.4–163

Koch, D.; Rätzel, P.

Rekonstruktion Altstadt Bernau

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, S. 400 bis 408, 3 Abb., 3 Perspektiven, 7 Bebauungspläne

Bernau ist Kreisstadt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Berlin. Im Jahre 1965 zählte die Stadt 13 700 Einwohner. Das Rekonstruktionsgebiet ist der historische Altstadtkern innerhalb der Stadtmauer. Er weist eine geschlossene Bebauung auf, bei der die Wohnbebauung (1440 Wohnungen mit 3010 Einwohnern) mit Einrichtungen des Handels und des Handwerks gemischt ist und die Höfe mit Nebengebäuden stark überbaut sind. Die Struktur des Altstadtgebietes, die Wehr- und Wallanlagen sowie einige Einzelgebäude stehen unter Denkmalschutz. Die Autoren legen die Problematik der Rekonstruktion von Altstadtkernen dar, erörtern die angewandte Methode bei der stadtplanerischen Bearbeitung, die Einzelheiten der erarbeiteten Analyse, die Planungsgrundsätze und die beiden ausgearbeiteten Strukturvarianten. Die auf dieser Basis entstandenen drei Bebauungsvarianten werden miteinander verglichen, und die optimale Variante wird näher begründet.

УДК 711.4—163

Koch, D.; Rätzel, P.

400 **Реконструкция старой части города Бернау**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 7, стр. 400 до 408, 3 рис., 3 перспективы, 7 планов застройки

Бернау — окружной центр в непосредственном соседстве Берлина. В 1965 г. город имел 13 700 жителей. Областью реконструкции является историческое ядро старого города внутри вала. Он характеризован закрытой застройкой. Жилая застройка (1440 квартир с 3010 жителями) смешана с устройствами торговли и ремесла. Дворы имеют широкое верхнее строение с пристройками. Структура области старого города, сооружения вала и некоторые отдельные здания находятся под охраной памятников. Авторы показывают проблематику реконструкции центров старых городов и обсуждают особенности применяемого при планировании метода, результаты проведенного анализа, принципы планирования и два разработанные варианта структуры. Полученные на этой основе три варианта застройки и оптимальный вариант подробно описаны.

KB 323.1.06 DK 711.4–163(430.2–2.75) 711.523–163(430.2–2.75)

Nitsch, W.

Neugestaltung der Innenstadt Erfurt

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, S. 413 bis 419, 10 Abb., 1 Lageplan, 1 Perspektive

Die Bezirkshauptstadt Erfurt hat gegenwärtig 191 000 Einwohner, bis zum Jahre 1980 wird eine Zunahme auf 215 000 und bis zum Jahre 2000 auf 250 000 Einwohner erwartet, ohne daß das Stadtterritorium erweitert werden muß. Die vorliegende Konzeption sieht vor, alle wertvollen Baudenkmäler im historischen Altstadtkern zu erhalten und rund 5000 Wohnungen, die älter als 150 Jahre und daher physisch und moralisch verschlissen sind, abzureißen und an ihrer Stelle rund 10 000 neue Wohnungen in großzügiger Auflockerung zu bauen. Auf diese Weise soll die Kernstadt bei Wahrung des charakteristischen und typischen Stadtbildes entsprechend den heutigen und künftigen Bedürfnissen baulich und funktionell aufgewertet werden. Dieses Aufwertungsprogramm konzentriert sich auf die Gestaltung der vorhandenen Hauptachsen. Zielfremder Verkehr soll die Altstadt nicht durchfahren. Vorgesehen sind die Herausbildung eines zusammenhängenden Systems von Fußgängerbereichen und -wegen und im Zuge der Entkernung und Durchgrünung die Schaffung eines differenzierten Passagensystems. Bei diesem in Etappen zu lösenden Programm wird davon ausgegangen, daß die Stadt funktionsfähig bleibt und stets einen abgeschlossenen Eindruck vermittelt.

УДК 711.4—163(430.2—2.75) 711.523—163(430.2—2.75)

Nitsch, W.

413 **Преобразование внутренней части города Эрфурт**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 7, стр. 413 до 419, 10 рис., 1 план расположения, 1 перспектива

Районный центр Эрфурт в настоящее время имеет 191 000 жителей. До 1980 г. ожидается повышение этого числа до 215 000, в 2000 г. до 250 000 жителей. Это развитие не будет требовать расширения территории города. Имеющаяся концепция предусматривает сохранение всех ценных памятников строительства в историческом центре старого города. Около 5000 физически и морально изношенных квартир возраста более 150 лет должны быть сношены. На их месте запланировано построить около 10 000 новых квартир в широком расчленении. Таким образом намечено поднимать строительную и функциональную ценность ядра города соответственно настоящим и будущим требованиям при одновременном сохранении характерной и типичной картины города. Эта программа сосредоточена на оформлении имеющихся главных осей. Транзитное движение будет исключено из старого города. Предусмотрено образование компактной системы пешеходных областей и — в связи с озеленением — создание дифференцированной системы проходов. При этой выполняемой в этапах программе исходят из того, чтобы город остался способным к выполнению всех функций и всегда производил компактное впечатление.

KB 312.06 DK 711.2(4)(430.2–2.75)

Henn, E.

Ergebnisse, Methoden und Fortführung des Generalbebauungsplanes im Bezirk Erfurt

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, S. 420 bis 423, 1 Lageplan

Auf der Grundlage umfangreicher Teilprognosen sind im Generalbebauungsplan folgende Hauptprobleme enthalten: Herausarbeitung der gebietlichen Schwerpunkte, Konzentration der Investitionen für Industrie, Landwirtschaft und Wohnungsbau, Maßnahmen zur Entwicklung von überörtlichen Funktionen der wichtigsten Städte, Grundfragen der Entwicklung des Städtebaus und der Architektur, Zielstellungen zur Erarbeitung und Präzisierung der Generalbebauungspläne der Städte, Entwicklungsmöglichkeiten der Nah- und Fernerholung, Bedingungen der ingenieurtechnischen Versorgung, Nutzung der natürlichen Ressourcen, Erschließung von Baustoffen, Konzentration der Baukapazitäten und die effektivste Inanspruchnahme von Grund und Boden.

УДК 711.2(4)(430.2—2.75)

Henn, E.

420 **Результаты, методы и дальнейшее проведение генерального плана застройки в эрфуртском районе**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 7, стр. 420 до 423 1 план расположения

Как результат широких парциальных прогнозов, генеральный план включает следующие главные проблемы:
Выработка центров тяжести по областям; концентрация капитальных вложений для промышленности, сельского хозяйства и жилищного строительства; мероприятия, направленные на развитие сверхместных функций важнейших городов; основные вопросы развития градостроительства и архитектуры; цели разработки и уточнения генеральных планов застройки городов; возможности развития различных областей отдыха; использование природных ресурсов; открытие строительных материалов; концентрация мощностей строительства; самое эффективное использование грунтов.

KB 323.1.06 DK 711.523.092(497.211)

Seifert, J.; Stingl, H.

Wettbewerb Stadtzentrum Warna

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, S. 430 bis 436, 15 Abb., 6 Lagepläne, 1 Perspektive

Die zunehmende Bedeutung Warnas, der drittgrößten Stadt Bulgariens, veranlaßte den Rat der Stadt, einen internationalen Wettbewerb zur Rekonstruktion und Umgestaltung der Innenstadt auszuschreiben. Der Inhalt der Ausschreibung wird in Kurzform wiedergegeben. Insgesamt wurden 65 Arbeiten eingereicht. Die interessantesten der preisgekrönten Arbeiten werden vorgestellt.

УДК 711.523.092(497.211)

Seifert, I.; Stingl, H.

430 **Конкурс: Центр города Варны**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 7, стр. 430 до 436, 15 рис., 6 планов расположения, 1 перспектива

Возрастающее значение Варны, третьего по величине города Болгарии, явилось поводом для городского совета назначать конкурс на реконструкцию и преобразование внутренней части города. Содержание конкурса приводится в кратком изложении. Всего подано 65 работ. Представлены самые интересные из награжденных призом работ.

Summary

DK 711.4–122(430.2–2.77) 728.51+725.13(430.2–2.77)

R. Weisser

Buildings in the Central Square of Karl-Marx-Stadt

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 7, pp. 396–399, 2 perspectives

Both the core of the centre and the silhouette of the city as such will be determined essentially by the "city hall and Interhotel" ensemble. The latter will be the focus of one of the spaces surrounded by partially completed buildings along four streets of almost rectangular intersection. The space, as a whole, measures 390 m × 360 m, while the dimensions of the central square, designed as a pedestrian precinct, are 220 m × 140 m. The aspects which were considered by the designers in integrating the ensemble into the space and coordinating the mass structures with one another are described in this article. Explained are also the reasons why the site chosen for the Karl Marx monument is in Brückenstrasse, a street touching the Northern side of the central square.

DK 711.4–163

D. Koch and P. Rätzel

Reconstruction of the Old Town of Bernau

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 7, pp. 400–408, 3 figs., 3 perspectives, 7 layouts

Bernau is a district capital in close neighbourhood of Berlin. The population of the town was 13,700 in 1965. The area of reconstruction includes the historical Old Town core within the town wall. The construction of the area is closed, the housing buildings (1,440 dwellings with 3,010 inhabitants) being mixed with retail and craft services and the courts being occupied widely with annexes. The structure of the Old Town area, including the fortifications, walls, and some of the old buildings, is under monumental protection. The problems faced in the reconstruction of Old Town cores are described together with the method used in the town planning approach, the details of the drafted analysis, the principles of planning, and two structural variants. Three variants of construction elaborated on the above basis are compared, and the optimum variant is explained.

DK 711.4–163(430.2–2.75) 711.523–163(430.2–2.75)

W. Nitsch

Reconstruction of the Centre of Erfurt

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 7, pp. 413–419, 10 figs., 1 layout, 1 perspective

The population of the county capital of Erfurt, which is 191,000, will grow to 215,000 by 1980. The growth expected up to 2000, with no enlargement of the city area, is 250,000. The development concept provides that all the valuable monuments in the historical Old Town are preserved, while about 5,000 dwellings older than 150 years and both physically and morally obsolete will be demolished and substituted in a loose and generous design by about 10,000 new dwellings. This is the concept for a structural and functional updating of the centre to meet present and future demands, with the characteristic and typical image of the city being preserved. In this updating program emphasis is laid on the existing main arteries. No transit traffic will be allowed to pass through the Old Town. The formation of a coherent system of pedestrian precincts and streets and a differentiated system of passages for deglomeration and better landscaping are some of the major targets. The program will be tackled in stages and in a way that the functional efficiency and the coherent appearance of the city are not interrupted.

DK 711.2(4)(430.2–2.75)

E. Henn

Results, Methods, and Continuation of the General Plan of Erfurt County

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 7, pp. 420–423, 1 layout

The following major problems are considered in the General Plan on the basis of comprehensive sub-prognoses: elaboration of territorial hierarchies, concentration of investments in certain industries, agricultural projects, and housing sectors, steps to develop the supralocal functions of the major cities, basic problems related to the further development of city design and architecture, the setting of targets to elaborate general plans for the cities involved, development of neighbourhood and long-distance recreation centres, conditions to provide sufficient technical services, utilisation of natural resources, exploration of construction materials, concentration of building capacities, most effective land use.

DK 711.523.092(497.211)

J. Seifert and H. Stingl

Centre of Varna Competition

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 7, pp. 430–436, 15 figs., 6 layouts, 1 perspective

The increasing importance of Varna, the third city of Bulgaria, has prompted the city council to invite for an international competition to reconstruct the centre of the city. The terms of the competition are briefly described. Sixty-five entries were received. The most interesting designs of those entries awarded with prizes are introduced.

Résumé

DK 711.4–122(430.2–2.77) 728.51+725.13(430.2–2.77)

Weißer, R.

396 **Construction place centrale à Karl-Marx-Stadt**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, pages 396–399, 2 perspectives

L'ensemble « Hall de ville et Interhôtel » déterminera avant tout le cœur du centre et la silhouette de la ville; il formera le centre de gravité d'un espace urbaniste qui sera entouré de la construction – partiellement déjà terminée – de quatre rues presque rectangulairement croisées. Les dimensions de cet espace s'élèvent à 390 m × 360 m tandis que les dimensions de la vraie place centrale, qui sera réservée exclusivement à la circulation des piétons, sont de 220 m × 140 m. L'auteur discute les points de vue utilisés de base par les projecteurs à l'adaptation de l'ensemble à l'espace urbaniste et pour la coordination des masses de construction. En outre sont expliquées les raisons du choix de l'installation du monument de Karl Marx à la Brückenstraße qui touchera la place centrale sur son côté nord.

DK 711.4–163

Koch, D.; Rätzel, P.

400 **Reconstruction de la vieille ville de Bernau**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, pages 400–408, 3 illustrations, 3 perspectives, 7 plans de construction

Bernau est le chef-lieu de district dans les environs directs de Berlin. En 1965 c'était une ville de 13 700 habitants. Le territoire à reconstruire est le cœur historique de la vieille ville au dedans des murs de la ville. Ce cœur présente une construction fermée où la construction d'habitations (1440 habitations avec 3010 habitants) est mélangée avec des installations du commerce et des métiers et où les propriétés sont très chargées par des annexes. La structure du territoire de la vieille ville, les installations de défense et des terrassements ainsi que quelques édifices individuels font partie de la protection de monuments. Les auteurs expliquent les problèmes de la reconstruction de cœurs de vieilles villes et la méthode employée pour le traitement de la planification urbaniste, les détails de l'analyse élaborée, les principes de planification ainsi que les deux variantes de structure élaborées. Les trois variantes de construction produites sur cette base sont comparées et la variante optimale est motivée en détail.

DK 711.4–163(430.2–2.75) 711.523–163(430.2–2.75)

Nitsch, W.

413 **Réorganisation du centre de ville d'Erfurt**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, pages 413–419, 10 illustrations, 1 plan de situation, 1 perspective.

La capitale de district Erfurt a actuellement 191 000 habitants; jusqu'à 1980 une augmentation à 215 000 habitants et jusqu'à 2000 à 250 000 habitants est attendue sans qu'il sera nécessaire d'augmenter le territoire de ville. La présente conception prévoit la conservation de tous les monuments de construction de valeur du cœur historique de la vieille ville et de démolir environ 5000 habitations – qui existent depuis plus de 150 ans et qui, par conséquent, sont usées physiquement et moralement – et de construire à leur place environ 10 000 nouvelles habitations de grand style. De cette façon le cœur de ville sous conservation de l'impression caractéristique et typique de ville doit être adapté aux exigences actuelles et futures soit en sens constructif soit en sens fonctionnel. Ce programme de révalorisation se concentrera sur la formation des axes principaux existants. Circulations pas pointées ne passeront plus la vieille ville. Prévus sont la formation d'un système cohérent de domaines et de routes de piétons et au cours de la solution des cœurs et de la création des parcs verts, l'établissement d'un système différentié de passages. Pour ce programme, à réaliser dans des étapes, ils sont partis de la nécessité que la ville reste capable de fonctionner et qu'elle présente toujours une impression achevée.

DK 711.2(4)(430.2–2.75)

Henn, E.

420 **Résultats, méthodes et continuation du plan de construction général du district d'Erfurt**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, pages 420–423, 1 plan de situation.

Sur la base de prognoses partielles étendues pour le plan de construction général sont prévus les problèmes principaux suivants: établissement des points de gravité territoriaux, concentration des investissements pour l'industrie, l'agriculture et la construction d'habitations, mesures pour le développement de fonctions mises au-dessus des fonctions locales des villes les plus importantes, questions de principes du développement de l'urbanisme et de l'architecture, établissement de buts pour l'élaboration et précision des plans de construction généraux des villes, possibilités de développement de délassements de banlieu ou de loin, conditions de l'alimentation technique d'ingénieurs, utilisation des ressources naturelles, exploitation de matériaux de construction, concentration des capacités de construction et l'utilisation la plus effective des biens-fonds.

DK 711.523.092(497.211)

Seifert, J.; Stingl, H.

430 **Concours centre de ville de Varna**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 7, pages 430–436, 15 illustrations, 6 plans de situation, 1 perspective.

L'importance croissante de la ville de Varna, la troisième ville en grandeur de la Bulgarie, a engagé le conseil de la ville d'ouvrir un concours international dans l'intérêt de la reconstruction et réorganisation du centre de ville. Le contenu de l'adjudication est indiqué en forme concise. En total étaient remis 65 travaux. Les objets les plus intéressants des travaux couronnés d'un prix sont présentés.

Index 31 409